

# AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

## Ruhrgebiet

*Stefan Berger*

WAS IST DAS RUHRGEBIET?  
EINE HISTORISCHE  
STANDORTBESTIMMUNG

*Juliane Czierpka*

DER RUHRBERGBAU VON  
DER INDUSTRIALISIERUNG  
BIS ZUR KOHLENKRISE

*Delia Bösch*

KOHLE GEHT,  
KULTUR BLEIBT

*Diethelm Blecking*

FUßBALL UND ZUWANDERUNG  
IM RUHRGEBIET

*Jan Dinter*

POLITISCHER  
STRUKTURWANDEL?  
POPULISMUS UND  
SOZIALE GEGENSÄTZE

*Jörg Bogumil · Rolf G. Heinze*

VON DER INDUSTRIEREGION  
ZUR WISSENSREGION

# APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE  
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

# Ruhrgebiet

## APuZ 1-3/2019

**STEFAN BERGER**

**WAS IST DAS RUHRGEBIET?**

**EINE HISTORISCHE STANDORTBESTIMMUNG**

Die Geschichte des „Ruhrgebiets“ beginnt mit der Industrialisierung, in deren Folge es zum wichtigsten schwerindustriellen Ballungsraum Deutschlands wurde. Wird die Region auch noch das Ruhrgebiet bleiben, wenn ihre industriellen Grundlagen Vergangenheit sind?

**Seite 04–11**

**KARTE: REGIONALVERBAND RUHR**

**Seite 12**

**JULIANE CZIERPKA**

**DER RUHRBERGBAU VON DER INDUSTRIALISIERUNG BIS ZUR KOHLENKRISE**

Das Wachstum von Bergbau und Eisen- und Stahlindustrie im 19. Jahrhundert machte das Ruhrgebiet zu der wichtigsten Montanregion Europas. Der Niedergang nahm mit der Kohlenkrise von 1957 seinen Anfang und ließ den Bergbau in die wirtschaftliche Bedeutungslosigkeit stürzen.

**Seite 13–19**

**DELIA BÖSCH**

**KOHLE GEHT, KULTUR BLEIBT**

Die Pläne, aus und auf den ehemaligen industriellen Anlagen im Ruhrgebiet Kultur zu machen, stießen auf Skepsis. Doch allmählich wurden die Relikte der Industrialisierung zu positiven Imageträgern und das Doppelstrebengerüst auf Zeche Zollverein zum Markenzeichen der Region.

**Seite 20–23**

**DIETHELM BLECKING**

**FUßBALL UND ZUWANDERUNG IM RUHRGEBIET**

Der Fußballsport spielt europaweit eine wichtige Rolle für die bergmännische Kultur. Im Ruhrgebiet wurde die Fußball-Vereinskultur seit dem Ersten Weltkrieg stark von Zuwanderern, zunächst polnischen und masurischen, dann vor allem türkischen, geprägt.

**Seite 24–29**

**JAN DINTER**

**POLITISCHER STRUKTURWANDEL?  
POPULISMUS UND SOZIALE GEGENSÄTZE**

Der Abschied von der Kohle erinnert auch an gesellschaftliche und politische Säulen, die die Region lange getragen haben. Zeichnet sich seit 2017 auch ein politischer Strukturwandel ab, gerät die einstige Herzkammer der Sozialdemokratie zur Hochburg der AfD?

**Seite 31–38**

**JÖRG BOGUMIL · ROLF G. HEINZE**  
**VON DER INDUSTRIEREGION ZUR WISSENSREGION**

Die Debatte um den Strukturwandel an der Ruhr hat sich mittlerweile gedreht. Prägen jahrzehntelang Schlagzeilen über hohe Dauerarbeitslosigkeit, Armut und Verödung städtischer Räume den Diskurs, gibt es mittlerweile auch viele positive Nachrichten.

**Seite 39–46**

# EDITORIAL

„Schaut auf diese Stadt!“, betitelte das Wirtschaftsmagazin „brand eins“ einen Artikel zu einer Kommune, die als „leuchtendes Beispiel in Sachen Klimaschutz gilt“. Die Rede ist von der „Innovation City“ Bottrop – ausgerechnet dort, wo gerade die letzte Zeche im Ruhrgebiet, Prosper-Haniel, geschlossen wurde. Der lange Abschied von der Steinkohle in Deutschland, der bereits mit der Kohlenkrise in den späten 1950er Jahren begonnen hatte und nur dank Subventionen in Milliardenhöhe herausgezögert wurde, ist vollzogen.

Kohle und Stahl haben die Region, die erst unter „Rheinisch-Westfälischer Kohlenbezirk“, später als „Ruhrgebiet“ bekannt wurde, tief greifend geprägt. Die Hinterlassenschaften der Schwerindustrie werden einerseits – Stichwort Renaturierung – zum Verschwinden gebracht, andererseits – trotz anfänglicher Abrisseuphorie – als industriekulturelles Erbe gepflegt. Das Doppelstreben – gerüst auf Zeche Zollverein gilt mittlerweile als Wahrzeichen der „Metropole Ruhr“, wie das Ruhrgebiet aus marketingstrategischen Erwägungen heraus nun genannt werden soll.

Das Ruhrgebiet habe sich, schrieb 2010 der Autor Frank Goosen, „das Recht erarbeitet, sich hemmungslos zu stilisieren, und sich zu dem zu bekennen, was es einzigartig macht, nämlich eben die Arbeit. Zumindest die von früher.“ Für Regionalstrategien, Wirtschaftsförderung und Lokalpolitik nimmt sich die Verbindung von oft folklorisierter Vergangenheit und viel beschworener Zukunft mitunter zwiespältig aus. Stolz auf die bergmännische Kultur, das Arbeitsethos und den Zusammenhalt unter wie über Tage mischt sich mit Sorge, das Etikett „Kohlenpott“ und die fortdauernde Assoziation der Region mit Arbeitslosigkeit, Verschuldung und sozialer Segregation könnte dem durchaus erfolgreichen Aufbruch zu einem Standort für innovative Produkte und Dienstleistungen schaden.

*Anne Seibring*

# WAS IST DAS RUHRGEBIET?

## Eine historische Standortbestimmung

*Stefan Berger*

Als im Jahr 2010 Essen für das Ruhrgebiet Kulturhauptstadt Europas war, schrieb der Autor und Kabarettist Frank Goosen in der „Zeit“: „Herzlich willkommen, Europa! Wir im Ruhrgebiet sind vorbereitet, und wenn nicht, dann wird improvisiert. Kulturhauptstadt. Schöne Sache. Wissen Sie, was Sie erwartet? Macht nichts, wir sind uns auch nicht ganz sicher. Damit Sie aber nicht so völlig ahnungslos hierherkommen, wollen wir mal vorab ein paar Dinge erklären und klarstellen. Wir Einheimischen stehen bisweilen auf unseren Eisenbahnbrücken, schauen auf die halberzigen Skylines unserer zusammenwuchernden Gemeinden und denken: Boah! Schön is dat nich. Wir im Ruhrgebiet laden Auswärtige gern ein, zu uns zu kommen, um ihren Begriff von Schönheit zu erweitern. Eine mittelalterliche Garnisonsstadt mit Stadtmauer, Fachwerkhäusern und Fürstenresidenzen schön finden, das kann jeder. Aber auf dem Gasometer in Oberhausen stehen, sich umgucken und sagen: Wat 'ne geile Gegend!, das muss man wollen.“<sup>01</sup>

Goosens trockener, selbstironischer Humor gilt als typisch für das Ruhrgebiet. In seinen Romanen und Comedy-Shows lässt er keinen Zweifel daran, dass er das Ruhrgebiet liebt – trotz alledem und wegen alledem. In seinem Kultsong „Bochum“ singt eine weitere Ikone des Ruhrgebiets, Herbert Grönemeyer: „Du bist keine Schönheit/Von Arbeit ganz grau/Du liebst Dich ohne Schminke/Bist 'ne ehrliche Haut.“ Bei Goosen wie bei Grönemeyer ist das Ruhrgebiet geprägt vom Industriezeitalter – Grönemeyer spricht vom „Pulsschlag aus Stahl“. Es ist gezeichnet von der Geschichte der Schwerindustrie, die die Landschaft in der Region, die man heute Ruhrgebiet nennt, grundlegend verändern sollte. Auch in seinen weitgehend postindustriellen Landschaften bleibt die Region über die in ihr so reichhaltig erhaltene Industriekultur in ihren Erinnerungshorizonten dieser Zeitschicht seiner Entwicklung verhaftet.<sup>02</sup>

Dabei gibt es im Ruhrgebiet durchaus eine weiter zurückreichende Geschichte. Die Hellwegstädte<sup>03</sup> der Region, Duisburg, Essen, Bochum und Dortmund, waren allesamt Hansestädte; ihre Geschichte beginnt bereits im frühen Mittelalter. Doch diese wird in aller Regel mit der Geschichte eben dieser Städte, nicht mit der Geschichte des Ruhrgebiets verbunden. Sie ist Geschichte im Ruhrgebiet, aber nicht Geschichte des Ruhrgebiets. Letztere beginnt mit der Industrialisierung, als die reichen Steinkohlevorkommen der Region eine Ansiedlung von Eisen- und Stahlindustrie nach sich ziehen und die Grundlage legen für den wichtigsten schwerindustriellen Ballungsraum Deutschlands und einen der wichtigsten Europas. Im Folgenden werde ich das historische Gewordensein dieser Region von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart Revue passieren lassen, um abschließend die Frage zu diskutieren, welche Zukunft sie wohl im 21. Jahrhundert haben wird.

### DER „RHEINISCH-WESTFÄLISCHE KOHLENBEZIRK“ IN DER INDUSTRIALISIERUNGS- GESCHICHTE DES LANGEN 19. JAHRHUNDERTS

In den südlichen Regionen des Ruhrgebiets, im Ruhrtal, kam die Kohle fast bis an die Oberfläche, und hier konnte man bereits vor dem 19. Jahrhundert Kohle gewinnen. Lange Zeit gab es aber keinen rechten Bedarf für das „schwarze Gold“, denn als Heiz- und Brennstoff konnte man sich des reichlich vorhandenen Holzes bedienen. Erst als im Zuge der Industrialisierung die Kohle zur Energieerzeugung unbedingt benötigt wurde, bekam sie ihren unermesslichen Wert als zentrale Antriebskraft der Industriellen Revolution. Die Dampfmaschine machte es möglich, die Mergeldecke zu durchbrechen und in tiefere Erdregionen vorzudringen, um Kohle zu fördern. In der zweiten Jahrhunderthälfte entwickelte sich der

Steinkohlenbergbau in der Region rasend schnell. 1845 wurden gut eine Million Tonnen Steinkohle gefördert; 1914 waren es über hundert Millionen Tonnen. Die Ansiedlung einer Eisen- und Stahlindustrie nach 1850 machte die Region zu einem Pionier der Industrialisierung in den deutschen Landen und zum Motor des Aufstiegs des Deutschen Reiches nach 1871 zur wichtigsten Industrienation Europas, die kurz vor dem Ersten Weltkrieg sogar das Mutterland der Industrieländerrevolution, Großbritannien, als Wirtschaftsmacht überholte.<sup>04</sup>

Die Bedeutung der Kohle für die Region macht sich auch im Namen bemerkbar, der sich für die Region in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zunehmend einbürgerte. Sie wurde am häufigsten als „rheinisch-westfälischer Kohlenbezirk“ bezeichnet. Besonders die nördlichen Teile des Ruhrgebiets an Lippe und Emscher entwickelten sich nach 1860 von ländlichen, landwirtschaftlich geprägten Regionen zu Industriedörfern, die innerhalb von 20 Jahren von hundert auf hunderttausend Einwohner wuchsen. Die entstehende Industriegesellschaft war eine Migrationsgesellschaft, die Zehntausende von Migranten aus allen Teilen des Deutschen Reiches anzog, insbesondere polnischsprachige Migranten aus den Ostprovinzen des Reiches, die im Ruhrgebiet ihr eigenes Milieu bildeten. Einige Zechen waren bald als „Polenzechen“ bekannt. Die polnischsprechenden Bergarbeiter verlangten, sofern sie Katholiken waren, Gottesdienste in ihrer eigenen Sprache, und sie gründeten eigene Gewerkschaften, eigene Sportvereine, eigene Sparkassen und eigene soziale Netzwerke, die sich von ihrer deutschsprachigen Umgebung absetzten. Die Diskriminierung der polnischsprachigen Bevölkerung und Versuche im Kaiserreich, sie zu „germanisieren“, stärkten nur ihren Widerstand und die nationalpolnische Agitation unter ihnen.<sup>05</sup>

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts schien vielen Beobachtern die Region durch eine überbordende Proletariat gekennzeichnet, die Vertretern bürgerlicher Schichten durchaus bedrohlich erschien. Bald hatte das Revier einen Ruf als der „wilde Westen“ des Kaiserreichs, in dem bürgerliche moralische Werte nicht galten und ein oftmals von Alkohol, Prostitution und anderen Lasten geprägter Alltag herrschte. Aber das Ruhrgebiet war nicht nur in moralischer Hinsicht ein Schreckgespenst des deutschen Bürgertums. Es wurde auch politisch als Hort von Unruhe und potenziell Umstürzertum gesehen. Bereits 1889 erschütterte ein bis dahin in dieser Größe noch nicht gekannter Bergarbeiterstreik das Revier. Auch wenn die meisten Forderungen der Bergarbeiter, trotz Einmischung des jungen Kaisers, Wilhelm II., von den selbstherrlichen Unternehmern nicht erfüllt wurden, gründete sich infolge des Streiks doch eine dauerhafte Gewerkschaft, der sozialdemokratische Alte Verband, der nach 1889 die Interessen der Bergarbeiter vertrat – gegenüber renitenten Unternehmern, die einer Ideologie des „Herr-im-Hause“-Standpunkts huldigten. In weiteren großen Streikwellen 1905 und 1912 forderten die Bergarbeiter die Anerkennung ihrer Gewerkschaften, höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Dabei waren sich die Proletarier der Region durchaus nicht einig in ihrer sozialen Position als Arbeiter. Sie waren ethnisch, religiös und politisch gespalten. Am wichtigsten in der Region waren die christlichen Gewerkschaften, die die katholischen Arbeiter mobilisierten. Politisch unterstützten sie die Zentrumsparterie. Erst mit einigem Abstand kamen die sozialdemokratischen Arbeiter, die den Kirchen eher skeptisch gegenüberstanden. Die polnischsprachigen Arbeiter hatten, wie bereits angedeutet, ihre eigenen Gewerkschaften und ihr eigenes Milieu.<sup>06</sup>

## DIE ERFINDUNG DES RUHRGEBIETS IN DER ZWISCHENKRIEGSZEIT

War vor dem Ersten Weltkrieg das Ruhrgebiet (schwer)industrielle Herzkammer des Deutschen Reichs, das so manchem braven Bürger ein

**01** Frank Goosen, „Ey, Kundschaft“, 7.1.2010, [www.zeit.de/2010/02/Ruhrgebiet](http://www.zeit.de/2010/02/Ruhrgebiet).

**02** Dies ist auch das Hauptergebnis einer breit angelegten Studie zu den Erinnerungsräumen im Ruhrgebiet, deren Ergebnisse veröffentlicht werden in Stefan Berger et al. (Hrsg.), *Zeit-Räume Ruhr. Die Erinnerungsorte des Ruhrgebiets*, Essen 2019 (i. E.).

**03** Der Hellweg war eine wichtige mittelalterliche Heer- und Handelsstraße.

**04** Vgl. Franz-J. Brüggemeier, *Grubengold. Das Zeitalter der Kohle von 1750 bis heute*, München 2018.

**05** Vgl. Christoph Kleßmann, *Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet, 1870–1945: Soziale Integration und nationale Subkultur einer Minderheit in der deutschen Industriegesellschaft*, Göttingen 1978.

**06** Zu Geschichte und Entwicklung des Ruhrgebiets allgemein siehe Wolfgang Köllmann et al. (Hrsg.), *Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter*, 2 Bde., Düsseldorf 1990.

Schaudern abverlangte, so wurde das Ruhrgebiet nach dem verlorenen Weltkrieg und der Revolution von 1918/19 auch politisch immer bedeutender. Gegen den antirepublikanischen Kapp-Lüttwitz-Putsch von rechts formierte sich 1920 im Ruhrgebiet eine Rote Ruhrarmee, die für einige Wochen die Region weitgehend kontrollierte, bevor sie von rechtsgerichteten Freikorps und regulären Armeeeinheiten im Auftrag der Reichsregierung militärisch besiegt wurde. Die Rote Ruhrarmee stand für das revolutionäre Ruhrgebiet der Arbeiter – immerhin wurde die Region in der Weimarer Republik zu einer Hochburg der Anarchosyndikalisten (in dem kurzen Zeitraum zwischen 1920 und 1922) und der Kommunisten, auch wenn während der gesamten Weimarer Zeit das Zentrum die stärkste Partei im Ruhrgebiet blieb. Ihr gaben die meisten katholischen Arbeiter ihre Stimme.

1920 war nicht nur das Jahr der Roten Ruhrarmee, sondern auch das Jahr der Gründung des Siedlungsverbands Ruhrgebiet (SVR), der ins Leben gerufen wurde, um die Reparationsforderungen der Alliierten über eine Steigerung der Kohleproduktion besser erfüllen zu können. Da zu diesem Zweck weitere 600 000 Menschen im Ruhrgebiet beheimatet werden sollten, bedurfte es eines zentralen administrativen Koordinationsapparates. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg hatte es erste Ansätze zu solch überkommunaler, regionaler Koordination gegeben, vor allem bei der Wasserhaltung. Die Emscher-genossenschaft, 1889 gegründet, sollte für Unternehmen und Kommunen die Abwasserregelungen im Emschergebiet kontrollieren, um der Entstehung von Seuchen entgegenzuwirken. Wie wichtig das war, zeigte die Typhusepidemie in Gelsenkirchen 1901. Nach 1901 stellte die Emscher-genossenschaft Pläne zur Abwasserreinigung im Emschergebiet auf.

In der Zwischenkriegszeit kamen einige der innovativsten und interessantesten Ideen zur Stadtplanung aus dem Ruhrgebiet. Stadtplaner wie Robert Schmidt gelten heute als Pioniere einer modernen Regionalplanung. Mit dem SVR als eigene regionale Administration war die Region auch zum ersten Mal territorial definiert. Denn wo genau das Ruhrgebiet begann und wo es endete, war von Anbeginn bis heute durchaus umstritten. Welche Stadt und welche Gemeinde gehört noch dazu, welche nicht? In der Zuständigkeit des SVR und seiner Nachfolgeorganisa-

tionen bestand und besteht bis heute die Möglichkeit, das Ruhrgebiet territorial abzugrenzen, auch wenn sich dadurch eine gewisse Unschärfe der territorialen Zugehörigkeiten nicht gänzlich vermeiden lässt.

1923 rückte das Ruhrgebiet erneut ins Blickfeld der Nation, als französische und belgische Truppen die Region besetzten, um die stockenden Reparationen des Reiches über eine direkte Kontrolle der Kohleförderung zu kompensieren.<sup>07</sup> Der vom Reich ausgerufene und finanzierte passive Widerstand in der Region heizte die Inflation an, aber seine weitgehende Befolgung machte die Region zum Hort des nationalen Widerstandes gegen die alliierten Sieger des Ersten Weltkriegs und ihr verhasstes „Friedensdiktat“. Neben die wirtschaftliche Bedeutung der Region trat nun eine politische, die die Konturen der Region in der nationalen Wahrnehmung schärfte. Sie trat nun zunehmend unter dem Namen „Ruhrgebiet“ auf.

In der zweiten Hälfte der 1920er Jahre gab es bedeutende Sozialreportagen, die eine Art von Entdeckungsreisen in einen im übrigen Deutschland wenig bekannten industriellen Raum darstellten. Heinrich Hausers mit zahlreichen Fotografien versehene Ruhrgebietsreportage „Schwarzes Revier“, 1928 entstanden, zeichnete eine Region, die in ihrem städtischen Alltagsleben ganz von der Schwerindustrie beherrscht war.<sup>08</sup> Erik Regers Romane und Erich Grisars Fotografien waren ebenfalls auf je unterschiedliche Weise darum bemüht, das Arbeiterleben in der Region zu dokumentieren.<sup>09</sup>

Für die Nationalsozialisten war das Ruhrgebiet eher feindliches Terrain. Hier hatten diejenigen Milieus das Sagen, die sich den braunen Horden gegenüber am resistentesten zeigten – das katholische, sozialdemokratische und kommunistische Arbeitermilieu. Nach 1933 unterdrückten die Nationalsozialisten brutal diejenigen, die sich ihnen in den Weg gestellt hatten. Viele Arbeiterführer kamen entweder in den Konzent-

<sup>07</sup> Vgl. Conan Fischer, *The Ruhr Crisis, 1923–1924*, Oxford 2003.

<sup>08</sup> Vgl. Heinrich Hauser, *Schwarzes Revier*, hrsg. von Barbara Weidle, Bonn 2010.

<sup>09</sup> Vgl. Matthias Uecker, *Der Publizist als Romancier. Erik Regers Ruhrgebiets-Romane*, in: Konrad Ehlich/Wilhelm Elmer/Rainer Noltenius (Hrsg.), *Sprache und Literatur an der Ruhr*, Essen 1997<sup>2</sup>, S. 167–182; Erich Grisar, *Ruhrgebietsfotografien 1928–1933*, hrsg. von Heinrich Theodor Grütter et al., Essen 2016.

rationslagern um, oder sie wurden gefoltert und gedemütigt und mussten Deutschland verlassen. Aber die Nationalsozialisten bemühten sich auch, die Arbeiter mit positiven Angeboten für sich zu gewinnen. „Ehre der Arbeit“ und „Schönheit der Arbeit“ wurden gepriesen, die „Kraft durch Freude“-Gemeinschaft machte Freizeitangebote für junge Arbeiter, all dies gepaart mit den Versprechungen eines rassistischen Sozialstaates. Sie blieben zwar zu einem Gutteil ideologisches Blendwerk, aber sie waren für manche Arbeiter auch Verlockungen und Versprechungen auf eine bessere Zukunft. Im Zweiten Weltkrieg, als auch im Ruhrgebiet ein Heer von Zwangsarbeitern die Rüstungs- und Schwerindustrie am Laufen hielt, konnten viele deutsche Arbeiter einen sozialen Aufstieg verbuchen, der sie zutiefst in die rassistische und unmenschliche nazistische Diktatur verwickelte.<sup>10</sup>

#### AUFERSTANDEN AUS RUINEN – DAS RUHRGEBIET IM WIRTSCHAFTSWUNDER UND DIE EUROPÄISCHE EINIGUNG

Nach 1945 wollte daran niemand mehr erinnert werden. Es fiel leicht, die Erinnerung an die eigene Verstricktheit in das nationalsozialistische Unrechtsregime abzustreifen, konnte man sich doch als Opfer der Nationalsozialisten und des Krieges neu erfinden. War das Ruhrgebiet, wie andere deutsche Städte, nicht weitgehend unter dem Bombenhagel der alliierten Kriegsgegner in Schutt und Asche versunken? Hatte man nicht zahlreiche Familienangehörige im Krieg verloren? Waren nicht Millionen Deutsche am Ende des Krieges aus Ostmitteleuropa vertrieben worden und mussten nun mühsam in westdeutschen Regionen, wie dem Ruhrgebiet, integriert werden? Hatte sich nicht der sowjetische „Untermensch“ bei seinem Vormarsch in Deutschland bestialisch und barbarisch ausgelebt? War die nationalsozialistische Ideologie nicht zumindest im Hinblick auf den sowjetischen Kommunismus gerechtfertigt? Wie sich deutsche Soldaten in

Russland verhalten hatten, danach wurde ebenso wenig gefragt wie nach den Millionen und Abermillionen toten russischen Zivilisten im Zweiten Weltkrieg.

Im Ruhrgebiet, wie andernorts in Deutschland, konzentrierte man sich auf den Wiederaufbau. Mit alliierter Hilfe wurde das Ruhrgebiet bald zum Zentrum des bundesrepublikanischen „Wirtschaftswunders“. Mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, dem Vorläufer der Europäischen Union, avancierte die Region auch zum Schrittmacher der europäischen Einigung in der zweiten Jahrhunderthälfte. Wie bereits um 1900 wurde das Ruhrgebiet erneut zum Synonym einer Migrationsgesellschaft. Zunächst wurden viele der Flüchtlinge und Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten integriert, danach kamen viele Wirtschaftsflüchtlinge aus der DDR und schließlich viele „Gastarbeiter“ aus Südeuropa und der Türkei. Bei allen Gruppen gab es zunächst große Probleme mit dem Zusammenleben – ähnlich wie bei den Ruhrpolen um 1900 –, aber dennoch entwickelte sich insgesamt über eine lange Zeit ein Mit- und Nebeneinander, das die multikulturelle Gesellschaft des Ruhrgebiets bis heute prägt und auch zu einer Kultur des „Leben und leben lassen“ beigetragen hat, die die Menschen in der Region bis heute kennzeichnet.<sup>11</sup> Im Steinkohlenbergbau und in der Stahlindustrie verdienten weitgehend männliche Arbeiter gutes Geld, das den Arbeiterfamilien in den 1950er Jahren eine Teilnahme an den Segnungen des wirtschaftlichen Booms erlaubte – das erste Auto, die erste Fernreise, die erste Waschmaschine, der erste Fernseher, eine verbesserte Ernährung. Es ging materiell mit dem proletarischen Milieu der Region durchaus bergauf.

Die nach 1945 neu gegründeten Einheitsgewerkschaften waren im Ruhrgebiet stark – besonders die Gewerkschaft der Bergarbeiter. Ihr Organisationsgrad lag bei über 90 Prozent, das Formular für die Mitgliedschaft de facto häufig mit der Einstellung unterzeichnet wurde. Aber auch die IG Metall verzeichnete im Ruhrgebiet hohe Mitgliederzahlen. Politisch zeichnete sich nach dem Zweiten Weltkrieg ein Wandel im Ruhrgebiet ab. War die Region noch in der

**10** Vgl. Hans-Christoph Seidel, *Der Ruhrbergbau im Zweiten Weltkrieg: Zechen, Bergarbeiter, Zwangsarbeiter*, Essen 2010; siehe auch Michael Schneider, *Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933–1939*, Bonn 1999; ders., *In der Kriegsgesellschaft. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1939–1945*, Bonn 2014.

**11** Vgl. Hans-Christoph Seidel, *Die Bergbaugewerkschaft und die „Gastarbeiter“. Ausländerpolitik im Ruhrbergbau vom Ende der 1950er bis in die 1980er Jahre*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 1/2014, S. 35–68.

Weimarer Republik mitnichten eine Hochburg der Sozialdemokratie, gelang es der SPD nach 1949 zur klassischen „Kümmererpartei“ vor Ort zu werden. „Geh mal zu Hermann [dem lokalen Parteisekretär], der macht das schon“, wurde zum geflügelten Wort in der Region, und die starken Einheitsgewerkschaften, die eng mit der Sozialdemokratie verbündet waren, taten das ihre, um ihre Mitglieder auf die SPD zu norden. So wurden im Verlauf der 1950er und 1960er Jahre die meisten Städte und Kommunen sozialdemokratisch, und die Region trug zur Formierung der ersten sozialdemokratisch geführten Landesregierung unter Fritz Steinhoff im Jahre 1956 bei. Zwischen 1966 und 2005 stellte die SPD kontinuierlich die Ministerpräsidenten in Düsseldorf. Daran hatte das Ruhrgebiet einen wichtigen Anteil.<sup>12</sup>

### DAS RUHRGEBIET IN DER DEINDUSTRIALISIERUNG – WELTMEISTER DER INDUSTRIEKULTUR

Das Ende des wirtschaftlichen Booms nach dem Zweiten Weltkrieg wird in der Regel auf das Jahr 1973 datiert. Doch im Ruhrgebiet kam die Krise bereits mit der sogenannten Kohlenkrise Ende der 1950er Jahre. Viele Wirtschaftsfachleute sahen zum damaligen Zeitpunkt darin noch eine zyklische Krise, die sicher bald wieder überwunden war. Im Verlauf der 1960er Jahre zeigte sich allerdings immer deutlicher, dass der Industriezweig trotz erhöhter Modernisierungsanstrengungen nicht von allein den Weg aus der Krise finden würde. Es kam zu ersten Zechenschließungen, und die mächtige Bergarbeitergewerkschaft organisierte Massendemonstrationen unter schwarzen Fahnen. Die schwarzen Fahnen an der Ruhr regten bei einigen Politikern Erinnerungen an die militanten Kämpfe der Zwischenkriegszeit. Doch die industriellen Beziehungen und die politische Kultur in der Region hatten sich massiv gewandelt. Die starke Versäulung in politische Milieus hatte sich aufgelöst, und die konfrontative Haltung der schwerindustriellen Unternehmer gegenüber den Gewerkschaften war einer kooperativen korporatistischen Hal-

tung gewichen. Der „rheinische Kapitalismus“ hatte sich im Ruhrgebiet nahezu in Reinform ausgeprägt, sodass Unternehmer, Gewerkschaften und staatliche Institutionen gemeinsam überlegten, wie man mit der Krise umgehen wollte. Das Resultat war die Zusammenführung aller Steinkohlezechen in der 1969 gegründeten Ruhrkohle AG (RAG), die mithilfe einer auf Jahrzehnte angelegten Subventionspolitik für die deutsche Steinkohle weiterexistieren konnte. So erfolgte ein geregelter Stellenabbau und die zunehmende Schließung von Zechen, ohne dass ein einziger Bergarbeiter „ins Bergfreie“ gefallen wäre.<sup>13</sup>

Als die Stahlindustrie in den 1970er Jahren in die Krise rutschte, hatten sich die wirtschaftlichen Bedingungen für eine solche korporatistische Lösung bereits wesentlich verschlechtert. Aber auch hier endeten ikonische Arbeitskämpfe, wie in Hattingen 1986/87 oder in Duisburg-Rheinhausen ab 1987, mit generösen Sozialplänen und politisch abgefederten Versuchen, den Arbeitern zu helfen, neue Arbeit zu finden, nicht zuletzt dadurch, dass neue Industrien im Ruhrgebiet angesiedelt wurden. Ein starker Sozialstaat und starke Gewerkschaften planten einen wirtschaftlichen Strukturwandel, der die Region, anders als andere schwerindustrielle Ballungsräume in der westlichen Welt, nicht zu einer postindustriellen Wüstenlandschaft mit schweren sozialen Verwerfungen abrutschen ließ. Vergleicht man das Ruhrgebiet mit dem *rust belt* der USA oder mit den zahlreichen schwerindustriellen Ballungsräumen Großbritanniens, wird der Erfolg des Strukturwandels im Ruhrgebiet sehr deutlich.<sup>14</sup>

Die Kohle- und Stahlindustrie hatten das Antlitz der Region seit der Mitte des 19. Jahrhunderts dominiert. Mit der Schließung von Zechen und Stahlwerken wurden nun riesige Flächen in der Region frei, die zudem oftmals mitten in den städtischen Ballungsgebieten lagen. Wie sollte man damit umgehen? Auf einigen dieser Flächen zogen neue Industrien ein. So siedelte sich bereits in den 1960er Jahren das Bochumer Opel-

<sup>12</sup> Vgl. Jürgen Mittag/Klaus Tenfelde (Hrsg.), *Versöhnen statt Spalten. Johannes Rau: Sozialdemokratie, Landespolitik und Zeitgeschichte*, Oberhausen 2007.

<sup>13</sup> Das Projekt „Menschen im Bergbau“ (Stiftung Geschichte des Ruhrgebiets in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Bergbaumuseum) bereitet eine *oral history* der RAG vor. Siehe <https://menschen-im-bergbau.de>.

<sup>14</sup> Vgl. Christian Wicke/Stefan Berger/Jana Golombek (Hrsg.), *Industrial Heritage and Regional Identities*, London 2018.

Werk, 2014 wieder geschlossen, auf einem ehemaligen Zechenstandort an. Doch der Abrisshammer wurde nicht überall willkommen geheißen. Massiver Protest formierte sich Ende der 1960er Jahre gegen den Abriss der Maschinenhalle auf Zeche Zollern in Dortmund – einem Juwel des Jugendstils. Es waren in der Tat Kunsthistoriker, die gemeinsam mit Stadtplanern, Konservatoren, Hochschullehrern und Intellektuellen erfolgreich gegen den Abriss zu Felde zogen. Vielerorts gründeten sich Geschichtsbewegungen von unten, die sich für den Erhalt industriekultureller Landschaften einsetzten. Der Kampf um den Erhalt der Arbeitersiedlung Eisenheim in Oberhausen war ein wichtiger Meilenstein dieser Bewegung. Eine Allianz aus Intellektuellen und linken Stadtplanern, allen voran Roland Günter, mit den in der Arbeitersiedlung ansässigen Arbeitern konnte schließlich die lokale Politik davon überzeugen, dass eine Modernisierung und Erhaltung der Siedlung einem Abriss vorzuziehen sei.<sup>15</sup>

Diese Überzeugungsarbeit war oftmals schwierig. Noch bei der Schließung der Zeche Zollverein in Essen 1986 wollte die RAG den möglichst schnellen Abriss und die Sanierung des Geländes, um Kosten zu senken und Neues zu planen. Auch die Gewerkschaften waren in den 1970er und 1980er Jahren kaum Freunde der Industriekultur, ging es ihnen doch vorrangig um den Erhalt von Arbeitsplätzen, nicht um ihre Musealisierung. Doch die soziale Bewegung von unten fand mächtige politische Verbündete, vor allem in der Sozialdemokratie. Der sozialdemokratische Bauminister Christoph Zöpel integrierte die Idee des Erhalts industriekultureller Landschaften in eine moderne Konzeption von Stadtplanung, die vom Betonbrutalismus der 1960er Jahre Abschied nahm. Auf ihn geht unter anderem die Entscheidung zurück, Zollverein unter Denkmalschutz zu stellen und damit die Zerstörung des heutigen Weltkulturerbes zu verhindern. Unter der sozialdemokratischen Regierung von Johannes Rau Ende der 1970er Jahre avancierte die Industriekultur zur Leitkultur des Ruhrgebiets. Sie konnte konstruiert werden als die Kultur „des kleinen Mannes“, des „aufrechten Arbeiters“ und der „einfachen Leute“, unter denen die Sozialdemokratie im Ruhrgebiet die meisten Wähler hatte. Die Sozialdemokratie profilierte sich als er-

folgreicher Gestalter des Strukturwandels unter Beibehaltung vieler industriekultureller Standorte, die zu Museen und Landschaftsparks transformiert oder anderen Neunutzungen zugeführt wurden.

Besonders das Dekadenprojekt der Internationalen Bauausstellung (IBA) Emscher Park in den 1990er Jahren etablierte die Industriekultur im Erinnerungshaushalt der Region. Der Gasometer in Oberhausen, der Landschaftspark Nord in Duisburg, die Jahrhunderthalle in Bochum – sie alle und viele andere industriekulturelle Ikonen des Reviers haben ihren Ursprung in der IBA. Ihr Konstrukteur, Karl Ganser, hatte die Fähigkeit, Bündnisse zu schließen und Gelder aufzutreiben für Dutzende von industriekulturellen Projekten, die auch die Ästhetik der Industriekultur in der Region verankerte. Es gab wichtige Vorläufer, etwa die Fotografien von Bernd und Hilla Becher, von Chargesheimer und von Albert Renger-Patzsch, auf deren Visualisierungen Ganser ebenso aufbauen konnte wie auf der starken Geschichtskulturbewegung von unten. Der IBA gelang es auch, die Unternehmer und die Gewerkschaften von der Industriekultur zu überzeugen. So formierte sich in und seit den 1990er Jahren eine überaus einheitliche Erinnerungslandschaft mit mächtigen Erinnerungsakteuren in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Industriekultur wurde zur Sache des rheinischen Kapitalismus.<sup>16</sup>

Startete die Industriekultur in den 1970er Jahren als sozialdemokratisches Projekt, so ist sie spätestens seit den 1990er Jahren zu einem überparteilichen Interesse geworden. Christdemokratisch geführte Landesregierungen sind ihr ebenso verbunden wie sozialdemokratische. Die RAG und die RAG-Stiftung haben sich zu wichtigen Förderern einer vor allem dem Erbe des Bergbaus verpflichteten Industriekultur entwickelt. Die Stiftung Industriedenkmalpflege und Geschichtskultur, die auf Initiative der RAG und des Landes NRW 1995 gegründet wurde, vereint unter ihrem Dach wichtige denkmalgeschützte Industrieanlagen des Bergbaus. Das Ruhrmuseum in Essen ist seit seinem Einzug auf der einstigen Kohlenwaschanlage auf Zeche Zollverein zu einem der besten Regionalmuseen der Bundesrepublik geworden, das

<sup>15</sup> Vgl. Janne und Roland Günter, „Sprechende Straßen“ in Eisenheim, Essen 1999.

<sup>16</sup> Vgl. Heiderose Kilper, Die Internationale Bauausstellung Emscher Park. Eine Studie zur Steuerungsproblematik komplexer Erneuerungsprozesse in einer alten Industrieregion, Wiesbaden 1999.

den industriekulturellen Konsens in seiner Dauer- ausstellung ebenso nach- wie eindrücklich inszeniert. Die Industriemuseen der Landschaftsverbände Westfalen-Lippe und Rheinland sind auch international außergewöhnlich beeindruckende Museen, die wesentlich zur Institutionalisierung der kulturellen Industrie-Erinnerungslandschaft Ruhrgebiet beigetragen haben. Nach wie vor gibt es in der Region eine der lebendigsten Geschichtskulturen der Bundesrepublik, in der sich Engagement „von unten“ verbindet mit zahlreichen Fördermöglichkeiten von oben und einer kooperativen Kultur des Miteinanders.

Mittlerweile kommen Delegationen nicht nur aus anderen europäischen postindustriellen Ballungsräumen, sondern aus der ganzen Welt, besonders viele derzeit aus China, um sich über Strukturwandel und Industriekultur im Ruhrgebiet zu informieren und zu lernen von einem weit über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus so wahrgenommen Erfolgsmodell.<sup>17</sup> Die Pioniere der Etablierung einer industriekulturellen Erinnerungslandschaft, wie der Gründungsdirektor des Ruhrmuseums, Ulrich Borsdorf, sind international zu gefragten Beratern geworden, wenn es um industriekulturelle Transformationen geht. Als einer der wichtigsten Förderer von industriekulturellen Erinnerungslandschaften fungiert der Regionalverband Ruhr (RVR), die heutige Nachfolgeorganisation des 1920 gegründeten SVR. Mit der gemeinsam mit dem Land NRW umgesetzten Route der Industriekultur hat er international Maßstäbe gesetzt und wesentlich zur Etablierung der Europäischen Route der Industriekultur beigetragen. 7,25 Millionen Besucher pro Jahr zählte die Route der Industriekultur im Ruhrgebiet 2018; sie sichert mittlerweile 6000 Stellen und ist zum Aushängeschild der Tourismusindustrie in der Region geworden.<sup>18</sup>

## DIE ZUKUNFT DES RUHRGEBIETS

Liegt die Zukunft des Ruhrgebiets also in einem industriellen *theme park*? Erschöpft sich die In-

dustriekultur in einem cleveren *region branding*, das neue Touristenströme in die Region bringt? Ist die Ästhetisierung von Kohle und Stahl nicht auch eine Verhöhnung derjenigen, die im Bergwerk und auf der Hütte eine äußerst dreckige, gesundheitsgefährdende, gefährliche und oftmals ungeliebte Arbeit machen mussten? Ist die Kommerzialisierung und Kommodifizierung von Industriekultur eine neoliberale Strategie der Enteignung derjenigen, die diese Kultur hervor gebracht haben?

Im nördlichen Ruhrgebiet wählen in einigen Regionen heute bis zu 17 Prozent die rechtspopulistische AfD. Es sind dies die Regionen, die die höchsten Arbeitslosenzahlen aufweisen, in denen die meisten Hartz IV-Empfänger wohnen, wo beinahe jedes zweite Kind in relativer Armut aufwächst. Hier gibt es viele, die am erfolgreichen Strukturwandel nicht partizipiert haben oder zumindest diesen Eindruck haben. Die AfD ist in ihren Hochburgen, ebenso wie Donald Trump im *rust belt* der USA oder die Rassemblement (bis Juni 2018: Front) National im Nord-Pas-de-Calais in Frankreich, Hoffnungsträger von sozial abgehängten Schichten. Die etablierten Parteien stehen hier vor einer politischen Herausforderung: Es gilt, einen neuen Solidarpakt zu schmieden, der die Schere zwischen Arm und Reich nicht immer breiter werden lässt. Die industriekulturelle Verankerung der kollektiven Erinnerung in der Region bietet hier wichtige Ressourcen, steht sie doch für eine positive Erinnerung an Solidarität und die Werte sozialer Demokratie, die weit über die Sozialdemokratische Partei hinausreichen, auch wenn die SPD historisch die vielleicht beste Inkarnation dieser Idee war. Nicht umsonst warb die AfD im Ruhrgebiet mit einem Plakat eines ehemaligen sozialdemokratischen Stadtverordneten, der zur AfD übergelaufen war, im Kittel des Bergmanns, mit den Worten: „Im Herzen Sozi. Deshalb bei der AfD“.

Doch der Rechtspopulismus ist nicht die einzige Herausforderung für das heutige Ruhrgebiet.<sup>19</sup> Die Region, mitsamt ihres Namens, ist ein Produkt der Industrialisierung. Mit dem Ende des Bergbaus 2018 und dem absehbaren Ende des Stahls im nächsten Jahrzehnt verliert die Region die Grundlagen, die sie überhaupt zu einer Regi-

<sup>17</sup> Vgl. Stefan Goch, Eine Region im Kampf mit dem Strukturwandel. Bewältigung von Strukturwandel und Strukturpolitik im Ruhrgebiet, Essen 2002.

<sup>18</sup> Vgl. Michael Kohlstadt, Auf Augenhöhe mit dem Eiffelturm, 13. 11. 2018, [www.nrz.de/politik/auf-augenhoehe-mit-dem-eiffelturm-id215789997.html](http://www.nrz.de/politik/auf-augenhoehe-mit-dem-eiffelturm-id215789997.html).

<sup>19</sup> Vgl. Jörg Bogumil et al., Viel erreicht – wenig gewonnen. Ein realistischer Blick auf das Ruhrgebiet, Essen 2012.

on gemacht haben. Wäre es nicht logisch, wenn dann auch die Region zu einem Ende käme? In ihren älteren Zeitschichten hat sich eine wichtige Trennlinie erhalten, die heute noch das Ruhrgebiet sichtbar durchzieht – die Trennlinie zwischen dem Rheinland und Westfalen. Die Stadt Dortmund identifiziert sich (nicht erst seit heute) stark mit dem angrenzenden westfälischen Umland. Am anderen Ende des Ruhrgebiets, in Duisburg, fühlen sich viele eng mit dem Niederrhein verbunden. Im Norden des Ruhrgebiets ist man fast Münsterländer, und im Süden, im grünen Ruhrtal, blickt man auf die sanften Hügel des Bergischen Landes. Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass das Ruhrgebiet auch im 21. Jahrhundert Ruhrgebiet bleiben wird. Dennoch stehen die Chancen nicht schlecht. Das industriekulturelle Narrativ ist mittlerweile zu einem wichtigen identitären Bindemittel geworden, das die Menschen im Ruhrgebiet zusammenhält. Auf dem Gasometer in Oberhausen stehend, finden hier viele, dass das Ruhrgebiet „ne geile Gegend“ ist – insofern hat die Industriekultur ohne Frage die regionale Identität maßgeblich geprägt.

Allerdings wäre zu fragen: Wessen regionale Identität? Die meisten Personen, die sich hier angesprochen fühlen, inklusive des Autors, gehören wohl mittlerweile zum neuen Bürgertum, das die Region mental dominiert. Ausgebildet weitgehend an der diversifizierten Hochschullandschaft der Region, die sich seit Gründung der Ruhr-Universität Bochum 1965 herausgebildet hat und die wohl die mit Abstand größte Erfolgsgeschichte des Strukturwandels darstellt, muss dieses neue Funktionsbürgertum nicht weit schauen, um in der eigenen Familie Berg- und Stahlarbeiter zu entdecken. Hier mischt sich das Familiengedächtnis mit dem regionalen Gedächtnis, wie es in der Industriekultur verankert ist. So ist es nicht überraschend, wenn die Industriekultur ihre begeistertsten Verfechter in den Reihen dieses Bürgertums findet. Sie pilgern zu den Klavier- und Theaterfestivals, die in den industriekulturellen Stätten behaust sind, und sie nutzen die Radfahr-schnellwege auf ehemaligen Erzbahntrassen und

ergötzen sich an der auf ehemaligen Halden prominent ausgestellten Skulpturen. Sie können sich abends in ihre Designermöbel sinken lassen und bei einem guten Glas Wein, wo die Flasche nicht unter fünf Euro kosten darf, gegenseitig beteuern, wie weit man in der Region und mit der Region gekommen sei.

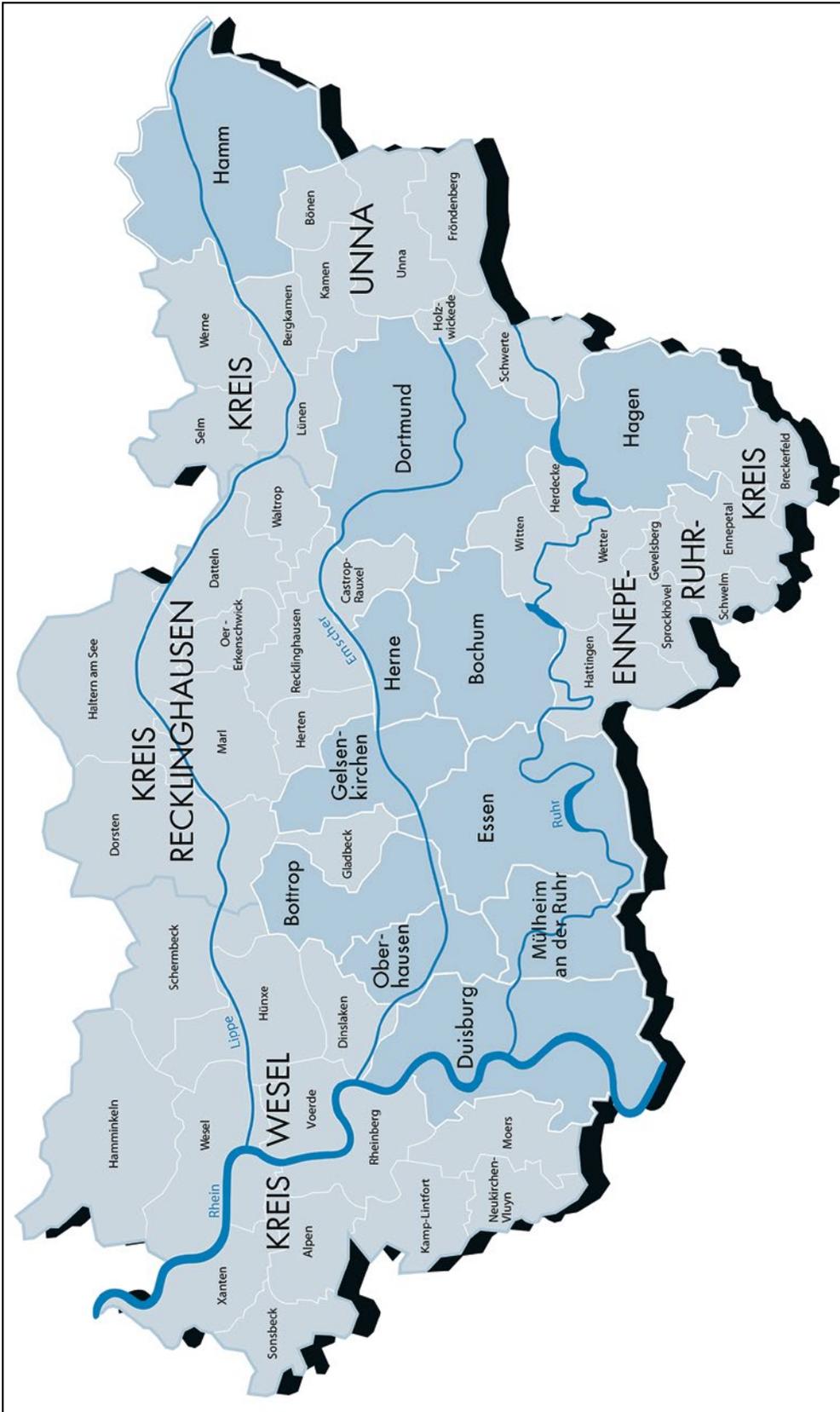
In ihrem mentalen Horizont wird Industriekultur so zur depolitisierten Selbstbestätigung. Das wird allerdings für die Zukunft kaum ausreichen. Vielleicht ist es an der Zeit, die überbordende Industriekultur der Region wieder zu politisieren und sie zu einer agonalen Erinnerungskultur zu formen,<sup>20</sup> aus der politische Konsequenzen zu ziehen sind. Diese Kultur steht nämlich für Werte und Normen, die eine solidarische Gesellschaft anmahnen, in der soziale Gleichheit keine bloße Worthülse ist und in der das Versprechen von sozialem Aufstieg nicht auf Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern beruht. Es lohnt sich, um die Politik der Zukunft zu streiten, und in diesem Streit ist die Industriekultur der Region eine wichtige Ressource. Geht man dem Streit aus dem Weg, überlässt man das Feld den Rechtspopulisten.

## STEFAN BERGER

ist Direktor des Instituts für soziale Bewegungen an der Ruhruniversität Bochum und Vorsitzender des Vorstandes der Stiftung Geschichte des Ruhrgebiets.

stefan.berger@ruhr-uni-bochum.de

**20** Vgl. Anna Cento Bull/Hans Lauge Hansen, On Agonistic Memory, in: *Memory Studies* 4/2015, S. 390–404. Eine Anwendung auf das Ruhrgebiet versucht Stefan Berger, *Industrial Heritage and the Ambiguities of Nostalgia for an Industrial Past in the Ruhr Valley, Germany*, in: *Labor* 1/2019, S. 36–64.



Städte und Kreise im Regionalverband Ruhr  
Quelle: Regionalverband Ruhr.

# DER RUHRBERGBAU

## Von der Industrialisierung bis zur Kohlenkrise

*Juliane Czierpka*

Der Ruhrbergbau, also der Steinkohlenbergbau im Ruhrgebiet, nahm der Legende nach seinen Anfang, als ein Hirtenjunge an der Ruhr morgens unter seinem abgebrannten Lagerfeuer glimmende Steine entdeckte.<sup>01</sup> Diese Geschichte der Entdeckung der Steinkohlen im südlichen Bereich des Ruhrgebiets lässt sich weder datieren noch verifizieren, belegen lässt sich allerdings der vorindustrielle Bergbau in just diesem Gebiet und die enorm starke Zunahme der Steinkohlenförderung im Ruhrgebiet während der Industrialisierung. Das Wachstum von Ruhrbergbau und Eisen- und Stahlindustrie im 19. Jahrhundert machte das Ruhrgebiet zu der wichtigsten Montanregion Europas. Die Bedeutung des Ruhrgebiets beschränkte sich dabei nicht auf die wirtschaftliche Ebene, vielmehr war die Region auch immer von hoher politischer Relevanz. Zum einen bildete der Ruhrbergbau lange Zeit die Basis für die Versorgung von Bevölkerung und Industrie weit über die Grenzen der Region hinaus, und zum anderen war das Ruhrgebiet ein Kernstück der deutschen Rüstungsindustrie in den Weltkriegen. Im Versailler Vertrag kam dem Ruhrbergbau eine ebenso hohe Bedeutung zu wie in den Plänen zur europäischen Einigung und den Deutschlandpolitiken der Alliierten nach 1945. Der Niedergang nahm mit der Kohlenkrise von 1957 seinen Anfang und ließ den Ruhrbergbau in die wirtschaftliche Bedeutungslosigkeit stürzen, sodass die Schließung der letzten Zeche im Dezember 2018 ein symbolischer Akt ohne Auswirkungen auf die regionale Wirtschaft bleibt.

Der Beitrag zeigt im Folgenden das starke Wachstum des Ruhrbergbaus während der Industrialisierung und dessen hohe Bedeutung am Vorabend des Ersten Weltkriegs, um dann auf die Rolle des Bergbaus an der Ruhr in beiden Weltkriegen und bei der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) einzugehen und sich über die Kohlenkrise dem Ende des Ruhrbergbaus zu nähern.

### DER RUHRBERGBAU IN DER EUROPÄISCHEN INDUSTRIALISIERUNG

Dem Ruhrgebiet kam fraglos eine führende Rolle im Prozess der Industrialisierung zu, auch wenn diese im Ruhrgebiet relativ spät begonnen hatte. Während in Großbritannien in der Mitte des 18. Jahrhunderts jährlich über fünf Millionen Tonnen Steinkohlen gefördert wurden und bis 1780 bereits 455 Dampfmaschinen zur Wasserhaltung errichtet worden waren, wurden im Ruhrgebiet in den 1760ern etwa 55 000 Tonnen Steinkohlen gefördert, die erste Dampfmaschine nahm hier 1799 ihren Betrieb auf.<sup>02</sup> Der größte Teil der an der Ruhr gewonnen Steinkohlen wurde von den Salinen im nahen Umland nachgefragt, Teile aber auch über Ruhr und Rhein in weiter entfernte Gebiete transportiert.<sup>03</sup> In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts setzte sich diese Entwicklung fort. Die Steinkohlenförderung nahm stetig zu und lag in der Jahrhundertmitte bei 1,6 Millionen Tonnen im Jahr. Dennoch blieb die jährliche Förderung weit hinter derjenigen der großen britischen und belgischen Montanreviere zurück.<sup>04</sup>

In die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts fielen einige Entwicklungen und Ereignisse, die von großer Bedeutung für das spätere Wachstum des Ruhrgebiets waren. So gelang 1830 erstmals die Durchdringung der wasserführenden Mergelschicht, wodurch der Abbau der tieferliegenden Flöze im nördlichen Bereich der Region möglich wurde. Hierdurch konnten die Zechen von der Ruhrzone aus in die Hellwegzone<sup>05</sup> vordringen – der Bergbau begann seine Nordwanderung, die ihn im weiteren Verlauf auch in die Emscher- und Lippezone führen sollte. Die nun tieferen Anlagen führten auch dazu, dass verstärkt Dampfmaschinen eingesetzt wurden.<sup>06</sup> Zugleich begann sich in der Region eine moderne, auf Steinkohlen basierende Eisenindustrie zu entwickeln, die

starke Nachfrageimpulse auf den Ruhrbergbau auslöste. Auch der Bau der ersten Eisenbahnstrecke im Ruhrgebiet fiel in die späte erste Hälfte des 19. Jahrhunderts, allerdings verlief die Strecke der 1847 fertiggestellten Köln-Mindener-Eisenbahn nördlich der Hellwegzone durch bisher brachliegendes Gebiet. Dies verzögerte den Anschluss der meisten Hellwegstädte, jedoch förderte die Streckenführung die Erschließung und industrielle Entwicklung der Emscherzone.<sup>07</sup>

Mit der Nordwanderung der Zechen veränderte sich auch die Qualität der abgebauten Steinkohlen. Die nun geförderten Fettkohlen eigneten sich sehr gut zur Verkokung und damit zur Verwendung im Hochofen. Nach der Inbetriebnahme des ersten Kokshochofens in der Region in der Mitte des Jahrhunderts kam es zu einer raschen Ausbreitung der Kokshochöfen und einer damit einhergehenden starken Zunahme der Roheisenproduktion. Eine Verdrängung der Holzkohle als Energieträger lässt sich auch bei der Erzeugung von Stabeisen<sup>08</sup> beobachten. Waren zehn Jahre zuvor noch etwa 17 Prozent des Stabeisens mit Holzkohle gefrischt worden, wurde 1860 der überwiegende Teil des Stabeisens ge-

puddelt – also unter Nutzung von Steinkohle entkohlt. Das starke Wachstum der Eisenindustrie führte zu einer verstärkten Nachfrage nach Steinkohlen. So verdreifachte sich die geförderte Menge in den 1850er Jahren auf etwa fünf Millionen Tonnen 1861. Damit überholte das Ruhrgebiet die belgischen Reviere und einige der vormals führenden britischen Reviere, in denen das Wachstum bereits nachließ. Mit den in den großen britischen Revieren geförderten Mengen konnte das Ruhrgebiet jedoch auch 1860 noch nicht mithalten.<sup>09</sup> Durch die Nutzung neuer Verfahren kam es nach 1860 zu einem starken Anstieg der Eisen- und Stahlproduktion und in deren Folge auch zu einer deutlichen Zunahme der Steinkohlenförderung. 1913 wurden im Ruhrbergbau über 114 Millionen Tonnen Steinkohlen gefördert – das entsprach in etwa 40 Prozent der gesamten britischen Förderung in diesem Jahr.<sup>10</sup>

Mit der Nordwanderung der Zechen stieg auch die Tiefe der Schächte, wodurch sich die Größe der Unternehmungen und die Anforderungen an die Technik, aber auch an die Betriebsorganisation veränderten. Mit der wachsenden Förderung in der Dekade nach 1850 ging auch eine verstärkte Gründungstätigkeit einher, die zu der Entstehung einer Vielzahl von Aktiengesellschaften führte, durch die eine Finanzierung der neuen Tiefbauzechen möglich wurde. In den 1870er Jahren kam es zu einer weiteren Periode verstärkter Unternehmensgründungen und zu einer Zunahme der Zusammenschlüsse einzelner Bergbauunternehmen. Zugleich kam es auch zu einer vertikalen Konzentration, also der Zusammenfassung unterschiedlicher Produktionsstufen in einem Unternehmen. Hierdurch entstanden die für das Ruhrgebiet typischen Großunternehmen mit ihrer engen Verflechtung zwischen den verschiedenen Teilbereichen der Montanindustrie – die Verbundwirtschaft. Ende des 19. Jahrhunderts kam es zudem zu einer Kartellierung des Ruhrbergbaus, dessen Zechen sich – nachdem vorherige Zusammenschlüsse nicht von Dauer gewesen waren – im Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikat (RWKS) zusammenschlossen.<sup>11</sup>

**01** Vgl. zu diesem Mythos Franz-Josef Brüggemeier, *Grubengold. Das Zeitalter der Kohle von 1750 bis heute*, München 2018, S. 15.

**02** Vgl. Michael W. Flinn, *The History of the British Coal Industry*, Bd. 2.: 1700–1830: The Industrial Revolution, Oxford 1993, S. 26; Wolfgang Köllmann, *Beginn der Industrialisierung*, in: ders. et al. (Hrsg.), *Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter*, Bd. 1, Düsseldorf 1990, S. 11–80, hier S. 36, S. 69.

**03** Vgl. Michael Fessner, *Steinkohle und Salz. Der lange Weg zum industriellen Ruhrrevier*, Bochum 1998, S. 211.

**04** Vgl. zu anderen europäischen Revieren Juliane Czierpka, *Montanindustrielle Führungsregionen der frühen europäischen Industrialisierung im Vergleich. Das Black Country und das Borinage*, Stuttgart 2017, S. 309–315, S. 319f.

**05** Der Hellweg war eine wichtige mittelalterliche Heer- und Handelsstraße; Hellwegstädte waren Duisburg, Essen, Bochum und Dortmund (Anm. d. Red.).

**06** Vgl. Toni Pierenkemper, *Der Bergbau. Leitsektor der deutschen Industrialisierung*, in: Klaus Tenfelde/ders. (Hrsg.), *Motor der Industrialisierung. Deutsche Bergbaugeschichte im 19. und frühen 20. Jahrhundert*, Münster 2016, S. 45–102, hier S. 59f.

**07** Vgl. Klara van Eyll, *Aspekte der Industrialisierung des Ruhrgebiets im 19. Jahrhundert – unter besonderer Berücksichtigung der Eisen- und Stahlindustrie*, in: Kurt Düwell/Wolfgang Köllmann (Hrsg.), *Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter*. Bd. 1: Von der Entstehung der Provinzen bis zur Reichsgründung, Wuppertal 1983, S. 186–196, hier S. 188f., S. 191f.

**08** Bei Stabeisen handelt es sich um entkohltes und damit schiedbares Roheisen. Von Stahl unterscheidet sich Stabeisen durch den Anteil noch enthaltenen Kohlenstoffs und anderer Verunreinigungen.

**09** Vgl. Czierpka (Anm. 4), S. 309, S. 315ff. Zu den Förderzahlen des Ruhrgebiets siehe Carl-Ludwig Holtfrerich, *Quantitative Wirtschaftsgeschichte des Ruhrkohlenbergbaus im 19. Jahrhundert*.

Eine Führungssektoranalyse, Dortmund 1973, S. 16ff.

**10** Vgl. Werner Abelshausen, *Wirtschaft, Staat und Arbeitsmarkt 1914–1945*, in: Köllmann et al. (Anm. 2), S. 435–489, hier S. 437.

**11** Vgl. Pierenkemper (Anm. 6), S. 64f., S. 67, S. 75, S. 86f.

Das starke Wachstum der Montanindustrie im Ruhrgebiet wurde begleitet von einer starken Zuwanderung von Arbeitskräften, wodurch sich die Bevölkerung der Städte vervielfachte. So wuchs Dortmund von etwa 10 000 Einwohnern in der Mitte des 19. Jahrhunderts auf über 44 000 Einwohner zu Beginn der 1870er Jahre und 144 374 Einwohner zur Jahrhundertwende.<sup>12</sup>

### DER RUHRBERGBAU IN DEN WELTKRIEGEN UND DER ZWISCHENKRIEGSZEIT

Der Kriegsbeginn 1914 führte zu Engpässen bei der Eisenbahn, wodurch der Schwerindustrie im Ruhrgebiet nicht in ausreichendem Maße rollendes Material zur Verfügung stand. In Verbindung mit einem konjunkturell bedingten Rückgang in dem Winter vor Kriegsausbruch sank die Fördermenge um etwa 16 Millionen Tonnen auf 98 Millionen Tonnen im Jahr 1914. Erst 1927 erreichte die Förderung im Ruhrbergbau wieder den Stand von 1913. Infolge der Einberufung von Bergarbeitern ging die Belegschaft der Ruhrzechen in den ersten Kriegsjahren stark zurück. Dieser Rückgang konnte erst etwa zwei Jahre nach Kriegsbeginn durch die Anwerbung von niederländischen und belgischen Arbeitskräften und den Einsatz von Kriegsgefangenen kompensiert werden. Trotz der hohen Bedeutung des Ruhrbergbaus für die Kriegswirtschaft – 1913 kamen etwa 60 Prozent der im Reich geförderten Steinkohlen aus dem Ruhrgebiet – gelang es den Zechenunternehmen, ihre unternehmerische Unabhängigkeit auch in der Kriegswirtschaft zu wahren, indem sie die vom Staat geforderten Ziele über das RWKS umsetzten und so eine direkte Lenkung durch staatliche Stellen überflüssig machten.<sup>13</sup>

Durch den Versailler Vertrag stieg die Bedeutung der Ruhrkohle in doppelter Hinsicht. Zum einen erlangte das Ruhrrevier durch die Gebietsabtretungen – das Deutsche Reich verlor die Reviere an der Saar und in Elsass-Lothringen sowie Teile des oberschlesischen Reviers – einen noch höheren Stellenwert in der nationalen Kohlenwirtschaft. Zum anderen waren die

Ruhrkohlen ein wichtiger Teil der zu leistenden Reparationen und in dieser Funktion auch der Auslöser für die Besetzung des Ruhrgebiets durch die Franzosen. Die Ruhrbesetzung wiederum beschleunigte die ohnehin schon hohe Inflation weiter, die so zu einer Hyperinflation wurde. Die französische Regierung hatte mit Unterstützung der belgischen und der italienischen Verantwortlichen der deutschen Regierung vorgeworfen, ihren Kohlelieferungen nicht nachgekommen zu sein, die Entsendung internationaler Kontrolleure in das Ruhrgebiet verlangt und war schlussendlich in dieses einmarschiert. Die Finanzierung des passiven Widerstands an der Ruhr und die Importe britischer Kohle, die zur Deckung der inländischen Steinkohlennachfrage nötig wurden, führten das Reich dann in die Hyperinflation.<sup>14</sup>

Nach der Währungsreform 1924 und dem Ende der Ruhrbesetzung 1925 stand der Ruhrbergbau wirtschaftlich deutlich besser da als die übrigen europäischen Reviere. Die als Reparationen gelieferten Ruhrkohlen erschwerten den Absatz der aus diesen Revieren stammenden Steinkohlen, während die deutsche Regierung nach der Freigabe der Zollpolitik die Einfuhr britischer Kohlen kontingentierte und sich die Ruhrkohle aufgrund der Reparationen nicht über Absatzprobleme beklagen konnte.<sup>15</sup> Dies und die Gebietsverluste führten dazu, dass 1925 drei Viertel aller im Deutschen Reich geförderten Steinkohlen aus dem Ruhrrevier stammten.<sup>16</sup> Allerdings zeigten sich zu dieser Zeit strukturelle Probleme des Ruhrbergbaus – namentlich die Konkurrenz der Braunkohle auf verschiedenen Märkten, der Wettbewerb mit neu aufsteigenden Steinkohlenrevieren auf den verbleibenden Märkten und die Verschiebung der Absatzmärkte infolge der Gebietsabtretungen sowie ein auf technologischem Fortschritt beruhender Rückgang der industriellen Nachfrage. Entsprechend stand die zweite Hälfte der 1920er Jahre im Zei-

<sup>12</sup> Vgl. Heinz-Günter Steinberg, *Das Ruhrgebiet im 19. und 20. Jahrhundert: Ein Verdichtungsraum im Wandel*, Münster 1985, Daten entnommen aus: GESIS Datenarchiv, Köln.

<sup>13</sup> Vgl. Abelshäuser (Anm. 10), S. 436 ff.

<sup>14</sup> Vgl. Conan Fischer, *The Ruhr Crisis, 1923–1924*, Oxford 2003, S. 29 ff., S. 80; Dieter Ziegler, *Kriegswirtschaft, Kriegsfolgenbewältigung, Kriegsvorbereitung. Der deutsche Bergbau im dauernden Ausnahmezustand (1914–1945)*, in: ders. (Hrsg.), *Rohstoffgewinnung im Strukturwandel. Der deutsche Bergbau im 20. Jahrhundert*, Münster 2013, S. 15–182, hier S. 58.

<sup>15</sup> Vgl. ebd., S. 64, S. 131 f.

<sup>16</sup> Vgl. Hans-Christoph Seidel, *Der Ruhrbergbau im Zweiten Weltkrieg: Zechen, Bergarbeiter, Zwangsarbeiter*, Essen 2010, S. 65.

chen einer Modernisierung und Rationalisierung des Ruhrbergbaus, die sich unter anderem in einem Anstieg der maschinell geförderten Steinkohle auf 66 Prozent zeigte – vor dem Beginn des Ersten Weltkriegs hatte dieser Wert bei zwei Prozent gelegen.<sup>17</sup>

Nur wenige Jahre später traf die Weltwirtschaftskrise das Ruhrgebiet – zwar mit leichter Verzögerung, dafür jedoch umso stärker. Im Deutschen Reich fiel die Industrieproduktion um 40 Prozent, entsprechend schwerwiegend waren die Auswirkungen im schwerindustriell geprägten Ruhrgebiet. Hier fiel der Anteil der Beschäftigten in Industrie und Handwerk von knapp 60 Prozent im Jahr 1925 auf etwa 30 Prozent im Jahr 1933, während zugleich über ein Viertel der Beschäftigten erwerbslos wurde. Die Belegschaft im Ruhrbergbau schrumpfte zwischen 1929 und 1932 von knapp 353 000 auf 190 000 Beschäftigte, während die Fördermenge von über 123 Millionen Tonnen im Jahr 1929 auf knapp 74 Millionen Tonnen im Jahr 1932 sank, bevor 1933 eine erste Erholung einsetzte, die aber deutlich länger andauerte als in anderen Branchen.<sup>18</sup>

Auch wenn die jährliche Kohlenförderung erst 1937 wieder über den Wert von 1929 stieg, blieb die wirtschaftliche und politische Bedeutung des Ruhrreviers unbestritten.<sup>19</sup> Im Rahmen des Vierjahresplans bildete die Steinkohle, und damit vor allen anderen Revieren die Ruhrkohle, die Basis der Rüstungs- und Autarkiewirtschaft. Zudem kam der Ruhrkohle aufgrund ihrer Exportstärke eine wichtige Rolle für die Devisenbeschaffung zu.<sup>20</sup> Die Zechenbesitzer an der Ruhr scheuten jedoch größere Investitionen in den Ausbau ihrer Anlagen – Mittel für staatliche Investitionen waren für den Steinkohlenbergbau nicht vorgesehen – und bevorzugten eine Steigerung der geförderten Mengen durch eine Ausweitung der Belegschaft. Vor dem Hintergrund der durch die Aufrüstung und die Autarkiebestrebungen ausgelösten Hochkonjunktur misslang jedoch nicht nur die Anwerbung neuer Arbeitskräfte, vielmehr musste der Ruhrbergbau eine starke Abwanderung der Be-

schäftigten hinnehmen.<sup>21</sup> Erleichterung brachte weder die Schichtzeitverlängerung noch die Anwerbung in- und ausländischer Arbeitskräfte, sodass der Arbeitskräftemangel bis Kriegsbeginn nicht behoben werden konnte. Anders als zu Beginn des Ersten Weltkriegs wurden Förderung und Transport der Ruhrkohlen 1939 nicht durch die Mobilmachung und Einberufung gestört. Allerdings wurden auch Teile der Belegschaft der Zechen eingezogen, sodass sich der Mangel an Bergleuten weiter verschärfte. In der Folge kam es zu einer Anwerbung ausländischer Zivilarbeiter. Im weiteren Kriegsverlauf wurden massiv Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene in den Ruhrzechen eingesetzt.<sup>22</sup>

Bis Anfang der 1940er Jahre gelang den Ruhrzechen eine Steigerung ihrer Förderung. Nachdem 1941 mit fast 130 Millionen Tonnen fast der Spitzenwert aus dem Jahr 1939 erreicht wurde, sank die Fördermenge in den kommenden beiden Jahren jedoch leicht und stürzte dann 1944 auf etwa 111 Millionen und 1945 auf 33 Millionen Tonnen.<sup>23</sup> Diese Zahlen spiegeln den Zusammenbruch der Kohlewirtschaft Ende 1944 wider. Infolge konzentrierter Luftangriffe gegen die Verkehrsinfrastruktur des Ruhrgebiets im Herbst 1944 war ein Transport von Gütern aus dem Ruhrgebiet in die übrigen Teile des Reichs ab Oktober faktisch nicht mehr möglich. So konnten selbst die geringen Fördermengen der letzten Kriegsmomente nicht mehr an die Verbraucher geliefert, geschweige denn nach Dringlichkeit verteilt werden.<sup>24</sup>

## DER RUHRBERGBAU NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG

War der Ruhrbergbau eine Basis der Kriegswirtschaft, kam ihm nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs eine Schlüsselrolle für die wirtschaftliche und politische Entwicklung der Bundesrepublik zu. Unmittelbar nachdem der Krieg im Ruhrgebiet im April 1945 geendet hatte, waren jedoch zuerst einige Schwierigkeiten zu überwinden. Während die Zechen von Kriegsschäden verhältnismäßig gering betroffen waren, waren große Teile des Wohnraums im Ruhrgebiet zerstört. Mit dem Zusammenbruch

<sup>17</sup> Vgl. Abelshäuser (Anm. 10), S. 460; Seidel (Anm. 16), S. 62ff.; Ziegler (Anm. 14), S. 131f., S. 137ff.

<sup>18</sup> Vgl. Abelshäuser (Anm. 10), S. 437, S. 467, S. 479; Ziegler (Anm. 14), S. 142.

<sup>19</sup> Vgl. zur Bedeutung des Ruhrbergbaus Seidel (Anm. 16), S. 64ff.

<sup>20</sup> Vgl. ebd., S. 67ff.

<sup>21</sup> Vgl. Abelshäuser (Anm. 10), S. 485; Seidel (Anm. 16), S. 69ff., S. 90ff.; Ziegler (Anm. 14), S. 146ff.

<sup>22</sup> Vgl. Seidel (Anm. 16), S. 139ff., S. 168ff., S. 562f.

<sup>23</sup> Vgl. Abelshäuser (Anm. 10), S. 437.

<sup>24</sup> Vgl. Seidel (Anm. 16), S. 366ff.

der Kohlenwirtschaft im Winter 1944/45 war auch die Versorgung der Einwohner im Ruhrgebiet zusammengebrochen, sodass weder ausreichend Wohnraum noch Lebensmittel für die ohnehin stark dezimierte Bevölkerung zur Verfügung standen.<sup>25</sup> Während sich die Menschen auf zu wenig Wohnraum drängten, mangelte es den Zechen nach der Befreiung der Zwangsarbeiter an Arbeitskräften. Verschiedene Anwerbe- und Zwangsverpflichtungsmaßnahmen der Alliierten blieben ohne Wirkung, was nicht zuletzt an der weiterhin schlechten Ernährungslage im Ruhrgebiet lag, die zudem die Förderleistung der Bergarbeiter beeinträchtigte. Erst Ende der 1940er Jahre stellten sich erste Erfolge ein, die jedoch mit der ohnehin starken Verbesserung der wirtschaftlichen Lage einhergingen.<sup>26</sup> Negativen Einfluss auf die Förderleistung des Ruhrbergbaus hatte auch der während der Kriegsjahre betriebene Raubbau, bei dem sich der Abbau auf die leicht zu gewinnenden Flöze konzentriert hatte. Aufgrund der lange Zeit ungeklärten Eigentumsverhältnisse im Ruhrbergbau und des staatlich festgesetzten Kohlepreises verzögerten sich zudem dringend nötige Investitionen, sodass die Entwicklung des Ruhrbergbaus Anfang der 1950er Jahre hinter der anderer Branchen zurückblieb.<sup>27</sup>

Die Organisation des Ruhrbergbaus hatten die Alliierten mit der Gründung der Deutschen Kohlenbergbau-Leitung (DKBL) 1947 und des Deutschen Kohlen-Verkauf (DKV) weitestgehend in die Hände der Deutschen gelegt. Zuvor hatte die britische Militärregierung, die außerdem die Liquidation des RWKS verfügt hatte, verschiedene Kontroll- und Verteilungsstrukturen geschaffen, bis der operative Teil 1948 an den DKV übergeben wurde, der fortan als zentrale Verkaufs- und Vertriebsorganisation für Steinkohlen fungierte.<sup>28</sup> Vor dem Hintergrund der immer moderater werdenden Deutschlandpolitiken der Briten und US-Amerikaner fürchteten die Franzosen einen Ver-

lust der Kontrolle über das Ruhrgebiet und seine Schwerindustrie. Zum einen trieb die Franzosen die Angst vor einer erneuten Aufrüstung Deutschlands, zum anderen war die französische Stahlindustrie von den Kokskohlen aus dem Ruhrrevier abhängig. Als sich abzeichnete, dass die übrigen westlichen Alliierten an einer strengen Fortführung der Kontrollen nicht interessiert waren, änderte die französische Regierung ihre Strategie, und Außenminister Robert Schuman stellte im Mai 1950 seine Vision einer europäischen Montanunion vor. Bundeskanzler Konrad Adenauer begrüßte den Vorschlag, die europäischen Kohle-, Eisen- und Stahlindustrien aus der Zuständigkeit der nationalen Regierungen herauszulösen und einer supranationalen Behörde – der sogenannten Hohen Behörde – zu unterstellen. Er erhoffte sich für die junge Bundesrepublik einen Rückgewinn an relativer Macht und Souveränität.<sup>29</sup> Auch der Ruhrbergbau stand den Plänen Schumans anfangs nicht ablehnend gegenüber. Hier sah man eine Möglichkeit, sich durch die Montanunion vor den Interventionen der Alliierten – die Eigentumsfrage war zu diesem Zeitpunkt noch nicht abschließend geklärt – schützen zu können. Als im Laufe der Verhandlungen jedoch die französische Delegation die Liquidation des DKV und ein Kartellverbot forderte, kippte die Stimmung an der Ruhr. Erbittert kämpften die Akteure des Ruhrbergbaus für ihre zentralisierte Verkaufsorganisation, deren Abschaffung sie für nicht praktikabel hielten.<sup>30</sup> Infolge des Widerstandes des Ruhrbergbaus kam es beinahe zum Scheitern der Verhandlungen, woraufhin die Alliierte Hohe Kommission starken Druck auf die Bundesregierung ausübte, die daraufhin die Notwendigkeit einer Liquidation des DKV anerkannte und damit den Weg zur Gründung der EGKS freimachte.<sup>31</sup> Die wirtschaftliche und politische Be-

**25** Vgl. Dietmar Petzina, *Wirtschaft und Arbeit im Ruhrgebiet 1945 bis 1985*, in: Köllmann et al. (Anm. 2), S. 491–567, hier S. 492f.

**26** Vgl. Michael Farrenkopf, *Wiederaufstieg und Niedergang des Bergbaus in der Bundesrepublik*, in: Ziegler (Anm. 14), S. 183–302, hier S. 201 ff.

**27** Vgl. ebd., S. 197, S. 204f.

**28** Vgl. Werner Abelshäuser, *Der Ruhrkohlenbergbau seit 1945. Wiederaufbau, Krise, Anpassung*, München 1984, S. 50f.; Farrenkopf (Anm. 26), S. 199f.; Heinz Vogelsang, *Die deutsche Kohlenverkaufsorganisation in ihrer historischen Entwicklung*, München 1957, S. 123f.

**29** Vgl. Gerhard Brunn, *Die europäische Einigung von 1945 bis heute*, Stuttgart 2002, S. 70–82.

**30** Vgl. Heinrich Kost an Konrad Adenauer, 11. 1. 1951, Montanhistorisches Dokumentationszentrum (montan.dok) beim Deutschen Bergbau-Museum Bochum/Bergbau-Archiv (BBA) 32/3980.

**31** Vgl. zu der Rolle der US-Amerikaner Volker R. Berghahn, *Industriegesellschaft und Kulturtransfer. Die deutsch-amerikanischen Beziehungen im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2010, S. 228f.; Klaus Schwabe, *Fürsprecher Frankreichs? John McCloy und die Integration der Bundesrepublik*, in: Ludolf Herbst/Werner Bühner/Hanno Sowade (Hrsg.), *Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt*, München 1990, S. 517–533, hier S. 522f.

deutung des Ruhrbergbaus war somit eines der Motive für die Bemühungen einer europäischen Einigung nach 1945, auf der wiederum die heutige Europäische Union fußt. Aus Sicht der Akteure des Ruhrbergbaus hatten sie für die politisch gewollte Gründung der EGKS „ein schwer erträgliches Maß wirtschaftlicher Opfer“<sup>32</sup> zu erbringen. Die Schaffung der Montanunion gegen die Interessen des Ruhrbergbaus ist jedoch eher ein Beleg für die hohe Bedeutung des Ruhrbergbaus in Europa – der Anteil der Ruhrkohlen an der gesamten Förderung in der EGKS lag 1952 bei knapp 48 Prozent<sup>33</sup> – denn für eine mangelnde Durchsetzungskraft der Akteure.

Auch Anfang der 1950er Jahre war der Ruhrbergbau noch immer nicht in der Lage, die stetig wachsende Nachfrage nach Energie zu befriedigen. Zur Deckung der Energielücke wurden zusätzliche Steinkohlen sowie Öl importiert, zudem wurden Anreize zur Stimulierung der Erzeugung von Heizöl gesetzt. Parallel zu dieser Entwicklung begann Anfang der 1950er Jahre auch die Modernisierung des Ruhrbergbaus und das Abteufen neuer Schächte, hierfür waren mit dem Investitionshilfegesetz Mittel für die zu langsam wachsenden Grundstoffindustrien zur Verfügung gestellt worden.<sup>34</sup> Nachdem die Kriegsfolgen überwunden waren, setzte ein Wachstum der Förderung ein; 1956 wurde der Spitzenwert der Zwischenkriegszeit übertroffen. An die starke Förderleistung der Jahre 1937 bis 1943 reichten die in den 1950er Jahren geförderten Mengen jedoch nicht heran.<sup>35</sup> Die 1956 geförderten 124,6 Millionen Tonnen Ruhrkohle machten dabei mehr als 82 Prozent der bundesrepublikanischen Steinkohlenförderung aus.

### DER RUHRBERGBAU IN DER EUROPÄISCHEN KOHLENKRISE

Im Februar 1958 wurden auf den Zechen im Ruhrgebiet erste Feierschichten eingelegt, erst-

**32** Heinrich Kost (DKBL) und August Schmidt (IG Bergbau) an Konrad Adenauer, 7.2.1951, Montanhistorisches Dokumentationszentrum (montan.dok) beim Deutschen Bergbau-Museum Bochum/ Bergbau-Archiv (BBA) 32/3980.

**33** Vgl. zu den Förderzahlen Wilhelm Gumz/Rudolf Regul, Die Kohle. Entstehung, Eigenschaften, Gewinnung und Verwendung, gemeinfasslich dargestellt, Essen 1954, S. 193; vgl. Petzina (Anm. 25), S. 517.

**34** Vgl. Farrenkopf (Anm. 26), S. 212f.

**35** Vgl. zu den Daten Abelshäuser (Anm. 10), S. 437; Petzina (Anm. 25), S. 517.

mals seit der Rüstungskonjunktur überstieg die Förderung die Nachfrage. Einen langfristigen Rückgang der Steinkohlenachfrage hatte kaum jemand prognostiziert, vielmehr waren auch die Akteure im Ruhrbergbau davon ausgegangen, auch weiterhin in hohem Maße an einem stark wachsenden Energiebedarf zu partizipieren. Entsprechend überraschend begann mit dem Einbruch der Nachfrage im Winter 1957/58 die Kohlenkrise. In der zweiten Hälfte der 1950er Jahre hatte sich das Mineralöl auf dem deutschen Markt durch den Wegfall des Heizölzolls verbilligt, zudem war es zu einer Erschließung neuer Fördergebiete gekommen, und nach dem Ende der Suezkrise 1956 waren die Transportpreise stark gefallen. Zwischen 1957 und 1960 halbierten sich die Preise für Heizöl, während die gesunkenen Frachtraten auch die importierte amerikanische Steinkohle stark verbilligten. Auch andere Entwicklungen, wie der Wechsel von Schiene zur Straße oder die Umstellung der Lokomotiven auf Dieselkraftstoffe, wirkten gegen den Ruhrbergbau.<sup>36</sup>

Die strukturellen Verschiebungen in der Energienachfrage stürzten nicht nur den Ruhrbergbau, sondern alle westeuropäischen Steinkohlenreviere in die Krise. In den Mitgliedsländern der EGKS sank der Anteil der Steinkohle an der Deckung des gesamten Energiebedarfs von 74 Prozent 1950 auf 53 Prozent 1960. Weitere fünf Jahre später, 1965, wurden nur noch 38 Prozent des Energiebedarfs durch Steinkohle gedeckt. In dem gleichen Zeitraum stieg der Anteil des Erdöls zunächst von zehn auf 27 Prozent und dann auf 45 Prozent.<sup>37</sup> In Deutschland lag die Bedeutung der Steinkohle höher als im europäischen Durchschnitt, sodass 1957 etwa 68 Prozent des Primärenergieverbrauchs durch Steinkohle, 15 Prozent durch Braunkohle und etwa zwölf Prozent durch Mineralöl gedeckt wurden. 1969 war der Anteil der Steinkohle auf knapp 32 Prozent gesunken.<sup>38</sup> Anders als die IG Bergbau, deren Vertreter recht früh auf die strukturellen Ursachen der Bergbaukrise hinwiesen und eine Neuordnung des Steinkohlenbergbaus forderten, postulierten die Vertreter der Unterneh-

**36** Vgl. Farrenkopf (Anm. 26), S. 215f.; Petzina (Anm. 25), S. 518f.

**37** Vgl. Fritz Hellwig, Sinkende Wettbewerbsfähigkeit der Kohle, in: Wirtschaftsdienst 6/1947, S. 279–287, hier S. 279.

**38** Vgl. Farrenkopf (Anm. 26), S. 216.

merseite den konjunkturellen und damit vorübergehenden Charakter der Krise. Entsprechend konzentrierten sich die Maßnahmen in der unmittelbaren Folgezeit der Krise auf die Betriebsebene. Zur Erleichterung der Absatzsituation wurde die Notgemeinschaft deutscher Steinkohlenreviere GmbH gegründet, über die bestehende Verträge über den Import von US-amerikanischen Steinkohlen abgelöst wurden. Trotz des starken Rückgangs der Steinkohlenimporte gingen die Förderzahlen weiter zurück, was wiederum zu massenhaften Entlassungen der Beschäftigten führte. Waren 1957 noch 397 000 Menschen bei den Zechen an der Ruhr beschäftigt, waren es 1961 nur noch 296 000 und 1966 nur noch etwas über 200 000.<sup>39</sup> Das Bundeswirtschaftsministerium unterstützte die Anpassungsmaßnahmen zwar mit finanziellen Hilfen, gab jedoch den Forderungen des Ruhrbergbaus nach einem Schutz der Steinkohlen vor der Konkurrenz durch andere Energieträger erst 1960 mit der Einführung einer Heizölsteuer nach. Allerdings konnte Ruhrkohle an vielen Orten die künstlich angehobenen Ölpreise trotzdem nicht unterbieten. 1961 und 1962 kam es, nach einer kurzen Erholung im Jahr 1960, zu erneuten Zechenschließungen. Die Zahlung von Stilllegungsprämien ab Dezember 1962 ließ die Zahl der Schließungen weit über das erwartete Maß hinaus in die Höhe schießen, führte jedoch nicht zu der Stilllegung der unrentabelsten Zechen des gesamten Ruhrbergbaus. Vielmehr wurden jeweils die in ihrem Unternehmensverbund defizitären Zechen geschlossen. Zudem hemmte die Prämie die Ansiedelung neuer Industrien, da die Zechenunternehmen keinen unmittelbaren finanziellen Druck zur Veräußerung von Flächen spürten. Eine weitere Verschärfung der Krise Mitte der 1960er Jahre mündete in Verhandlungen über die Gründung einer Einheitsgesellschaft für die Ruhrkoh-

le – eine solche war bereits zehn Jahre zuvor von Seiten der Gewerkschaften vorgeschlagen worden. 1969 kam es dann zur Gründung der Ruhrkohle AG, unter deren Dach etwa 94 Prozent der geförderten Ruhrkohlen vereint waren.<sup>40</sup>

## DER NIEDERGANG DES RUHRBERGBAUS

Rückblickend markierte die Kohlenkrise den Anfang vom Ende des Ruhrbergbaus. In den nachfolgenden Jahrzehnten kam es nicht zu einer Stabilisierung oder gar einem Wachstum des Ruhrbergbaus. Allgemein verlor die Steinkohle, die ihre hohe Bedeutung vom 18. Jahrhundert bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts der ersten großen Energiewende verdankt hatte, ihre Dominanz in der zweiten und dritten Energiewende.<sup>41</sup> Auch innerhalb des stetig schrumpfenden Steinkohlensegments – 2017 lag der Anteil der Steinkohle am Primärenergieverbrauch der Bundesrepublik bei knapp elf Prozent, die benötigten Steinkohlen wurden zum größten Teil importiert<sup>42</sup> – erwies sich die Ruhrkohle als nur noch begrenzt konkurrenzfähig, weswegen hohe Subventionszahlungen nötig wurden, um das Ende des deutschen Steinkohlenbergbaus hinauszuzögern. In diesen hohen Subventionen für einen sozialverträglichen Niedergang des deutschen Steinkohlenbergbaus spiegelte sich noch einmal die große Bedeutung des Ruhrbergbaus.

<sup>39</sup> Vgl. Christoph Nonn, *Die Ruhrbergbaukrise. Entindustrialisierung und Politik 1958–1969*, Göttingen 2001, S. 387 f.

<sup>40</sup> Vgl. Jochen Streb, *Energiewenden aus historischer Perspektive*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 2/1956, S. 587–608, hier S. 598.

<sup>41</sup> Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, *Einfuhr von Steinkohle in Deutschland*, 20.9.2017, [www.bmwi.de/Redaktion/DE/Infografiken/Energie/Energiedaten/Energietraeger/energiedaten-energietraeger-24.html](http://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Infografiken/Energie/Energiedaten/Energietraeger/energiedaten-energietraeger-24.html); *dass., Primärenergieverbrauch in Deutschland 2017*, 1.8.2018, [www.bmwi.de/Redaktion/DE/Infografiken/Energie/Energiedaten/Energiegewinnung-und-Energieverbrauch/energiedaten-energiegewinnung-verbrauch-03.html](http://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Infografiken/Energie/Energiedaten/Energiegewinnung-und-Energieverbrauch/energiedaten-energiegewinnung-verbrauch-03.html).

<sup>42</sup> Vgl. Farrenkopf (Anm. 26), S. 216 ff., S. 220 ff., S. 231.

### JULIANE CZIERPKA

ist Juniorprofessorin für Montangeschichte am Historischen Institut der Ruhr-Universität Bochum.  
juliane.czierpka@rub.de

## ESSAY

## KOHLE GEHT, KULTUR BLEIBT

*Delia Bösch*

„Förderturm? Dat issen Fördergerüst!“ Günter Stoppas Stimme dröhnt über den Ehrenhof von Zollverein, der einst modernsten und leistungsfähigsten Steinkohlenzeche der Welt und seit 2001 UNESCO-Welterbe. „Und zwar ist datt ein Doppelstrebengerüst!“

Stoppa, erkennbar an seiner Bergmannskluft mit Helm, weißem Fahrmantel und Sicherheitsschuhen, ist einer der letzten seiner Art. Einer der wenigen „Ehemaligen“ oder auch „Zollvereiner“, wie sie sich untereinander nennen, die selbst noch auf der Zeche beziehungsweise Kokerei Zollverein gearbeitet haben, bevor sie sich mit der kreativen Umwidmung dieses herausragenden Monuments des Industriezeitalters anfreundeten und Gästeführer wurden. 150 000 zahlende Besucher aus aller Welt führen die mehr als 120 Guides pro Jahr über den „Weg der Kohle“, geben Auskunft über die Produktionsabläufe der gigantischen Anlage, über Arbeits- und Lebensbedingungen.

2018, im Jahr des endgültigen Ausstiegs aus der Steinkohlenförderung in Deutschland, war Stoppa besonders gefragt, als stolzer Zeit- und Kronzeuge einer Epoche, in der die Kohle aus dem Ruhrgebiet Treibstoff der Moderne war, Motor für den Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg und für das westdeutsche „Wirtschaftswunder“. Von diesem Mythos zehrt das Ruhrgebiet bis heute.

Alle wissen es, aber keiner spricht wirklich gerne darüber: Der Abbau konnte seit der Bergbaukrise Ende der 1950er Jahre nur mit massiven Subventionen am Leben gehalten werden – zuletzt mit über 100 Euro pro Tonne. Nach Expertenschätzungen flossen bis zu 200 Milliarden Euro Subventionen in die Branche, ehe sie einen würdevollen Tod sterben durfte. Dazwischen liegt nach Ansicht von Kritikern jede Menge verlorene Zeit, die die Region kaum noch aufholen kann, da durch die jahrzehntelange Subventionierung der Steinkohle mit Blick auf die Zukunft des Ruhrgebiets falsche Weichenstellungen erfolgten.

DIE SPINNEN:  
EIN PÜTT ALS DENKMAL!

Der heute 86-jährige Stoppa arbeitete seit 1955 im Bergbau und hat das Auf und Ab und „alles wieder anders“ des Ruhrgebiets hautnah erlebt. Nach Stationen auf kleineren Zechen fing er Mitte der 1960er Jahre auf der Zeche Zollverein an, erst als Bauführer, später wurde er Leiter der Abteilung Baubetrieb. Eine sichere Bank, wie er damals glaubte. Als Zollverein 1986 als letzte Zeche der früheren Kohle- und Stahlstadt Essen stillgelegt wurde und 1300 Kumpel zur letzten Schicht ausgefahren waren, blieb er einfach da und gehörte zu den allerersten Gästeführern im Industriedenkmal Zollverein. Anders übrigens als die meisten Kumpel, die die Schließung des Bergwerks als schwere Niederlage erlebten und jahrelang keinen Schritt mehr auf dieses Gelände taten, das sich langsam von der „verbotenen Stadt“ in einen öffentlichen Raum für Jedermann wandelte. „Die Kumpel haben sich schlapp gelacht, als sie von den Plänen hörten“, erinnert sich Stoppa. „Alle sagten, die spinnen doch. Das hat es noch nie gegeben. Ein Pütt als Denkmal!“

Den meisten Bergmännern war nicht bewusst, dass die riesige Steinkohlenförderanlage Zollverein mit ihren harten und früher teilweise menschenverachtenden Arbeitsbedingungen eben nicht nur ein Arbeitsplatz war, sondern ein bedeutendes Kulturgut mit universellem Wert. Durchgestaltet bis in die Details der Lampen, Treppengeländer und Türgriffe, ist der komplett erhaltene Komplex von Zeche und Kokerei Zollverein ein Gesamtkunstwerk und repräsentiert exemplarisch die soziale und ökonomische Geschichte des Kohle- und Stahlzeitalters sowie ihre spezielle Ästhetik.

Geschaffen von 1927 bis 1932 von den visionären Architekten Fritz Schupp und Martin Kremmer, ist die Zeche Zollverein Schacht XII ein Meisterwerk der Bergbauarchitektur und sozusagen gebautes Design. Noch heute besticht die symmetrische Anordnung der Gebäude auf zwei Blickachsen. Die 20 Einzelgebäude bilden



Quelle: Jochen Tack/Stiftung Zollverein.

die technischen Arbeits- und Produktionsabläufe der Kohleförderung ab, und zwar nach der Bauhaus-Maxime, dass sich die Form an der Funktion (*form follows function*) orientieren soll. Dieses funktionale Prinzip verbindet Zollverein mit den zukunftsweisenden Visionen der Bauhauszeit in den 1920er Jahren, die schließlich auch im Ruhrgebiet, dem industriellen Westen, zum Nährboden für die Moderne wurden.

Als die Zeche und Kokerei Zollverein am 14. Dezember 2001 als „Industriekomplex Zeche Zollverein“ den Welterbe-Status erhielt und erste Pläne für die künftige Entwicklung die Runde machten, gab es in den umliegenden Quartieren viel Kopfschütteln. Kultur? Das ist doch Killefitt, hieß es. Viele verstanden die Pläne als Entwertung der harten Arbeit im Bergbau. Doch wenn der Steinkohlenbergbau 2019 endgültig Geschichte ist und die Branche sozusagen für immer ins Museum wechselt, hat die ehemalige Industrieanlage längst die Metamorphose geschafft und präsentiert sich als ein internationales Best-Practice-Modell für den Umgang mit industriellem Erbe. Heute ist Zollverein neben dem Kölner Dom die am zweithäufigsten besuchte kulturtouristische Sehenswürdigkeit in Nordrhein-West-

falen mit rund 1,5 Millionen Besuchern jährlich. Der berühmte Doppelbock der Zeche Zollverein gilt als der „Eiffelturm des Ruhrgebiets“ und ist zum Symbol für den Wandel der gesamten Region avanciert.

### WATT? TOURISMUS?

Belächelt wird das Thema Fremdenverkehr von einigen Einheimischen und Auswärtigen noch immer. Die Region mit dem nur bedingt werbewirksamen Namen Ruhrgebiet galt ohnehin jahrzehntlang als Zumutung – da hat es das kleine zarte Pflänzchen Tourismus, das viel Fingerspitzengefühl bei der Vermarktung der vermeintlichen postindustriellen Provinz braucht, besonders schwer. Zumal die Agglomeration an der Ruhr mit mehr als fünf Millionen Bewohnern ein einzigartiges baulich-ästhetisches Gebilde ist: Viele Städte sind hier nämlich nicht entstanden wie anderswo – von der Mitte aus wachsend. Im Ruhrgebiet sind sie um die Fabriken und Hochöfen, Schachtanlagen und Fördertürme herum gewachsen – mit unzähligen Kolonien und Kiezen. Und wenn man mal von den Hellwegstädten Duisburg, Essen, Bo-

chum und Dortmund absieht, scheint das Ruhrgebiet kaum mehr als eine Ansammlung von Zechensiedlungen zu sein, die von einem Netz von Schnellstraßen und Autobahnen zusammengehalten werden – so jedenfalls das gängige Klischee.

Es musste erst ein Schwabe kommen, um den Einheimischen den Wert und das Potenzial der Relikte des Industriezeitalters klarzumachen. Karl Ganser, legendärer Direktor der Internationalen Bauausstellung (IBA) Emscher Park, machte von 1989 bis 1999 im Auftrag des Landes Nordrhein-Westfalen im Rahmen eines städtebaulichen Erneuerungsprogramms für das geschundene nördliche Ruhrgebiet das Thema Industriekultur zum Programm und startete damit einen Bewusstseinswandel in den Köpfen. Bis dahin regierte in den Revierkommunen nämlich die Abrissbirne: Nahezu alles, was nach Kohle roch, wurde jahrzehntelang mit großem Eifer plattgemacht, um Platz für den Strukturwandel zu schaffen – mit der kohlenstauigen Vergangenheit sollte ein für alle Mal Schluss sein. Ganser machte die baulichen Hinterlassenschaften aus der prägenden Epoche der Industrialisierung des Ruhrgebiets zum großen Thema: Malakoff-Türme und Maschinenhallen, Kokereien und Zechen, Halden und Fördergerüste.

Selbst die Zeche Zollverein – die bereits bei Inbetriebnahme der neuen, modernen Schachtanlage XII im Jahr 1932 als „schönste Zeche der Welt“ galt – sollte dem Abrissbagger zum Opfer fallen. 1986, kurz vor der Stilllegung, hatte die Ruhrkohle AG (RAG) als damaliger Bergwerksbetreiber einen bereits unterschriebenen Abrissantrag in der Tasche, bevor der oberste Denkmalschützer des Landes Nordrhein-Westfalen die Anlage sozusagen in letzter Minute, nämlich wenige Tage vor der Schließung am 23. Dezember 1986, unter Denkmalschutz stellte und auf diese Weise rettete.

Manche halten es übrigens für eine Ironie der Geschichte, dass die RAG seit Kurzem zusammen mit der RAG-Stiftung, die sich ab 2019 um die Ewigkeitslasten des Bergbaus kümmern, in einem schicken Green-Building-Neubau unter der Adresse „Im Welterbe 10“ auf eben diesem Bergwerk Zollverein firmiert. Andererseits könnte man auch diese Kehrtwendung als erfolgreichen Bewusstseinswandel bezeichnen: Kurz bevor die Grubengold-Ära endet, kehrt das Unternehmen zurück zu seinen Wurzeln.

Jedenfalls wurden die Relikte der Industrialisierung allmählich zu positiven Imageträgern – und der Doppelbock zu einer Art trotzigem Mar-

kenzeichen einer Region, die sich neu erfindet. Oder besser gesagt: neu definiert. 2018 hat das Ruhrgebiet ein ganzes Jahr lang unter dem Motto „Glückauf Zukunft!“ seine große Vergangenheit gefeiert und mit vielen Veranstaltungen von der Bergparade bis zum spartenübergreifenden Ausstellungsprojekt „Kunst & Kohle“ all das beschworen, was die Region geprägt und groß gemacht hat: vom Stolz auf Herkunft und Traditionen, den sprichwörtlichen Zusammenhalt der Kumpel bis zu ausgefeilten technischen Leistungen. „Wir wollen den Steinkohlenbergbau und seine Errungenschaften für die Region würdigen und zugleich Zeichen des Aufbruchs setzen“, betonte Werner Müller Anfang 2018 als scheidender Vorsitzender des Vorstands der RAG-Stiftung, die die Festivitäten steuerte und finanzierte.

Die zentrale kulturhistorische Ausstellung zeigte das Ruhr Museum in der ehemaligen Mischanlage auf der Kokerei Zollverein in Essen – ein spektakulärer Ort, der selbst ein Exponat ist und wie kein anderer für den Titel der Schau stand: „Das Zeitalter der Kohle. Eine europäische Geschichte“. Auch Stoppa und viele andere „Ehemalige“ waren mit ihren Familien, Freunden und mit vor Stolz geschwellter Brust bei der offiziellen Ausstellungsöffnung dabei, die in der ehemaligen Sauger- und Kompressorenhalle auf der Kokerei stattfand. An dem Abend hatte mindestens jeder zweite „Pippi inne Augen“, wie es im Ruhrgebiet heißt, und endgültig seinen Frieden mit Kultur und Kreativwirtschaft auf Zollverein gemacht – mit Killefitt halt.

#### EUROPAS ERSTE ADRESSE FÜR GIGANTOMANIE UND SPRÜCKEKLOPFEN

Allerdings hatten die Regionalstrategen in kluger Voraussicht geahnt, dass bei all dem Kohle-Abschied und dem sentimental-schluchzenden Blick zurück der langsam entstehende Ruf des Ruhrgebiets, eine Hochburg für Zukunftstechnologien zu sein, wohl ziemlich leiden würde. Deshalb lief parallel zum Kohle-Abschied 2018 eine millionenschwere Standortkampagne unter dem Motto „Metropole Ruhr: Stadt der Städte“ an – eine konzertierte Aktion, um den Blick nach vorne zu richten und die wirtschaftlichen Stärken des Ruhrgebiets offensiv zu verkaufen.

Ein wenig zu breitbeinig, wie man es von den Entscheidern in der traditionell männlichen Ruhrwirtschaft gewohnt ist, wurde mit der Erinnerung

an den Bergbau also gleichzeitig die #ZukunftsMetropoleRuhr beschworen, gekoppelt mit starken Bekenntnissen zur Region. Und aus dem „starken Stück Deutschland“, dem Werbeslogan der 1980er Jahre, wurde flugs der „Weltmarktführer des Wandels“. Günter Stoppa, das Doppelbock-Fördergerüst, überhaupt das schwerindustrielle Erbe fehlten in dieser Kampagne komplett. Das dürfte damit zusammenhängen, dass man die kohlenstaubigen Vorurteile endgültig abstreifen will, um die Attraktivität des Unternehmensstandortes Ruhrgebiet für eine Zielgruppe aus Entscheidern und jungen Arbeitnehmern nicht zu gefährden.

Für das Ruhrgebiet jedenfalls bedeutet das Ende des Steinkohlenbergbaus eine Zäsur, ein Schlusstrich unter 200 Jahre Industriegeschichte. Schicht im Schacht. Für immer. Und eine Zeitenwende, die von einer breiten Allianz aus Ruhrwirtschaft, Landes-, Kommunal- und Stadtpolitik, Wirtschaftsförderungen bis hin zum Ruhrbischof flankiert wird. Im Sommer 2018 fiel der Startschuss für die sogenannte Ruhr-Konferenz der Landesregierung, die als Signal gesehen wird, um die Zukunft des Ruhrgebiets aktiv zu gestalten. Erklärtes Ziel ist es, die Region Ruhr zu einer erfolgreichen, wettbewerbsfähigen und lebenswerten Metropolregion im digitalen Zeitalter zu entwickeln – mit neuen Perspektiven für die gesamte Region und begleitet von Appellen an den legendären Gründergeist der Industriepioniere, der das Revier einst groß, reich, wirtschaftlich wie politisch bedeutend gemacht hat. Symbolträchtig hatte man auch den NRW-Tag nach Essen gelegt, der an die Gründung des Landes am 23. August 1946 erinnert. Auch diese Eröffnung fand auf Zollverein statt, dem neuen Symbolort des Ruhrgebiets.

Die breite Allianz der Ruhr-Konferenz erinnerte in Vielem an die Gründung des Initiativkreises Ruhrgebiet im Jahr 1989. Seinerzeit hatte eine Runde um den damaligen Ruhrbischof Kardinal Franz Hengsbach, Alfred Herrhausen, Sprecher des Vorstands der Deutschen Bank AG, und Adolf Schmidt, ehemals Vorsitzender der IG Bergbau und Energie, sowie anderen Vertretern aus Unternehmen und Institutionen den Entschluss gefasst, als starker Zusammenschluss der dramatischen Strukturkrise in der Region ein positives Signal entgegenzusetzen und aus dem sterbenden Ruhrgebiet einen starken, vitalen Wirtschaftsstandort und ein attraktives Lebensumfeld zu gestalten. Vieles ist seitdem geschafft, aber erreicht eben noch längst nicht alles.

## GLÜCKAUF ZUKUNFT?

Während man im Süden des Ruhrgebiets das Thema Kohle schon lange gar nicht mehr auf dem Schirm hat, ächzt der Norden des Reviers nach wie vor unter den Folgekosten der schwerindustriellen Ära. In den ehemaligen Arbeitervierteln fühlen sich viele Menschen zunehmend abgehängt, Arbeitslosenquoten im zweistelligen Bereich sind hier nach wie vor die Regel. Verrückt: Jetzt, wo der Himmel über der Ruhr wieder blau ist, die Stadt Essen 2017 sogar Grüne Hauptstadt Europas war, gibt es für die einfachen Leute keine Arbeit mehr. Die SPD als einstige Partei der Kümmerer und Kohlekumpel verliert in der „Herzkammer der Sozialdemokratie“ seit Jahren an Zuspruch. Zuwächse hingegen verzeichnet hier überdurchschnittlich die AfD.

Woher aber sollen neue Arbeitsplätze kommen? Viele Hoffnungen im Ruhrgebiet ruhen derzeit auf einem Zukunftscampus, den der Berliner Investor und Projektentwickler Reinhard Müller rund um den ehemaligen Gasometer der Kokerei Zollverein errichten möchte. Ziel ist es, das Areal als bevorzugten Standort für Unternehmen aus den Bereichen Nachhaltigkeit, Umweltschutz und Energie zu etablieren. 50 Millionen Euro will Müller investieren, 2000 Arbeitsplätze sollen in dem Gründerzentrum entstehen – nach Berliner Vorbild, wo Müller bereits vor zehn Jahren mit dem Aufbau eines Reallabors für Unternehmen und Startups begonnen hat. Im Zentrum der Ansiedlung auf Zollverein sollen wie in Berlin die Zukunftsthemen Klimawandel, Energiewende und intelligente Mobilität der Stadt stehen.

Ein Vorhaben mit starker Symbolkraft. Und die Schlagzeilen sind ihm gewiss, wenn Zollverein demnächst eine Hochburg für Zukunftstechnologien ist und Start-Ups die Energiewende auf einer Welterbe-Zeche gestalten. Glückauf Zukunft eben. Und Günter Stoppa wird ihnen ganz bestimmt einen Besuch abstatten und erzählen, wie das noch vor 25 Jahren so funktionierte mit der Energie. Als in den 306 Kokskohleöfen auf der einst größten Kokerei Europas 20 Stunden lang die Koks-kohle zu Koks gebacken wurde, bevor sie ausgedrückt und dann gelöscht wurde, um in das nächste Stahlwerk transportiert zu werden.

### DELIA BÖSCH

ist Pressesprecherin der Stiftung Zollverein und Autorin mehrerer Reisebücher.

[delia.boesch@zollverein.de](mailto:delia.boesch@zollverein.de)

# DIE NUMMER 10 MIT MIGRATIONSHINTERGRUND

## Fußball und Zuwanderung im Ruhrgebiet

*Diethelm Blecking*

Der Fußballsport spielt europaweit eine wichtige Rolle für die bergmännische Kultur: als aktiv betriebener Sport und als Zuschauersport. Beispiele für Fußballvereine, die eine besondere Bedeutung für die regionale Identität und für die Einwohner in Bergbauregionen besitzen, sind zahlreich: vom Nordosten Englands im „Mutterland“ des Fußballs, „Where coal was king and football was a religion“, mit Vereinen wie dem AFC Sunderland und Newcastle United über die Regionen, aus denen Menschen zur Arbeit ins Ruhrgebiet kamen, wie Górnik (Bergmann) Zabrze in Oberschlesien und Kömurspor (Kohlensport) in der Kohleregion von Zonguldak in der nördlichen Türkei.<sup>01</sup> Zum Kohlerevier an der Ruhr zog es seit den 1890er Jahren Hunderttausende polnisch und masurisch sprechende Menschen. Hier sind deshalb über mehrere Generationen Menschen mit Migrationsbiografien in den Fußballvereinen präsent. Die Namen von Spielern mit polnischer oder masurischer Herkunft finden sich mit über 50 Erwähnungen auch in der deutschen Fußballnationalmannschaft.<sup>02</sup> Vereine wie Rot-Weiss Essen, der deutsche Meister von 1955, und der siebenfache Meister Schalke 04 zählten seit den 1920er Jahren zahlreiche Spieler mit polnischen Namen in ihren Reihen. Die „neue“ Migration nach dem Zweiten Weltkrieg setzte diese Tradition fort. Der 92-fache Nationalspieler Mesut Özil mit der Nummer 10 des Spielers auf dem Deutschlandtrikot, der bis zum Sommer 2018 ein Schlüsselspieler der Nationalelf war, wurde in Gelsenkirchen geboren, spielte unter anderem für Rot-Weiss Essen und Schalke 04.

### SCHIMANSKI SPIELT FUßBALL: POLEN UND MASUREN IM RUHRGEBIETSFUßBALL

Die Zuwanderung von polnisch sprechenden Menschen aus den Ostprovinzen Preußens war

unter anderem der agrarischen Überbevölkerung im Osten und den besseren Lebensperspektiven an der Ruhr geschuldet.<sup>03</sup> Aus Ostpreußen wanderten Masuren.<sup>04</sup> Sie sprachen einen altpolnischen Dialekt und unterschieden sich von den Polen durch ihren evangelischen Glauben und ihre preußentreue Haltung. Die einheimische Bevölkerung ignorierte solche Unterschiede. Vor 1914 kann im Revier geschätzt von einer polnischen Wohnbevölkerung von etwa 300 000 bis 400 000 Menschen ausgegangen werden,<sup>05</sup> dazu kam noch etwa die Hälfte an Masuren. Die polnischen Zuwanderer, die die preußische Staatsangehörigkeit besaßen und in der Regel im Bergbau beschäftigt waren, organisierten bald ihre eigene Zivilgesellschaft in einem weit differenzierten Vereinswesen, zu dem auch Turnvereine, die sogenannten Sokolvereine, gehörten.<sup>06</sup> Diese Klubs vereinten die männlichen polnischen Zuwanderer im Geiste eines polnischen Nationalismus.

Fußball war in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg keine Angelegenheit des Proletariats, sondern der neuen Klasse der Angestellten, die versuchte, sich im modernen Sport zu vergesellschaften.<sup>07</sup> Mit dem Ende des Krieges änderte sich diese Situation von Grund auf: Die polnische Kolonie an der Ruhr löste sich durch Rückwanderung in den wieder gegründeten polnischen Nationalstaat und in die Kohlengruben Nordfrankreichs, Belgiens und der Niederlande zum großen Teil auf.<sup>08</sup> Gleichzeitig erlebte der Fußballsport einen fulminanten Take-off. Der Westdeutsche Spielverband, zu dem die meisten Ruhrgebietsvereine gehörten, erhöhte seine Mitgliedszahl von 140 000 Mitgliedern in 900 Vereinen im Jahr 1920 auf 250 000 Mitglieder in 1700 Vereinen im Jahr 1925.<sup>09</sup> In der Nähe zu den großen Zechen des Ruhrgebiets entwickelten sich bald Mannschaften mit überwiegend proletarischen Mitgliedern und proletarischem Anhang,

unter anderem aus dem Umfeld der polnischen und der masurischen Migration. In vielen Vereinen des Reviers finden sich jetzt Menschen mit polnischen beziehungsweise masurischen Namen. Ein Beispiel ist Rot-Weiss Essen: Dem Verein traten seit 1919 zahlreiche Mitglieder mit einschlägigen Namen bei. Diese stellten bis 1939 etwa zehn Prozent der Mitgliedschaft und rekrutierten sich häufig aus Arbeitern der Zeche Emscher in der Nachbarschaft.<sup>10</sup> Auch im sozialistischen Arbeitersport des Ruhrgebiets erscheinen jetzt Sportler mit polnischen Namen.<sup>11</sup> Die aktive Mitgliedschaft als Fußballer in einem Verein des Reviers gewann für die Nachkommen der Migranten aus dem 19. Jahrhundert den Charakter einer rationalen Wahl zur Verbesserung ihrer sozialen Situation und ihrer Wertschätzung.<sup>12</sup> Der höherklassige Fußball im Ruhrgebiet wurde bald stark von Spielern mit einer polnischen oder masurischen Migrationsbiografie geprägt: Von 15 Vereinen, die 1937/38 in den Ligen Westfalen und Niederrhein um die Gaumeisterschaft spielten, schickten alle „in mindestens einer Begegnung Spieler mit polnischen Familiennamen wie beispielsweise Rodzinski, Pawlowski, Zielinski, Sobczak, Lukasiewicz, Tomaszik oder Piontek auf das Spielfeld“.<sup>13</sup>

Unter allen Spielern, die eingesetzt wurden, führten in dieser Saison 68 einen polnischen Nachnamen. Auch die zeitgenössische deutsche Fußballnationalmannschaft hatte mit Szepan, Kuzorra, Gellesch, Urban, Kobierski, Zielinski und Rodzinski solche Spieler im Tableau.

### DER FC SCHALKE 04 UND DIE DEUTSCHE NATIONALMANNSCHAFT – ENTSTEHUNG EINES „RUHRVOLKS“?

Vier der genannten Nationalspieler gehörten dem FC Schalke 04 an, der zwischen 1934 und 1942 sechsmal die deutsche Meisterschaft gewann. Die Mannschaft war gespickt mit Spielern, die polnisch klingende Namen trugen, am bekanntesten waren die Nationalspieler Ernst Kuzorra und Fritz Szepan. Als Schalke 1934 die Meisterschaft zum ersten Mal gewann und das Team vor der Kamera mit Hitlergruß posierte, erschien in der polnischen Sportpresse die Schlagzeile „Die deutsche Meisterschaft in den Händen der Polen“.<sup>14</sup>

**01** Vgl. Michael Walker, *Where Coal was King and Football was a Religion*, 19. 12. 2014, [www.independent.co.uk/sport/football/premier-league/where-coal-was-king-and-football-was-a-religion-9937185.html](http://www.independent.co.uk/sport/football/premier-league/where-coal-was-king-and-football-was-a-religion-9937185.html); ders., *Up there. The North-East Football Boom & Bust*, Liverpool 2014; Diethelm Blecking, *Integration through Sports? Polish Migrants in the Ruhr, Germany*, in: *International Review of Social History* 23/2015, S. 275–293, hier S. 276f.

**02** Stand vom 23. Juli 2018, zusammengestellt in Dietrich Schulze-Marmeling, *Der Fall Özil. Über ein Foto, Rassismus und das deutsche WM-Aus*, Göttingen 2018, S. 179f.

**03** Vgl. Christoph Kleßmann, *Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet 1870–1945. Soziale Integration und nationale Subkultur einer Minderheit in der deutschen Industriegesellschaft*, Göttingen 1978, S. 23–43.

**04** Vgl. Andreas Kossert, *Kuzorra, Szepan und Kalwitzki. Polnischsprachige Masuren im Ruhrgebiet*, in: Dittmar Dahmann/Albert S. Kotowski/Zbigniew Karpus (Hrsg.), *Schimanski, Kuzorra und andere. Polnische Einwanderer im Ruhrgebiet zwischen der Reichsgründung und dem Zweiten Weltkrieg*, Essen 2005, S. 169–181.

**05** Vgl. Brian McCook, *Polnische industrielle Arbeitswanderer im Ruhrgebiet („Ruhrpolen“) seit dem Ende des 19. Jahrhunderts*, in: Klaus J. Bade et al. (Hrsg.), *Enzyklopädie Migration in Europa: Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Paderborn u. a. 2008, S. 870–879, hier S. 871.

**06** Vgl. Diethelm Blecking, *Die Geschichte der nationalpolnischen Turnorganisation „Sokol“ im Deutschen Reich 1884–1939*, Münster 1987.

**07** Vgl. Christiane Eisenberg, *„English sports“ und deutsche Bürger. Eine Gesellschaftsgeschichte 1800–1939*, Paderborn 1999, S. 178–214.

**08** Vgl. Kleßmann (Anm. 3), S. 165f. Polnische Migranten, die aus dem Ruhrgebiet nach Nordfrankreich einwanderten, spielten eine wichtige Rolle in der dortigen Fußballkultur und stellten Spieler für die französische Nationalmannschaft. Siehe Marion Fontaine, *Football, Migration, and Coalmining in Northern France, 1920s–1980s*, in: *International Review of Social History* 23/2015, S. 253–273.

**09** Vgl. Dietmar Osses, *Von der deutschen Vielfalt zur Gleichschaltung. Fußball im Ruhrgebiet zwischen den Kriegen*, in: ders. (Hrsg.), *Von Kuzorra bis Özil. Die Geschichte von Fußball und Migration im Ruhrgebiet*, Essen 2015, S. 37–47, hier S. 39.

**10** Eine ausführliche Darstellung der Verhältnisse in Essen und ein quellenkritischer Hinweis auf die Problematik der Identifikation polnischer Zuwanderer über ihre Namen bei Britta Lenz, *Vereint im Verein? Städtische Freizeitkultur und die Integration von polnischen und masurischen Zuwanderern im Ruhrgebiet zwischen 1900 und 1939*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 2006, S. 183–203. Über Rot-Weiss Essen siehe ebd., S. 196–201.

**11** So im Essener Arbeiter-Turn- und Sportverein Schonnebeck, der Mitglied im sozialistischen Arbeiter-Turn- und Sportbund war. Von 1923 bis 1929 waren durchgängig im Vorstand Migranten vertreten, Bergleute und Arbeiter mit polnischen Namen. Vgl. ebd., S. 201.

**12** Vgl. Blecking (Anm. 6), S. 198.

**13** Britta Lenz, *„Gebürtige Polen“ und „deutsche Jungen“: Polnischsprachige Zuwanderer im Ruhrgebietsfußball im Spiegel von deutscher und polnischer Presse der Zwischenkriegszeit*, in: Diethelm Blecking/Lorenz Peiffer/Robert Traba (Hrsg.), *Vom Konflikt zur Konkurrenz: Deutsch-polnisch-ukrainische Fußballgeschichte*, Göttingen 2014, S. 100–113, hier S. 105.

**14** *Przegląd Sportowy (Sportrundschau)*, zit. nach ebd., S. 100.

Das Fußball-Magazin „Kicker“ forderte empört eine deutsche Reaktion, und die Schalker Vereinsführung beeilte sich, das Gegenteil zu beweisen, nämlich, „dass die Eltern unserer Spieler sämtlich im heutigen oder früheren Deutschland geboren und keine polnischen Emigranten sind“.<sup>15</sup> Gelsenkirchen war das Wanderungszentrum der Masuren, deshalb stammten die Eltern vieler Schalker Spieler aus dem südlichen Ostpreußen, gehörten also zum genannten Kreis der Masuren: „In der ersten Hälfte der 1920er Jahre stellten sie die überwiegende Mehrheit der ersten Mannschaft und auch die Meistermannschaft von 1934 bestand noch zur Hälfte aus Kindern von Zuwanderern aus den preußischen Ostprovinzen“. Die Gelsenkirchener Meistermannschaft aus dem Umfeld der Zeche Consolidation spiegelte so die Migrationsgeschichte des Reviers. Spieler mit polnischer oder masurischer Familienbiografie bürgerten ausgerechnet in der Zeit des „Dritten Reiches“ für die Spielstärke des Ruhrgebietsfußballs, besonders Schalkes, aber auch der deutschen Nationalmannschaft.

Die nationalsozialistische „Volkstumsforschung“, die antipolnische, rassistische und biologische Ansätze verfolgte, löste dieses Dilemma dadurch, dass ihre Vertreter im Revier nur noch Masuren sichteten, und diese für „ihrer Kultur und Denkungsart nach rein deutsch“ erklärten, so der Mitarbeiter der „Forschungsstelle für das Volkstum im Ruhrgebiet“ Eberhard Franke 1934 in der Zeitschrift „Fußball. Illustrierte Sportzeitung“. Der Leiter der „Forschungsstelle“ Wilhelm Brepohl sah hier bereits Anzeichen für die „Umvolkung“ beziehungsweise Eindeutschung der „minderwertigen, fremden Zuwanderer (allen voran Polen)“ und Tendenzen zur Entstehung eines „Ruhrvolks“. Die ideologisch geprägte Denkfigur „Ruhrvolk“ blieb nach 1945 weiter wirksam und speiste Erzählungen über gelungene „Integration“ bis hin zum angeblichen „Schmelztiegel“ Ruhrgebiet.<sup>16</sup> Gegen diese Har-

monisierung konfliktreicher Prozesse ist anzuführen, dass in der Zeit, als Spieler mit masurischer oder polnischer Migrationsbiografie im deutschen Elitefußball reüssierten, die Organisationen der polnischen Minderheit im „Dritten Reich“ hart verfolgt wurden. Bis 1939 waren bereits 249 Funktionäre der Minderheit in Konzentrationslagern verbracht worden.<sup>17</sup> Anfang September 1939, wenige Tage nach dem Überfall auf Polen, wurden alle Organisationen der polnischen Minderheit verboten, das Vermögen wurde beschlagnahmt.<sup>18</sup>

### NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG: FOLKLORISIERUNG UND HARMONISIERUNG

Der Zivilisationsbruch und seine Folgen zwischen 1939 und 1945 wirkten wie eine Wasserscheide auf die kollektive Erinnerung in Deutschland,<sup>19</sup> und diese prägte auch die imaginierte Geschichte des Fußballs im Ruhrgebiet. Das bunte gesellschaftliche Feld des Sports vor 1933 mit polnischen Klubs, jüdischen Vereinen, den katholischen Sportvereinen der Deutschen Jugendkraft und den zahlreichen Vereinen der sozialistischen Arbeiter Sportbewegung<sup>20</sup> wurde genauso wenig erinnert wie die konflikt- und repressionsreiche Geschichte der polnischen und masurischen Zuwanderung. Dabei waren die Kinder und Enkel der Migranten, wie ein Essener Beispiel zeigt, ständig präsent: „Jerosch, Kosinski, Pisarski, Majewski, Mieloszyk, Radziejewski und Rynkowski, so hießen die Spieler der ersten Mannschaft der Sportfreunde Katernberg zwischen 1945 und 1950.“<sup>21</sup>

Das Ruhrgebiet zog mit der Weiterführung der Steinkohleförderung nach dem Krieg stetig Arbeitskräfte an. Der Anteil der Flüchtlinge und Vertriebenen unter den Bergleuten verdreifachte sich zwischen 1947 und 1950.<sup>22</sup> Zechenvereine

**15** Dieses und alle folgenden Zitate bei Lenz (Anm. 13), S. 102, S. 105, S. 109f.

**16** Vgl. Wilhelm Brepohl, *Der Aufbau des Ruhrvolkes im Zuge der Ost-West-Wanderung*, Recklinghausen 1948. Vgl. z. B. Richard C. Murphy, *Gastarbeiter im Deutschen Reich. Polen in Bottrop 1891–1939*, S. 184. Zu den Narrativen, die häufig zu politischen Statements über gelungene Integration verdichtet wurden, vgl. Diethelm Blecking, *Sport and Immigration in Germany*, in: *The International Journal of the History of Sport* 8/2008, S. 955–973, hier S. 956, S. 967, Anm. 10.

**17** Vgl. Valentina Maria Stefanski, *Die polnische Minderheit zwischen 1918 und 1939/45*, in: Dagmar Kift/Dietmar Osses (Hrsg.), *Polen-Ruhr: Zuwanderung zwischen 1871 und heute*, Essen 2007, S. 33–43, hier S. 42.

**18** Vgl. Blecking (Anm. 6), S. 207.

**19** Vgl. Phillip Ther, *Soll und Haben: Warum das deutsche Kaiserreich kein Nationalstaat war*, in: *Le Monde diplomatique*, Mai 2005, S. 16f.

**20** Vgl. Osses (Anm. 9), S. 40ff.

**21** Lenz (Anm. 10), S. 203.

**22** Vgl. für diesen Abschnitt Bartholomäus Fojak, *Schmelztiegel Ruhrgebiet. Eine Spurensuche zwischen Oberliga und Bundesliga*, in: Osses (Anm. 9), S. 71–79, hier S. 73ff.

spielten weiter eine Rolle bei der Integration dieser Menschen und nahmen viele von ihnen auf. Bei Schalke begann der Oberschlesier Georg Rüdinger, der eigentlich Rudzki hieß, sein Engagement in der Spielzeit 1948/49 und zog bald zur Alemannia nach Aachen weiter. Am Beispiel des SV Sodingen zeigte sich paradigmatisch die Kontinuität der alten polnischen und masurischen Erwerbsmigration. Als sich der Verein 1955 für die Endrunde der deutschen Meisterschaft qualifizierte, hatte die Hälfte der Mannschaft polnisch beziehungsweise masurisch klingende Namen wie Sawitzki, Kropla, Lika, Nowak, Adamik, Dembski und Konopczinski. Sie waren zwar im Ruhrgebiet geboren, aber stammten in der dritten Generation aus der Zuwanderung vor dem Ersten Weltkrieg.

Im Elitefußball gab es Spieler wie Hans Tilkowski, 1935 geboren, als „Mann im Wembley-Tor“ für die deutsche Nationalmannschaft spätestens seit 1966 eine deutsche Fußball-Legende.<sup>23</sup> Tilkowski hat eine Musterbiografie: Der Athlet ist der Sohn eines Bergmanns aus Dortmund-Husen, der Sozialdemokrat und Gewerkschaftler war, und wuchs in der Zechenkolonie der Zeche Kurl auf, wo er seine ersten Erfahrungen als Straßenfußballer sammelte. Sein Großvater war aus dem westpreussischen Schöneberg (Ostaszewo) in den Bergbau des Ruhrgebiets eingewandert. Die Karriere begann er als Torwart bei Westfalia Herne, Höhepunkte seiner Laufbahn erlebte der Fußballer bei Borussia Dortmund und dann als Vizeweltmeister bei der Weltmeisterschaft in England 1966. Viele andere Beispiele, die von einer solchen Kontinuität zur polnischen Migration zeugten, existierten im Ruhrgebiet. In der Öffentlichkeit herrschten jedoch jetzt anekdotenhafte, folklorisierende und harmonisierende Erzählungen, die die Geschichte der „alten“ Migration im Prinzip als geschichtslos und konfliktfrei ganz im Sinne der „Ruhrvolk“-Ideologie ad acta legten. In diesen Kontext gehören auch Statements prominenter Politiker verschiedener parteipolitischer Couleur.<sup>24</sup> Unterschwellig verwies dieses Narrativ bereits auf die Vorstellung, dass die Zuwanderung abgeschlossen und bewältigt sei.

**23** Vgl. zur Biografie Hans Ost/Hans Tilkowski, *Und ewig fällt das Wembley-Tor – Geschichte meines Lebens*, Göttingen 2006.

**24** Vgl. Blecking (Anm. 16), S. 967, Anm. 10.

## ÖZIL, GÜNDOGAN UND ANDERE: DIE „NEUE“ MIGRATION UND IHRE SPUREN IM RUHRGEBIETSFUßBALL

Die seit dem Anwerbeabkommen mit der Türkei (1961) ins Ruhrgebiet zuwandernden Türken fanden ebenfalls einen Wanderungsschwerpunkt im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und Arbeit im Bergbau. 1982 waren 83 Prozent der von der Ruhrkohle AG beschäftigten ausländischen Arbeiter Türken, die anders als Polen und Masuren staatsrechtlich Ausländer waren.<sup>25</sup> Seit dem Anwerbestopp 1973 und dem Familiennachzug kam es bald zur Community-Bildung in den städtischen Ballungsgebieten. Um die Jahrtausendwende lebten von den damals etwa 2,1 Millionen türkischen Staatsbürgern in Deutschland, darunter geschätzt 350 000 bis 500 000 Kurden, etwa ein Drittel in Nordrhein-Westfalen.<sup>26</sup> Fußball war für die männlichen Angehörigen der türkischen Communities von Anfang an ein strukturierendes Element ihrer Freizeitkultur. Zur Irritation des organisierten deutschen Sports und der einheimischen Bevölkerung organisierten sich die türkischen Arbeiter, die wie ihre italienischen, spanischen, griechischen und jugoslawischen Kollegen als „Gastarbeiter“ bezeichnet wurden, in eigenen Vereinen. Die „Suggestion der Geschichtslosigkeit“ (Ulrich Herbert) für die Zuwanderung nach Deutschland hatte die Erinnerung an polnische und andere Vereine gründlich getilgt. Nachdem ausländische Mannschaften länger um den sogenannten Gastarbeiterpokal gespielt hatten, erlaubte der Westdeutsche Fußballverband seit der Saison 1971/72 ihre Teilnahme am regulären Ligenbetrieb.<sup>27</sup> Damit begann die auch auf dem Spielfeld nicht immer konfliktfreie Integration dieser Mannschaften in den organisierten deutschen Fußball. Türkische Mannschaften dominierten bald die Zahl der ausländischen Mannschaften im Ruhrgebiet, und in der Saison

**25** Vgl. ebd., S. 962.

**26** Zahlen und weitere Belege bei Diethelm Blecking, *Polish Community before the First World War and Present-Day Turkish Community Formation – Some Thoughts on a Diachronic Comparison*, in: John Belchem/Klaus Tenfelde (Hrsg.), *Irish and Polish Migration in Comparative Perspective*, Essen 2003, S. 183–197, hier S. 190ff.

**27** Vgl. Ole Merkel, *Verbandspolitik im Wandel. Der Umgang mit zugezogenen Menschen seit der Zeit der Gastarbeiter*, in: Osses (Anm. 9), S. 107–115, hier S. 108.

2009/10 spielten hier fünfzig türkische Klubs.<sup>28</sup> Sukzessive wuch im Verband und in der Öffentlichkeit die Reserve gegenüber den „ethnischen“ Klubs, ihre Brückenfunktion im Integrationsprozess und ihre sozialpräventiven Aufgaben wurden wertgeschätzt.<sup>29</sup>

Die Mehrheit der männlichen Migranten im Ruhrgebiet kicken jedoch in deutschen Vereinen,<sup>30</sup> und erstaunlich bleibt in der Phase des fortschreitenden Einbürgerungsprozesses der Zuwanderer seit dem Ende der 1990er Jahre die späte Integration besonders von Spielern mit türkischer Migrationsbiografie in den deutschen Elitefußball. Im Prinzip illustriert diese Bestandsaufnahme die These, dass Einbürgerung nicht gleich Integration ist. Denn am Beispiel der im Ruhrgebiet aufgewachsenen und ausgebildeten Spieler Nuri Şahin sowie der Brüder Hamit und Halil Altıntop,<sup>31</sup> die für die türkische Nationalmannschaft optierten, und dem Gegenbeispiel der aus Gelsenkirchen stammenden Fußballer Mesut Özil<sup>32</sup> und Ilkay Gündogan, die für das deutsche Team antraten, zeigt sich die Zerrissenheit der türkischen Minderheit in Deutschland. Für die Fans in der türkischen Community war die Lage eindeutiger: Bei einer Umfrage unter Fußballfans nach ihrem favorisierten Klub votierten im Jahre 2008 39,0 Prozent für Galatasaray Istanbul, 29,6 Prozent für Fenerbahçe Istanbul und 9,1 Prozent für Beşiktaş Istanbul. Schalke 04 landete mit 4,3 Prozent weit abgeschlagen dahinter, Borussia Dortmund brachte es auf 2,3 Prozent, aber beide Ruhrgebietsvereine lagen immerhin noch vor Bayern München mit 2,2 Prozent.<sup>33</sup>

Der Gelsenkirchener Özil, dessen Großväter als Zecharbeiter aus der türkischen Kohleregion um Zonguldak Mitte der 1960er Jahre zuge-

wandert waren, avancierte indessen bis zu seinem Rücktritt im Sommer 2018 zum Modell einer gelungenen Integration und wurde 2010 durch einen Besuch der Kanzlerin in der Umkleidekabine des Berliner Olympiastadions in dieser Rolle bestätigt und nobilitiert.<sup>34</sup> Das Ruhrgebiet kann so bis heute durch die lange Zuwanderungsgeschichte verknüpft mit der Zivilreligion Fußball als Beispiel für die – wenn auch nicht konfliktfreie – sozial-kulturelle Kreativität in ethnisch-heterogenen Erfahrungsräumen gelten. Dies betrifft den Elitefußball wie den Amateursport, letzterer symbolisch präsentiert durch Mesut Özils Bruder Mutlu, der lange für Firtina Spor 95 Gelsenkirchen in der Kreisliga B auflief, und Ilkay Gündogans Bruder Ilker, der für Blau-Weiß Gelsenkirchen in der Kreisliga A die Fußballschuhe schnürte.

#### VON LORE KARLOWSKI ZU FATMIRE ALUSHI: FRAUENFUßBALL UND MIGRATION IM REVIER

Die Entwicklung des Frauenfußballs im Ruhrgebiet wurde massiv durch das bis 1970 bestehende Verbot durch den Deutschen Fußball-Bund (DFB) behindert. Trotz dieser Diskriminierung existierten schon in den 1950er Jahren Frauenfußballmannschaften im Revier, die den Stamm für eine inoffizielle Nationalmannschaft bildeten, die bis 1963 70 „Länderspiele“ austrug. Protagonistinnen des Frauenfußballs im Revier waren die „Nationalspielerinnen“ Brunhilde Zawatzky von Fortuna Dortmund und Lore Karlowski von Kickers Essen, die beide aus Zuwandererfamilien stammten. Der Vater von Lore Karlowski mit masurischer Migrationsbiografie arbeitete als Bergmann auf der Zeche Nordstern.<sup>35</sup> Die Frauen aus der „neuen“ Migration, darunter Flüchtlinge aus dem jugoslawischen

**28** Vgl. Daniel Huhn/Hannes Kunstreich/Stefan Metzger, Türkisch geprägte Fußballvereine im Ruhrgebiet und in Berlin, Münster 2011, S. 145f.

**29** Vgl. Merkel (Anm. 27), S. 110ff.

**30** Da Statistiken die Nationalität nicht ausweisen, lassen sich keine belastbaren quantitativen Aussagen machen.

**31** Zu Şahin und Hamit Altıntop vgl. Schulze-Marmeling (Anm. 2), S. 30. Zu Halil Altıntop siehe „Warum sollte ich nur Döner essen?“ – Halil Altıntop im Gespräch mit Ronny Blaschke, in: Diethelm Blecking/Gerd Dembowski, Der Ball ist bunt. Fußball, Migration und die Vielfalt der Identitäten in Deutschland, Frankfurt/M. 2010, S. 38–42.

**32** Vgl. „Die türkischen Fans respektieren meine Entscheidung“. Mesut Özil im Gespräch mit Mike Glindmeier, in: ebd., S. 69ff.

**33** Vgl. Blecking (Anm. 23), S. 964.

**34** Vgl. Mesut Özil, Die Magie des Spiels. Und was du brauchst um deine Träume zu verwirklichen, Köln 2017, S. 33ff. Die Diskussion um die symbolische oder tatsächliche Rolle Özils beim Scheitern der deutschen Nationalmannschaft während der Weltmeisterschaft in Russland 2018 wird bei Schulze-Marmeling (Anm. 2) diskutiert. Vgl. Diethelm Blecking, Fußball und Migration in Deutschland, in: Schulze-Marmeling (Anm. 2), S. 161–178, hier S. 170ff.

**35** Vgl. Vanja Mandic, Frauenfußball und Migration im Ruhrgebiet. Von Emanzipationshebeln, Wiederholungen und einer anderen Geschichte, in: Osses (Anm. 9), S. 127–135; dies., Lore Barnhusen, geborene Karlowski. Nationalspielerin trotz Verbots, in: ebd., S. 154f.

Bürgerkrieg, mussten nicht mehr mit den patriarchalischen Vorstellungen des DFB kämpfen. Im Verband hatten sich inzwischen Kräfte durchgesetzt, die den Frauenfußball sogar als „Überlebenschance für die Vereine“ sahen.<sup>36</sup> Hindernisse resultierten eher aus den Traditionen agrarischer Gesellschaften, die die gesellschaftliche Rolle der Frau ähnlich vormodern wie der alte DFB definieren.<sup>37</sup> Vorbild und Modellfall einer Emanzipation aus diesem Umfeld ist die Nationalspielerin Fatmire Alushi, 1988 als Fatmire Bajramaj im Kosovo in einer albanischen Familie geboren und 1992 mit ihrer Familie vor den serbischen Übergriffen gegen Muslime unter Lebensgefahr nach Remscheid geflohen.<sup>38</sup> Sie spielte für den FCR 2001 Duisburg, dann für den 1. FFC Turbine Potsdam, für den 1. FFC Frankfurt und für Paris Saint-Germain. Mit der deutschen Nationalmannschaft wurde sie Weltmeisterin (2007), zweifache Europameisterin (2009, 2013) und Bronzemedaillegewinnerin bei den Olympischen Spielen 2008 in Peking. 2011 wurde Alushi „Fußballerin des Jahres“ in Deutschland und spielte, mehrfach ausgezeichnet, im Grunde die Rolle für den Frauenfußball, die Mesut Özil bis 2018 für den Elitfußball der Männer als Beispiel gelungener Integration vorlebte. Die Fußballerin äußerte sich dabei kritisch zur Rolle eines orthodoxen Islam für eine Karriere im Sport.<sup>39</sup>

**36** So der DFB-Präsident Theo Zwanziger, zit. nach Mandić (Anm. 35), S. 132.

**37** Für eine differenzierte Sicht vgl. das Interview mit der Filmemacherin Aysun Bademsoy, die mehrere Dokumentarfilme über migrantischen Frauenfußball gedreht hat: Doppelt benachteiligt? Die türkischen Mädchen nahmen sich einfach den Platz. Aysun Bademsoy im Gespräch mit Gerd Dembowski, in: Blecking/Dembowski (Anm. 31), S. 111–118.

**38** Vgl. Vanja Mandić, Fatmire Alushi. Vom Flüchtling zur Weltmeisterin, in: Osses (Anm. 9), S. 194f.

**39** Vgl. Mandić (Anm. 35), S. 134. Ursula Zender geht der Frage nach, warum der Organisationsgrad türkisch-muslimischer Migrantinnen im Sport im Allgemeinen so gering ist. Vgl. Ursula Zender, Sportengagements türkisch-muslimischer Migrantinnen. Der Einfluss von Kultur, Religion und Herkunftsfamilie, Wiesbaden 2018.

**40** Vgl. den Katalog zur Ausstellung auf Zeche Zollverein Franz-Josef Brüggemeier/Michael Farrenkopf/Heinrich Theodor Grütter (Hrsg.), Das Zeitalter der Kohle. Eine europäische Geschichte, Essen 2018.

**41** Für das Begleitbuch zur Ausstellung vgl. Osses (Anm. 9).

**42** Vgl. Stefan Goch, Zwischen Mythos und Selbstinszenierung: Fußball im Ruhrgebiet und das Image der Region, in: Westfälische Forschungen 2013, S. 103–118, hier S. 113.

## SCHLUSS: VOM SELBSTBILD EINER REGION

Das von der Montanindustrie bestimmte Ruhrgebiet war während des „Zeitalters der Kohle“<sup>40</sup> eine Einwandererregion, die zuerst von polnisch und masurisch sprechenden Menschen, dann von Vertriebenen und Flüchtlingen, schließlich in der Zeit der „Gastarbeiter“ von Arbeitern aus den Anrainerstaaten des Mittelmeerraums, besonders von türkischen Migranten, bestimmt wurde, ein heterogener *ethnoscape* par excellence. Die Vereinskultur des Fußballs im Revier wurde seit dem Ersten Weltkrieg stark von den Zuwanderern geprägt. Eine Ausstellung in Essen, die sich 2015 dem Thema widmete, hat mit ihrem Titel „Von Kuzorra zu Özil“ zu Recht dieser historischen Evidenz das Siegel aufgedrückt.<sup>41</sup> In der Selbstreflexion des Reviers in Museen, wissenschaftlicher und populärer Publizistik sowie Politikerstatements beziehungsweise Äußerungen von Vereinspräsidenten spielt die multikulturelle Zusammensetzung von Spielern, seit einiger Zeit auch Spielerinnen, in der Regel keine Rolle. Hier überwiegt deutlich der Rekurs auf das Arbeitsethos der Bergleute und die bergmännisch bestimmte Kultur. Dies gilt nicht nur für die Innenperspektive, sondern auch für den Blick von außen. Als der FC Schalke 04, das Paradebeispiel einer multikulturellen Mannschaft schon seit den 1920er Jahren, 1997 den UEFA-Cup gewann, galt die Mannschaft der „Süddeutschen Zeitung“ aus München als „Malocherbrigade“ und „Arbeiterklub“.<sup>42</sup> Trainer der Mannschaft war der Niederländer Huub Stevens, Torschützenkönig des Turniers der Schalker Marc Wilmots, ein Belgier.

### DIETHELM BLECKING

ist außerplanmäßiger Professor an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg im Breisgau. Seine Forschungsschwerpunkte sind unter anderem die Sportgeschichte Osteuropas sowie der historische Zusammenhang von Sport und Migration. blecking@aol.com

Zeitbilder

bpb:  
Bundeszentrale für  
politische Bildung

DEUTSCHES  
POLEN  
INSTITUT

# POLNISCHE SPUREN IN DEUTSCHLAND

## EIN LESEBUCHLEXIKON

Dieter Bingen, Andrzej Kaluza, Basil Kerski, Peter Oliver Loew (Hrsg.)



# POLITISCHER STRUKTURWANDEL?

## Populismus und soziale Gegensätze im Ruhrgebiet

*Jan Dinter*

Der Abschied von den Kumpeln und Steigern, der im vergangenen Jahr überall im Ruhrgebiet wehmütig gefeiert wurde, ist nicht nur das nachträgliche Ende einer längst vergangenen wirtschaftlichen Ära. Er erinnert auch an gesellschaftliche und politische Säulen, die die Region lange getragen haben, sowie an wirtschaftliche Wandlungsprozesse, deren Bewältigung die politische Agenda des Ruhrgebiets über Jahrzehnte bestimmte und andere Themen bisweilen verdrängte. Was bleibt vom Bergbau? „Vielleicht der Zusammenhalt, den wir unter und über Tage hatten“, hoffen die Malocher. Daraus spricht eine gewisse Sehnsucht nach Zeiten, in denen die Welt in den Arbeitersiedlungen im Ruhrgebiet noch überschaubar war. Das waren – vielleicht mit einem verklärten Blick – Zeiten, in denen die Charakterisierung des Ruhrgebiets als „Schmelztiegel“ vor allem positiv besetzt war: eine von der Industrie angetriebene Region, in der durch das Zusammenwirken verschiedenster Kulturen Wohlstand entstand. Oder aber eine Zeit, in der Politik und Gesellschaft in Form einer „Sozialpartnerschaft“ eine Einheit bildeten.

Das heute häufig vermittelte Bild der Region ist jedoch ein anderes: Es ist die Rede von „Arbeitslosigkeit, Armut und Tristesse“,<sup>01</sup> hinter dem Bild des Schmelztiegels steht immer häufiger auch die Warnung, dass soziale und kulturelle Spannungen mit Explosionsgefahr verbunden sind. Im Jahr vor dem Bergbau-Aus machte die „Herzkammer der Sozialdemokratie“ eher als neue Hochburg der AfD Schlagzeilen.<sup>02</sup> Wie aber lassen sich Veränderungen in Politik und Gesellschaft nach langer Kontinuität erklären? Und sind sie wirklich Anzeichen eines tief greifenden politischen Wandels im Revier?

### DAS POLITIKMODELL RUHRGEBIET: EIN RÜCKBLICK

Das Bild des Ruhrgebiets als stabile Hochburg der SPD ist eng verknüpft mit dem frühen Niedergang der Montanindustrie. Insbesondere die Bewältigung des Strukturwandels führte überhaupt erst zur Herausbildung dessen, was viele die spezifische „regionale politische Kultur“ des Ruhrgebiets nennen.<sup>03</sup> Zwar übertrugen sich die von der Montanindustrie geprägten patriarchalischen Strukturen, in denen die Bevölkerung im Ruhrgebiet umfassend mit Wohnraum, Gesundheitseinrichtungen oder Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten versorgt wurde,<sup>04</sup> bereits in der wirtschaftlichen Hochphase des Reviers auch auf die Politik. Die Konsenskultur eines „Elitenkartells“ aus Wirtschaft, Politik und Gewerkschaften half, „Konflikte möglichst gar nicht erst aufkommen zu lassen oder zumindest nicht offen auszutragen“.<sup>05</sup>

Allerdings kamen die Anlässe für eben solche potenziellen Konflikte vor allem mit der ersten Kohlenkrise. Die für die Politik im Ruhrgebiet über Jahrzehnte prägende Vorherrschaft der SPD ging auf den ersten Blick paradoxerweise deshalb erst mit dem Rückgang der Arbeiterschaft einher.<sup>06</sup> „Die Bergbaukrise im Ruhrgebiet, die der von der CDU geführten Bundesregierung angelastet wurde, das außergewöhnlich enge Bündnis zwischen SPD und den Gewerkschaften in diesem Lande (...) und die starke Stellung der SPD in den Kommunen“<sup>07</sup> begründeten letztlich die Hegemonie der Partei. Ihr Markenkern im Ruhrgebiet war dann ein über Jahrzehnte fortbestehendes „regionales Politikmodell der Sozialpartnerschaft“.<sup>08</sup> Während es der Politik im Revier zunächst darum ging,

die als vorübergehend angesehenen Krisen der Montanindustrie und ihre Folgen abzuschwächen, sollte mit der Einsicht, dass der Niedergang von Kohle und Stahl kaum aufzuhalten ist, ebendieser so sozialverträglich wie möglich gestaltet werden. Eine umfassende Koalition aus (lokaler) Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften verfolgte damit die zentralen Ziele, soziale und politische Stabilität sowie gleichzeitig großindustrielle Infrastrukturen zu sichern.<sup>09</sup> Dieser von korporatistischen Strukturen und Konsenssuche geprägte Politikstil fand Anklang bei der Bevölkerung des Ruhrgebiets. Der Schutz vor den Folgen wirtschaftlicher Krisen machte sie resistent gegen ein „defensives Misstrauen gegen ,die da oben““. <sup>10</sup> Der Politikstil wurde zudem als authentischer Ausdruck einer „Kultur des kleinen Mannes“<sup>11</sup> akzeptiert. Das Modell der „basisnahen Stellvertretung“<sup>12</sup> funktionierte, weil die von vielen geteilten Probleme zusammen mit einer großen Verteilungsmasse Anreize zur Kooperation schufen, die sich am Ende für alle – Wirtschaft, Bürger und Politik – lohnen würde.<sup>13</sup> Der Zusammenhalt in der Krise schuf zudem ein „Wir-Gefühl“, das bis heute noch die Identität der Region prägt.<sup>14</sup>

So kam es, dass die SPD bei den Bundestagswahlen von 1965 bis 2002 im Ruhrgebiet immer Stimmanteile jenseits der 50 Prozent erhielt. Und auch bis heute ist ihr Bundestagswahlergebnis im Ruhrgebiet mindestens zehn Prozentpunkte höher als im Rest Deutschlands. Auf diesen Vorsprung konnte sich die Partei bis zuletzt noch mit leicht unterschiedlichem Ausmaß bei den Landtagswahlen in Nordrhein-

Westfalen verlassen. Bei den Kommunalwahlen entfallen auf die Sozialdemokraten seit 1948 – bis auf 1999 – ebenfalls immer die meisten Stimmen. Seit 1999 rangiert sie im Schnitt der Ruhrgebietsstädte um 40 Prozent. Damit ist sie in 39 der 53 Stadträte die stärkste Partei. Sie stellt zudem in sieben von elf kreisfreien Städten des Regionalverbands Ruhr den Bürgermeister, insgesamt sind 24 der 55 (Ober-)Bürgermeister sozialdemokratische Parteimitglieder.

## REGION DER VIELFALT ODER REGION DER GEGENSÄTZE?

Bis heute ist das politische Ruhrgebiet daher eher durch die Dominanz der SPD denn durch politische Vielfalt gekennzeichnet. Wenn also vom „vielfältigen Ruhrgebiet“ die Rede ist, kann sich dies nur sehr bedingt auf die politische Landschaft beziehen. Abseits von der Politik trifft diese Charakterisierung aber in mannigfacher Weise zu. In erster Linie spielt sie auf die starke (Arbeits-)Immigration in die Region an, den daraus resultierenden hohen Migrantenanteil in der Bevölkerung und die damit verbundene kulturelle Vielfalt der Ruhrgebietsbevölkerung. Bereits Ende des 19. Jahrhunderts erlebte die Region durch die frühe Industrialisierung einen breiten Zuzug sogenannter Ruhrpolen, in den 1950er und 1960er Jahren kamen durch die Anwerbeabkommen „Gastarbeiter“ aus Italien, Spanien, Griechenland oder der Türkei in das Ruhrgebiet. Seit über 150 Jahren ist daher „Fremdsein (...) ziemlich normal“ in der Region, und die Menschen sind vor allem durch die gemeinsame Arbeit und Lebenswelt, später durch die geteilten Erfahrungen des Strukturwandels „trotz aller Unterschiede der Herkunft, der Vorstellungswelten, Mentalitäten und Verhaltensweisen“

**01** Wolfram Goetz, Ruhrgebiet – Arbeitslosigkeit, Armut und Tristesse, 7.8.2016, [www.deutschlandfunk.de/ruhrgebiet-arbeitslosigkeit-armut-und-tristesse.724.de.html?dram:article\\_id=362393](http://www.deutschlandfunk.de/ruhrgebiet-arbeitslosigkeit-armut-und-tristesse.724.de.html?dram:article_id=362393).

**02** Vgl. Peter Sieben/Daniel Sobolewski, Ruhrgebiet wird zu AfD-Hochburg des Westens, 25.9.2017, [www.derwesten.de/staedte/essen/ruhrgebiet-wird-zu-afd-hochburg-des-westens-das-wollen-spd-bundestagsabgeordnete-aus-dem-revier-dagegen-tun-id212038381.html](http://www.derwesten.de/staedte/essen/ruhrgebiet-wird-zu-afd-hochburg-des-westens-das-wollen-spd-bundestagsabgeordnete-aus-dem-revier-dagegen-tun-id212038381.html).

**03** Vgl. Stefan Goch, Das Ruhrgebiet – Die Entstehung einer Region?, in: Geographische Revue 1/2001, S. 23–42, hier S. 32.

**04** Jörg Bogumil et al., Viel erreicht – wenig gewonnen. Ein realistischer Blick auf das Ruhrgebiet, Essen 2012, S. 15.

**05** Ebd.

**06** Karl Rohe, Parteien und Parteiensysteme in Nordrhein-Westfalen, in: Wolfram Köhler (Hrsg.), Nordrhein-Westfalen. Fünfzig Jahre später, Essen 1996, S. 8–26, hier S. 19.

**07** Ebd., S. 18.

**08** Goch (Anm. 3), S. 33.

**09** Vgl. Bogumil et al. (Anm. 4), S. 14–17.

**10** Goch (Anm. 3), S. 33.

**11** Bernd Faulenbach, Mitbestimmung und politische Kultur im Ruhrgebiet, in: Helmut Martens/Gerd Peter (Hrsg.), Mitbestimmung und Demokratisierung. Stand und Perspektiven der Forschung, Wiesbaden 1989, S. 216–228.

**12** Goch (Anm. 3), S. 32.

**13** Vgl. Bogumil et al. (Anm. 4), S. 18.

**14** Vgl. Bernd Faulenbach, Merkmale und Entwicklungslinien der politischen Kultur des Ruhrgebiets, in: Rainer Bovermann/Stefan Goch/Heinz-Jürgen Priamus (Hrsg.), Das Ruhrgebiet – ein starkes Stück Nordrhein-Westfalen. Politik in der Region 1946–1996, Essen 1996, S. 365–377.

zusammengewachsen.<sup>15</sup> Bereits früh wurde das Ruhrgebiet daher als „Einwandererregion par excellence“ beschrieben.<sup>16</sup> Auch bis heute wird die Region gerne als „Weltmeister in Sachen Integration“ bezeichnet.<sup>17</sup>

Vielfältig ist das Ruhrgebiet zweifelsohne auch mit Blick auf Identitäten, Zugehörigkeiten oder (Verwaltungs-)Strukturen. Zwar ist das Ruhrgebiet ein wichtiger geteilter sozialer Bezugsraum der hier lebenden Bevölkerung, mit dem sich mitunter mehr Menschen identifizieren können als mit der Stadt, in der sie leben; sei es als „Heimat“ oder einfach als Ort, von dem man nie wegziehen möchte.<sup>18</sup> Aber die „Metropole der kleinen Räume, in der sich Vorteile einer Großstadt mit dem Leben in dorfähnlichen Stadtteilen verbinden“<sup>19</sup> entstand in dezentralen Siedlungen rund um Schachtanlagen und wuchs erst durch die fortschreitende Industrialisierung zu einem metropolähnlichen Raum zusammen.<sup>20</sup> Entsprechend stark ist auch noch heute die Bindung an die kleinteiligen Stadtteilstrukturen. Das lässt sich auch auf Politik und Verwaltung übertragen: Als die Verteilungsmasse im Laufe der zurückgehenden wirtschaftlichen Stärke der Montanindustrie kleiner wurde, rückte Konkurrenz und Kirchturmdenken zunehmend an die Stelle der Kooperation.<sup>21</sup> Deshalb sind die einzelnen Städte noch heute die wichtigsten politischen Arenen – nur wenige Kompetenzen wurden auf den gemeinsamen Regionalverband Ruhr (RVR) übertragen.

Heute ist die regionale Gesellschaft im Ruhrgebiet aber zweifelsohne auch von der Vielfalt der individuellen Lebenswelten geprägt. Denn auch im Ruhrgebiet hat, spätestens mit der Schrump-

fung der Montanindustrie, die gesamtgesellschaftliche Individualisierung eingesetzt. Genauso wie anderswo ist auch im Ruhrgebiet eine moderne heterogene Gesellschaft an die Stelle der homogenen Arbeitergesellschaft gerückt.<sup>22</sup> Für sich genommen, ist das keine Besonderheit dieser Region. Zusammen mit der Individualisierung und abnehmender wirtschaftlicher Stärke haben sich innerhalb des Ruhrgebiets aber eine überdurchschnittliche soziale Ungleichheit und deren räumliche Konzentration entwickelt. Die Erwerbslosigkeit, die Armut, das Bildungsniveau und der Migrantenanteil sind generell im Ruhrgebiet höher als im Rest von Nordrhein-Westfalen oder der Bundesrepublik. Gerade die ehemaligen Arbeiterviertel im Norden der Region haben sich zu benachteiligten Quartieren entwickelt,<sup>23</sup> in denen „Arme, Alte, Ausländer und Alleinerziehende“<sup>24</sup> aufeinandertreffen. Dem stehen verhältnismäßig wohlhabende Stadtteile mit gänzlich anderer Sozialstruktur gegenüber. Weil im Zuge der Individualisierung das einende Element der geteilten Arbeits- und Lebenswelt abhandengekommen ist und zusätzlich die sozialen Gegensätze gerade im Ruhrgebiet enorm zugenommen haben, sind auch die trennenden Elemente der kulturellen Heterogenität in den Vordergrund der gesellschaftlichen Wahrnehmung gerückt. Toleranz, die Vorteile der Zuwanderung und gelebte Integration gehören zwar zum Selbstbild der Ruhrgebietsbewohner. Zugleich besteht aber auch ein ausgeprägtes Bewusstsein für Spannungen und Probleme durch kulturelle Vielfalt und soziale Ungleichheiten.<sup>25</sup>

Im qualitativen Teil der Studie „Kommunikationsstress im Ruhrgebiet“ beschreiben Bewohner des Ruhrgebiets beispielsweise eine Entwicklung einer „Parallel-“ und „Zweiklassengesellschaft“. In dieser Studie aus dem Jahr 2018 wird auch das ambivalente Bild der Ruhrgebietsbevölkerung zum Zusammenleben in der Region dokumentiert: Über 69 Prozent der Bewohner des Ruhrgebiets sind demnach der Auffassung, dass Unterschiede zwischen gesellschaftlichen Gruppen das Ruhrgebiet bereichern. Zugleich haben aber auch

**15** Stefan Goch, *Durcheinander war immer. Migration, Fremdsein, Ankommen, Weggehen, Verschmelzen im Ruhrgebiet*, in: Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) (Hrsg.), *Integrationserfahrungen im Ruhrgebiet. Erfolgsfaktoren und Innovationspotenziale*, Bonn 2018, S. 53–65, hier S. 53.

**16** Karl Rohe, *Vom Revier zum Ruhrgebiet: Wahlen – Parteien – Politische Kultur*, Essen 1986, S. 72.

**17** Alfred Schmitz, *Das Ruhrgebiet – seit 200 Jahren im permanenten Wandel*, 16. 6. 2016, [www.deutschlandfunk.de/neuere-und-neueste-geschichte-das-ruhrgebiet-seit-200.1148.de.html?dram:article\\_id=357389](http://www.deutschlandfunk.de/neuere-und-neueste-geschichte-das-ruhrgebiet-seit-200.1148.de.html?dram:article_id=357389).

**18** Karl-Rudolf Korte/Jan Dinter, *Bürger, Medien und Politik im Ruhrgebiet. Einstellungen – Erwartungen – Erklärungsmuster*, Wiesbaden 2019 (i. E.).

**19** Ebd.

**20** Vgl. Goch (Anm. 3), S. 37; Bogumil et al. (Anm. 4), S. 15.

**21** Vgl. ebd.

**22** Vgl. Goch (Anm. 15), S. 53.

**23** Vgl. Sebastian Jeworutzki et al., *Räumlich segregierte Bildungsteilhabe in NRW und im Ruhrgebiet*, in: Jörg-Peter Schröpler et al. (Hrsg.), *Wege zur Metropole Ruhr*, Bochum 2017, S. 27–224, hier S. 195 ff.

**24** Goch (Anm. 15), S. 62.

**25** Vgl. Korte/Dinter (Anm. 18).

über 53 Prozent der Menschen im Ruhrgebiet das Gefühl, die Region würde „in einem gefährlichen Maß überfremdet“. Viel deutlicher noch werden die sozioökonomischen Ungleichheiten in der Region als Gefahr wahrgenommen: Der Aussage, dass die großen Unterschiede zwischen Arm und Reich im Ruhrgebiet eine Gefahr für die Gesellschaft seien, stimmten fast 89 Prozent der Befragten aus dem Ruhrgebiet zu.<sup>26</sup>

Die Polarisierung sozialer Lagen hat auch einen entscheidenden Einfluss auf die Demokratie im Ruhrgebiet. Bei der Bundestagswahl 2017 hatte der Wahlkreis Duisburg II bundesweit die geringste Wahlbeteiligung. Nur 64,8 Prozent der Wahlberechtigten machten hier von ihrem Stimmrecht Gebrauch.<sup>27</sup> Im gesamten Ruhrgebiet lag die Wahlbeteiligung zudem 2,7 Prozent niedriger als im Bundes- und 1,9 Prozent niedriger als im Landesschnitt. In dieser Deutlichkeit ist die niedrigere Wahlbeteiligung im Ruhrgebiet neu – allerdings zeichnete sich bereits seit der Bundestagswahl 1990 eine leicht unter dem Landesniveau liegende Wahlbeteiligung im Ruhrgebiet ab. Viel auffälliger ist aber, dass bei den zurückliegenden Wahlen die Unterschiede in der Wahlbeteiligung zwischen den einzelnen Ruhrgebietswahlkreisen deutlich größer geworden sind. Seit der Bundestagswahl 2009 liegt die Standardabweichung der Beteiligungsquoten der Ruhrgebietswahlkreise – also die durchschnittliche Differenz der Wahlbeteiligung in einem Wahlkreis zur Wahlbeteiligung im gesamten Ruhrgebiet – bei mindestens 3,5 Prozent. Essen II war bei der Bundestagswahl 2017 mit 67,6 Prozent beispielsweise der Wahlkreis mit der zweitniedrigsten Beteiligung in NRW, Essen III mit 79,5 Prozent wiederum der Wahlkreis mit der landesweit sechsthöchsten Wahlbeteiligung.<sup>28</sup> Diese Unterschiede zeigten sich 2017 auch bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl sehr deutlich. Während Essen IV mit 74,2 Prozent landesweit die zweithöchste Wahlbeteiligung verzeichnen konnte, sind Duisburg III (53,1 Prozent), Duisburg IV – Wesel V (54,2 Prozent) und Gel-

senkirchen II (55,2 Prozent) die Schlusslichter im Land.<sup>29</sup> Schaut man noch ein wenig tiefer und betrachtet die Unterschiede in der Wahlbeteiligung auf Stadtteilebene, lassen sich in den Städten des Ruhrgebiets schon seit vielen Jahren noch deutlichere Unterschiede von 30 bis über 40 Prozentpunkte zwischen den einzelnen Wahlbezirken feststellen.<sup>30</sup> Die negative Entwicklung politischer Teilhabe verläuft dabei parallel zur Polarisierung sozialer Lagen. In jenen Stadtteilen, in denen sich soziale Benachteiligungen – Arbeitslosigkeit, geringe Kaufkraft oder Bildung – anhäufen, ist auch die Wahlbeteiligung niedrig. So werden die ohnehin sozioökonomisch benachteiligten Quartiere im Revier zu beinahe „demokratiefreien Zonen“.<sup>31</sup>

Die Region lässt sich inzwischen also eher als Region der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und auch politischen Gegensätze charakterisieren, die sich spätestens seit dem „langen Abschied von der Kohle“ auf der Suche nach dem verbindenden Element befindet. Dabei ist soziale und sozialräumliche Ungleichheit politischer Teilhabe kein Spezifikum des Ruhrgebiets.<sup>32</sup> In großen Städten oder Metropolen lassen sich die gleichen Entwicklungen beobachten, die es auch im Ruhrgebiet gibt. Besonders ist – zumindest für Deutschland – aber, dass so deutliche Gegensätze in diesem Ausmaß auf engem Raum so viele Menschen betreffen.

#### VON DER HERZKAMMER DER SOZIALDEMOKRATIE ZUR AFD-HOCHBURG?

An der heutigen Sozialstruktur des Ruhrgebiets lässt sich erkennen, dass es die Politik in der Region zwar erfolgreich vermochte, die Folgen des Niedergangs von Kohle und Stahl abzufedern und damit soziale Konflikte sowie extreme Verarmung anders als in vielen anderen europäischen Industrieregionen größtenteils zu vermeiden. Sie verpasste es aber, die wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen nachfolgender

<sup>26</sup> Vgl. ebd.

<sup>27</sup> Jan Dinter et al., Wahlnachlese 2017: Einflussreiche Medien – Hohe Mobilisierung – Neue Partei – Schwierige Koalitionsbildung, in: Einsichten und Perspektiven 4/2017, S. 44–61.

<sup>28</sup> Landeswahlleiter des Landes Nordrhein-Westfalen, Bundestagswahl 2017. Rangfolge, [www.wahlergebnisse.nrw.de/bundestagswahlen/2017/aktuell/wahlbeteiligung.shtml](http://www.wahlergebnisse.nrw.de/bundestagswahlen/2017/aktuell/wahlbeteiligung.shtml).

<sup>29</sup> Ders., Landtagswahl 2017. Rangfolge, [www.wahlergebnisse.nrw.de/landtagswahlen/2017/aktuell/wahlbeteiligung.shtml](http://www.wahlergebnisse.nrw.de/landtagswahlen/2017/aktuell/wahlbeteiligung.shtml).

<sup>30</sup> Vgl. Michael Kaeding/Stefan Haußner/Morton Pieper, Nichtwähler in Europa, Deutschland und Nordrhein-Westfalen. Ursachen und Konsequenzen sinkender Wahlbeteiligung, Wiesbaden 2016.

<sup>31</sup> Goch (Anm. 15), S. 62.

<sup>32</sup> Vgl. zur Übersicht Kaeding/Haußner/Pieper (Anm. 30).

Generationen gleichermaßen zu sichern.<sup>33</sup> Dass eine vornehmlich der Verwaltung des und dem Schutz vor dem Strukturwandel verpflichtete Politik selbst irgendwann genau diesem Strukturwandel zum Opfer fallen könnte, zeichnete sich bereits Ende der 1990er Jahre ab. Zu diesem Zeitpunkt brachen die Ergebnisse der SPD im Land und in den Städten im Revier ein erstes Mal ein (*Abbildung*). Bei der Kommunalwahl 1999 wurde der Partei in vielen Städten des Ruhrgebiets eine „Arroganz der Macht“ vorgeworfen.<sup>34</sup> Denn die Kehrseite des ruhrgebietstypischen Politikmodells war, dass der enge Bund zwischen Wirtschaft, Gewerkschaften und (kommunal-)politischen Eliten häufig Einfallstor für Vetternwirtschaft und Vorteilsnahme war. Die seit den 1960er Jahren für die politische Landschaft des Ruhrgebiets prägende Dominanz der SPD begann aber genauso wie anderenorts vor allem an der Wirkung gesellschaftlicher Individualisierungsprozesse zu bröckeln – die im Vergleich zum Rest der Bundesrepublik oder aber anderen europäischen Demokratien im Ruhrgebiet maximal etwas verspätet einsetzte. Traditionelle Milieubindungen nahmen generell ab,<sup>35</sup> und auch an Ruhr und Emscher wurde die Wählerschaft volatiler. Trotzdem rangiert die SPD bei Wahlen bis heute relativ konstant zehn Prozentpunkte über dem Bundestrend der Partei, während die CDU zwischen fünf und neun Prozentpunkte schlechter als im Rest der Republik abschneidet.

Im Vorfeld des Wahljahres 2017 vermuteten viele Beobachter aber, das Ruhrgebiet könne zur Hochburg der rechtspopulistischen AfD werden.<sup>36</sup> Auf großflächigen Plakaten warb die Partei im Wahlkampf zur nordrhein-westfälischen Landtagswahl 2017 mit dem Konterfei des zur AfD gewechselten ehemaligen SPD-Politikers Guido Reil in Bergmanns-Kluft und dem Zitat: „Im Herzen Sozi. Deshalb bei der AfD. Glückauf, mein NRW“. Bei der Bundestagswahl im gleichen Jahr warb die AfD mit dem Zitat: „Ich

bin dabei, weil die SPD die Interessen der kleinen Leute nicht mehr vertritt.“ Diese Beispiele zeigen sehr plakativ, dass die Wahlkampfstrategie der Rechtspopulisten im Revier zum einen sehr deutlich auf die von Historikern beschriebene „spezifische politische Kultur“ des Ruhrgebiets ausgerichtet ist. Offensichtlich will die Partei gezielt politischer Ausdruck eben jener „kleinen Leute“ sein, die sich über Jahrzehnte von der SPD vertreten fühlten, und unzufriedene SPD-Wähler für sich gewinnen. Zum anderen will die Partei jene sogenannten Modernisierungsverlierer ansprechen, die vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Schwäche und der sozialen Polarisierung gerade im Ruhrgebiet vermutet werden.

Als Erklärung für den Erfolg rechtspopulistischer Parteien in Europa, der AfD im Speziellen, haben sich in der Politik, den Medien und auch der Wissenschaft vor allem zwei Erklärungsmuster entwickelt. Zum einen wird vermutet, dass Menschen die AfD wählen, weil sie „Präferenzen für die kulturelle Homogenität und die politische sowie wirtschaftliche Autonomie der Gesellschaft halten“.<sup>37</sup> Zum anderen wird vermutet, dass die Erfolge der AfD mit der steigenden Zahl der von negativen Folgen der Globalisierung betroffenen Menschen zu erklären ist. Dieser These folgend wäre die Partei gerade für sozial benachteiligte Menschen in strukturschwachen Regionen attraktiv.<sup>38</sup> Die sogenannten kleinen Leute und Nichtwähler zählen neben Protestwählern, Eurogegnern und liberal-konservativen Bürgerlichen auch nach Angaben des AfD-Bundesvorstands zu den Zielgruppen der Partei.<sup>39</sup>

Bei einer oberflächlichen Betrachtung sahen viele die These vom Erfolg der AfD in den „deutschen Armenhäusern“ nach der nordrhein-westfälischen Landtags- sowie der Bundestagswahl bestätigt und verwiesen plakativ auf das Ruhrgebiet.<sup>40</sup> Tatsächlich war die Partei bei beiden Wahlen in einigen Ruhrgebietswahlkreisen erfolgreich. Bei der Landtagswahl 2017 lagen die 15 Wahlkreise mit dem besten AfD-Ergebnis

**33** Bogumil et al. (Anm. 4), S. 18.

**34** Goch (Anm. 3), S. 35.

**35** Vgl. exemplarisch Uwe Jun, Wandel des Parteien- und Verbändesystems, in: APuZ 28/2009, S. 28–34.

**36** Vgl. Peter Berger, Partei ohne Revier, 15.8.2016, [www.fr.de/politik/spd-in-nrw-partei-ohne-revier-a-333786](http://www.fr.de/politik/spd-in-nrw-partei-ohne-revier-a-333786); Moritz Küpper, Revolte im Revier, 15.11.2016, [www.deutschlandfunk.de/afd-bedroht-ruhr-spd-revolte-im-revier.724.de.html?dram:article\\_id=371469](http://www.deutschlandfunk.de/afd-bedroht-ruhr-spd-revolte-im-revier.724.de.html?dram:article_id=371469).

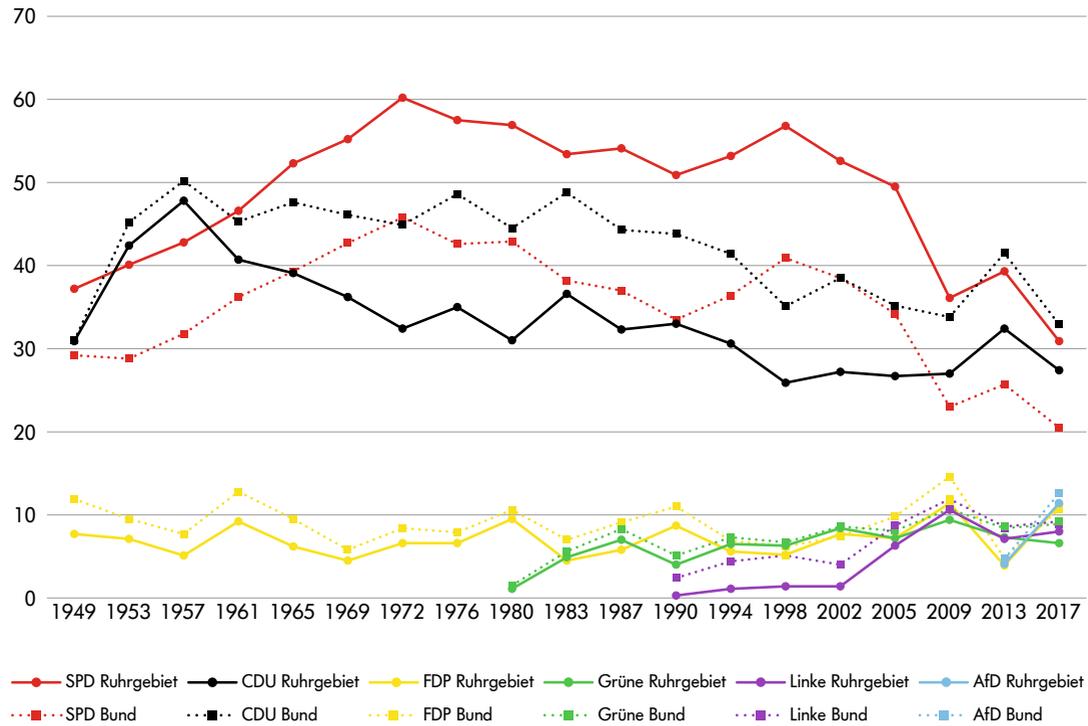
**37** Holger Lengfeld, Die „Alternative für Deutschland“: eine Partei für Modernisierungsverlierer?, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 2/2017, S. 209–232, hier S. 211.

**38** Vgl. ebd.; Knut Bergmann/Matthias Diermeier/Judith Niehues, Ein komplexes Gebilde. Eine sozioökonomische Analyse des Ergebnisses der AfD bei der Bundestagswahl 2017, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 2/2018, S. 243–264.

**39** Vgl. ebd., S. 246.

**40** Vgl. ebd., S. 259.

Abbildung: Bundestagswahlergebnisse in den Städten des Regionalverbandes Ruhr seit 1949



Quelle: Bundeswahlleiter, Regionalverband Ruhr.

im Ruhrgebiet,<sup>41</sup> bei der Bundestagswahl waren die aus Sicht der Partei 13 besten Wahlkreisergebnisse in Nordrhein-Westfalen Ruhrgebietswahlkreise.<sup>42</sup> In diesen Gebieten lag die AfD in der Spitze bei über 15 beziehungsweise 17 Prozent. Im Schnitt aller 53 RVR-Städte lag die Partei mit 9,5 Prozent bei der Landtagswahl allerdings „nur“ etwa zwei Prozentpunkte über dem Landesschnitt.<sup>43</sup> Bei der Bundestagswahl lag sie im Ruhrgebiet mit 11,4 Prozent ebenfalls zwei Prozent über Landesschnitt. Verglichen mit dem bundesweiten Stimmanteil der AfD von 12,6 Prozent war das Ergebnis der Partei im Ruhrgebiet allerdings unterdurchschnittlich.<sup>44</sup> Unter den 55

„westdeutschen“ Wahlkreisen mit AfD-Ergebnissen über dem Bundesschnitt liegen auch lediglich vier im Ruhrgebiet.<sup>45</sup> Als Gesamtes betrachtet kann man die Region daher nicht als Hochburg der Rechtspopulisten bezeichnen. Gerade aber in den als „benachteiligt“ identifizierten ehemaligen Arbeiterquartieren, die von hoher Arbeitslosigkeit, einem hohen Migrantenteil, geringem Einkommen, niedriger Bildung und auch niedriger Wahlbeteiligung gekennzeichnet sind, konnte sie Erfolge verzeichnen.<sup>46</sup>

Betrachtet man nur diese raumbezogenen Aggregatdaten, könnte man also schnell zu dem Schluss kommen, die AfD liefere der SPD gerade in ihren Ruhrgebietshochburgen den Rang ab, weil sie die „kleinen Leute“ und „Modernisierungsverlierer“ überzeugen konnte. Allerdings lassen Zusammenhänge, die auf Aggregatebene bestehen, keinen Schluss auf individuelle Zusammen-

<sup>41</sup> Landeswahlleiter des Landes Nordrhein-Westfalen, Landtagswahl 2017. Rangfolge, [www.wahlergebnisse.nrw.de/landtagswahlen/2017/aktuell/afd.shtml](http://www.wahlergebnisse.nrw.de/landtagswahlen/2017/aktuell/afd.shtml).

<sup>42</sup> Ders., Bundestagswahl 2017. Rangfolge, [www.wahlergebnisse.nrw.de/bundestagswahlen/2017/aktuell/afd.shtml](http://www.wahlergebnisse.nrw.de/bundestagswahlen/2017/aktuell/afd.shtml).

<sup>43</sup> Metropole Ruhr, Landtagswahl in der Metropole Ruhr, [www.metropoleruhr.de/regionalverband-ruhr/regionalstatistik/wahlen/landtagswahl.html](http://www.metropoleruhr.de/regionalverband-ruhr/regionalstatistik/wahlen/landtagswahl.html).

<sup>44</sup> Metropole Ruhr, Bundestagswahl in der Metropole Ruhr, [www.metropoleruhr.de/regionalverband-ruhr/regionalstatistik/wahlen/bundestagswahl.html](http://www.metropoleruhr.de/regionalverband-ruhr/regionalstatistik/wahlen/bundestagswahl.html).

<sup>45</sup> Vgl. Bergmann/Diermeier/Niehues (Anm. 37), S. 259.

<sup>46</sup> Vgl. exemplarisch den Wahlatlas der Stadt Essen, Amt für Statistik, Wahlen in Essen, September 2017, <https://webapps.essen.de/instantatlas/wahlatlas/atlas.html?indicator=i0&date=Hauptwahl%202015&indicator2=i0&date2=Stichwahl%202015>.

hänge zu. Man kann also nicht sicher sagen, ob es gerade jene Wähler mit niedrigem „sozialem Status“ waren, die in den Ruhrgebietsstadtteilen die AfD wählten. Studien zur Wählerschaft der AfD sind in der Frage, ob die AfD gerade von dieser Wählerklientel bevorzugt wird, uneinig. Viele Untersuchungen weisen eher daraufhin, dass es eben nicht in einem überdurchschnittlichen Maße die „Modernisierungsverlierer“ sind, die eher ihr Kreuz bei den Rechtspopulisten machen.<sup>47</sup> Nun könnte das Ruhrgebiet eine Ausnahme von der Regel sein. Vergleicht man die Wahlkreise, in denen die AfD erfolgreich war, sind es gerade die Ruhrgebietshochburgen, die sich substantiell von allen anderen durch ein „schlechtes Ergebnis in nahezu allen makroökonomischen Kennzahlen“ unterscheiden.<sup>48</sup> Aber wahrscheinlicher ist, dass sich der überdurchschnittliche Erfolg der Populisten im „Revier“ nicht nur durch die Modernisierungsverlierer-These erklären lässt, sondern auch hier viele verschiedene Faktoren einen Einfluss auf das individuelle Wahlverhalten im Ruhrgebiet haben.

Zunächst haben Studien nachweisen können, dass nicht unbedingt jene Wähler mit der AfD sympathisieren, die tatsächlich sozialen Abstieg erfahren haben – die also erwerbslos geworden sind, über ein niedriges Einkommen verfügen oder geringe Qualifikationen vorweisen können. Vielmehr stimmen diejenigen häufiger für die Partei, die besonders „pessimistisch in die Zukunft schauen oder den Eindruck haben, ihre Situation nicht positiv beeinflussen zu können“.<sup>49</sup> Die negativen Entwicklungen, die in den ehemaligen Arbeitervierteln im Ruhrgebiet räumlich erfahrbar werden, können eben diese Sorge vor dem „sozialen Abstieg“ auch oder insbesondere bei den Quartiersbewohnern mit nominell höherem „sozialem Status“ verstärken. Potenziell schürt zudem ein Diskurs über das Ruhrgebiet, der noch immer von einem eher schlechten Image und Schlagzeilen wie „Problemregion Nr. 1“ geprägt ist, Ängste vor sozialem Abstieg.

Die Forschung hat weiterhin zeigen können, dass das Gefühl kultureller Bedrohung deutlich wichtiger für die Identifikation mit der AfD ist

als das Gefühl sozialer Bedrohung. Es seien gerade jene Menschen, die Zuwanderung negativ bewerten, die sich mit der Partei identifizieren. Diese Einstellungen verschärfen sich teilweise bei jenen, die einen niedrigen sozialen Status aufweisen.<sup>50</sup> Die sozialräumliche Struktur des Ruhrgebiets, in der sich viele Bewohner mit niedrigem Einkommen und schlechter Bildung in Stadtteilen mit einem hohen Migrantenanteil sammeln, könnte daher dazu geführt haben, dass gerade hier Zuwanderer und „Flüchtlinge als Konkurrenten um Arbeitsplätze und um Sozialleistungen“<sup>51</sup> wahrgenommen wurden und dadurch die Wahl der AfD attraktiver wurde. Allerdings lässt sich auch zeigen, dass in den sozioökonomisch schwächeren Stadtteilen des Ruhrgebiets neben dieser „sozialen Konkurrenz“ durch Migranten das Gefühl vorherrscht, dass die soziale Infrastruktur verschwindet und die Politik sich der Probleme aus der Lebensrealität der Menschen verweigert.<sup>52</sup>

Die Unzufriedenheit mit anderen Parteien ist daher neben dem Gefühl kultureller Bedrohung womöglich ein noch wichtigeres Motiv für AfD-Wähler im Ruhrgebiet. Die Entscheidung, die AfD zu wählen, war bei der Bundestagswahl 2017 bei zwei Dritteln beispielsweise durch die „Enttäuschung über andere Parteien“ zu erklären.<sup>53</sup> Im Ruhrgebiet scheint die Unzufriedenheit mit der Politik etwas höher zu sein als im Rest Deutschlands. Die Zustimmung zu der Aussage, dass Politiker sich nicht darum kümmern würden, was „Menschen wie ich denken“, stimmten an Ruhr und Emscher laut der Studie „Kommunikationsstress im Ruhrgebiet“ beispielsweise mehr Befragte zu als in vergleichbaren deutschlandweiten Studien.<sup>54</sup> Dabei erscheint es naheliegend, dass eine politische Landschaft, die über Jahrzehnte von der Dominanz einer Partei geprägt war, in Zeiten generell hoher Unzufriedenheit mit der Politik für die Anti-Eliten-Rhetorik populistischer Parteien empfänglich ist. Vor dem

<sup>47</sup> Vgl. zur Übersicht Bergmann/Diermeier/Niehues, S. 245.

<sup>48</sup> Ebd., S. 257.

<sup>49</sup> Dies., Die AfD: Eine Partei der sich ausgeliefert fühlenden Durchschnittsverdiener, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1/2017, S. 57–75.

<sup>50</sup> Vgl. Holger Lengfeld/Clara Dilger, Kulturelle und ökonomische Bedrohung. Eine Analyse der Ursachen der Parteidentifikation mit der „Alternative für Deutschland“ mit dem Sozio-oekonomischen Panel 2016, in: Zeitschrift für Soziologie 3/2018, S. 181–199.

<sup>51</sup> Ebd., S. 196.

<sup>52</sup> Johannes Hillje, Rückkehr zu den politisch Verlassenen. Gespräche in rechtspopulistischen Hochburgen in Deutschland und Frankreich, Berlin 2018, S. 24.

<sup>53</sup> Infratest dimap, Bundestagswahl 2017, <http://wahl.tageschau.de/wahlen/2017-09-24-BT-DE>.

<sup>54</sup> Vgl. Korte/Dinter (Anm. 18).

Hintergrund gesellschaftlicher Individualisierung könnte dies zum entscheidenden Erklärungsfaktor für den überdurchschnittlichen Erfolg der AfD in ehemaligen (und relativ betrachtet noch immer bestehenden) SPD-Hochburgen im Ruhrgebiet werden.

### KOMMT DER POLITISCHE STRUKTURWANDEL IM RUHRGEBIET?

Das Wahljahr 2017 hat auf elektoraler Ebene einige Änderungen im politischen Ruhrgebiet hervorgerufen. Der größte Wandel im regionalen Gleichgewicht der Parteien liegt jedoch bereits gut ein Jahrzehnt zurück, als die im Revier dominante SPD in den Wahlen rund um die Jahrtausendwende ihre deutlichsten Stimmverluste hinnehmen musste. Langfristig gesehen, lassen sich diese Wandlungsprozesse vor allem mit generellen Trends und gesellschaftlichen Veränderungen erklären, die keinesfalls regionalspezifisch sind. Wahlverhalten ist auch im Ruhrgebiet volatiler geworden. Die Parteien sind in der Region zwar noch immer stärker (SPD) beziehungsweise schwächer (CDU) als im Rest der Republik. Die Schwankungen folgen aber dem gleichen Muster wie auf Bundes- oder Landesebene. Tendenziell lässt sich eine langsame Angleichung des regionalen an das bundesweite Parteiensystem erkennen. In diesem Sinne lässt sich auch der Erfolg der AfD im Ruhrgebiet vorrangig nicht regionalspezifisch erklären. Denn sowohl die große soziale Spaltung als auch die hohe kulturelle Vielfalt und die damit verbundenen Probleme in der Region sind schon viele Jahrzehnte Kennzeichen des Ruhrgebiets. Trotzdem haben sich die Einstellungen zu Migration und Integration im Allgemeinen und zum Islam im Besonderen im Ruhrgebiet erst zu dem Zeitpunkt verändert, zu dem die Flüchtlingspolitik und die AfD die politische Debattenlage in ganz Deutschland dominiert haben.<sup>55</sup> Die im gesamten Ruhrgebiet leicht und in einigen Teilen deutlich überdurchschnittlichen Wahlergebnisse der AfD lassen sich entsprechend auch nur durch eine Vielzahl von

Faktoren erklären, die jede für sich genommen vor dem Hintergrund der sozialen und politischen Struktur der Region womöglich eine stärkere Wirkung entfalten. Nicht zu unterschätzen ist dabei sicherlich, dass Unzufriedenheit mit der Politik wahrscheinlicher wird, wenn über Jahrzehnte Pluralisierung und Wandel kaum einen Ausdruck im regionalen Parteiensystem finden und Machtwechsel ausbleiben.

Die Frage nach einem Wandel in Gesellschaft und Politik im Revier geht aber über die Frage von Wahlergebnissen hinaus. Der Zusammenhalt von Bürgern und Politikern wird im Ruhrgebiet immer noch als vergleichsweise stark wahrgenommen. Zugleich besteht über alle gesellschaftlichen Gruppen hinweg eine starke Bindung an die lokale Politik im Revier.<sup>56</sup> Während sich also die gesellschaftlichen Probleme im Ruhrgebiet in kleinen Räumen sammeln, nehmen die Bürger Politiker gerade auf der niedrigsten Ebene als ansprechbar und für ihre Wünsche empfänglich wahr. Gleichzeitig zeigt sich, dass die meisten Probleme der Ruhrgebietskommunen nur gemeinsam gelöst werden können. Entsprechend hat sich auch die Struktur der regionalen Demokratie entscheidend verändert, indem mit dem RVR und dem Ruhrparlament eine gemeinsame Institution für die gesamte Region entstanden ist. Entscheidend wird daher sein, ob die regionale Demokratie mittelfristig die Vorteile der Responsivität lokaler Politik wahren und gleichzeitig die gemeinsame Lösungskompetenz durch interkommunale Zusammenarbeit stärken kann.

#### JAN DINTER

war wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „Kommunikationsstress im Ruhrgebiet“ an der NRW School of Governance am Institut für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen und promoviert dort zu lokaler Demokratie im Ruhrgebiet.

jan.dinter@uni-due.de

<sup>55</sup> Manfred Güllner/Judith Leicht, Integration im Ruhrgebiet. Meinungen und Einstellungen der Bewohner des Ruhrgebiets zu Migranten allgemein und zum Islam, in: BAPP (Anm. 15), S. 66–73.

<sup>56</sup> Vgl. Korte/Dinter (Anm. 18).

# VON DER INDUSTRIEREGION ZUR WISSENSREGION

## Strukturwandel im Ruhrgebiet

*Jörg Bogumil · Rolf G. Heinze*

Mit dem Ende des deutschen Steinkohlenbergbaus im September 2018 endete eine Ära von 150 Jahren Industriegeschichte mit außerordentlichen Wohlstandsgewinnen, aber auch erheblichen Eingriffen in die Naturlandschaft. Für viele Menschen im Ruhrgebiet ist dies kein besonderes Ereignis mehr, da der Rückzug des Steinkohlenbergbaus sich schon lange hinzieht.

Das Ruhrgebiet wurde durch einen Wachstumskern rund um Kohle und Stahl nachhaltig geprägt. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die alten Montanstrukturen aufgrund der herausragenden Bedeutung der Grundstoffindustrie für den Wiederaufbau Europas und des Kohlemangels wieder errichtet und das Ruhrgebiet zum schwerindustriellen Zentrum Deutschlands. Zunächst erzielten die Montanunternehmen Wachstumsraten, die deutlich über dem bundesrepublikanischen Durchschnitt lagen, was sich wiederum positiv auf die Lohnentwicklung in der Region auswirkte. Ein hohes Lohnniveau verfestigte aber die sektoralen Strukturen, Nicht-Montanbranchen siedelten sich in anderen westdeutschen Regionen an. In den 1960er Jahren endete die Wachstumsphase des Montansektors, schon seit den 1950er Jahren gibt es Zechenstilllegungen, und die wirtschafts- und beschäftigungspolitische Bedeutung von Kohle und Stahl ging seitdem massiv zurück. Allerdings erschwerten die Dominanz der altindustriellen Montanstrukturen und ihre Beharrungskräfte den Strukturwandel.

Beschäftigungsaufbau wurde seit den 1960er Jahren zunächst vor allem im Bildungs- und Wissenschaftsbereich sowie in der Automobilindustrie (vor allem Opel) realisiert. Seit den 1990er Jahren wurde der Strukturwandel forciert und verstärkt auch Bereiche der mittelständischen Produktionswirtschaft ins Auge gefasst. Heute gibt es neue wirtschaftliche Standbeine und „Leit-

märkte“ in der Logistik, Chemie und Gesundheitswirtschaft, aber auch im Bereich der digitalen Kommunikation, Ressourceneffizienz, Informations-, Nano- und Werkstofftechnologien.<sup>01</sup>

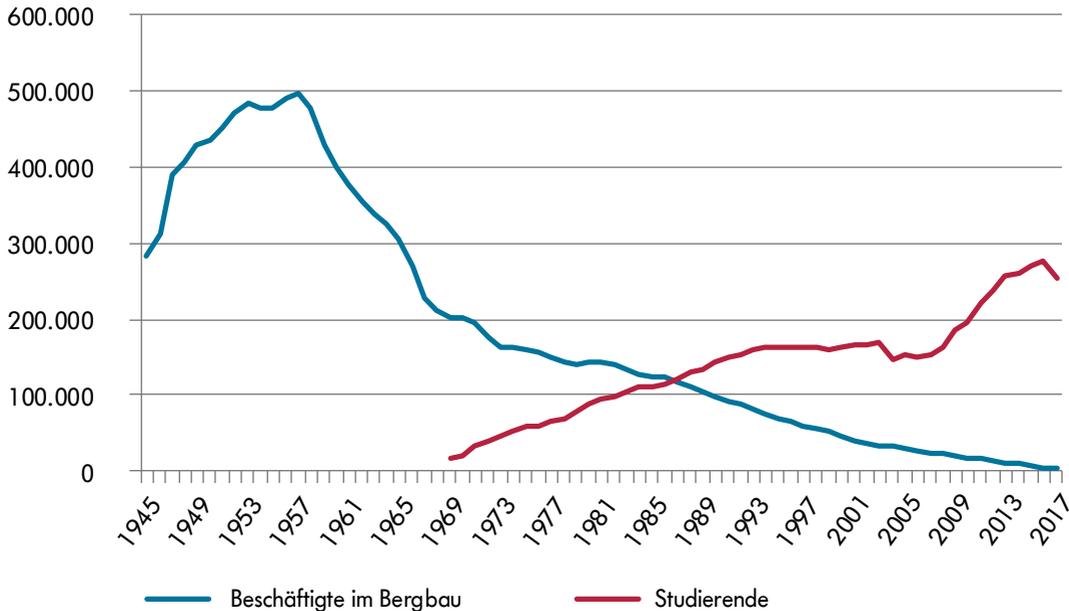
Besonders deutlich wird der Strukturwandel im Ruhrgebiet beim Vergleich der Bergbaubeschäftigten und der Studentenzahl. Während im Ruhrgebiet 1960 noch 400 000 Beschäftigte im Steinkohlenbergbau arbeiteten, sind es Ende 2018 nur noch einige wenige (*Abbildung 1*), die sich vor allem um die Sicherung der Grubenwässer kümmern. Studenten gab es damals nicht. Die erste Universität, die Ruhr-Universität Bochum, wurde 1962 gegründet; 1965 wurde der Lehrbetrieb aufgenommen. Heute gibt es im Ruhrgebiet gut 270 000 Studenten in fünf Universitäten, einer Kunsthochschule und 13 weiteren Hochschulen sowie über 30 000 Beschäftigte in den Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen. Das Ruhrgebiet hat inzwischen europaweit die dichteste Hochschullandschaft.

Die Debatte um den Strukturwandel an der Ruhr hat sich mittlerweile gedreht. Prägten jahrzehntelang Schlagzeilen über hohe Dauerarbeitslosigkeit, Armut und Verödung städtischer Räume den Diskurs, gibt es mittlerweile auch viele positive Nachrichten. Der wirtschaftliche Aufholprozess setzt sich fort, nachhaltige Strategien zur ökologischen Umgestaltung und der integrierten Stadtentwicklung werden mehr und mehr zum Thema<sup>02</sup> und die Hochschulen zum Treiber der Stadtentwicklung. Wir werden auf diese Aspekte im Folgenden eingehen.

### WIRTSCHAFTLICHER AUFHOLPROZESS UND ÖKOLOGISCHE UMGESTALTUNG

Der wirtschaftliche Aufholprozess setzt sich fort. Es gibt wirtschaftliche Kerne mit hoher

Abbildung 1: Anzahl von Bergbaubeschäftigten (Kohle) und Studierenden im Ruhrgebiet



Quelle: Landesbetrieb für Information und Technik, NRW; Regionalverband Ruhr; Statistisches Bundesamt Wiesbaden; Statistik der Kohlewirtschaft e.V.

Spezialisierung und internationaler Sichtbarkeit, wie beispielsweise in den Feldern Gesundheitswirtschaft (mit über 330 000 Beschäftigten), digitale Kommunikation, Logistik oder chemischer Industrie. Im Ruhrgebiet sind heute bereits über 77 Prozent der Beschäftigten im Dienstleistungssektor tätig. Für den Arbeitsmarkt im Ruhrgebiet sind sowohl der Wissenssektor als auch die Gesundheitswirtschaft/sozialen Dienste bedeutsam geworden.<sup>03</sup> Die Dienstleistungslücke ist nicht nur geschlossen, Jobs entstehen mehrheitlich im tertiären Sektor beziehungs-

weise in „gemischten“ Strukturen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat sich weiter erhöht, dennoch hinkt das Ruhrgebiet bei einigen zentralen Wirtschaftsindikatoren weiter hinterher. So liegt in einzelnen Städten, insbesondere im nördlichen Ruhrgebiet, die Erwerbslosigkeit noch immer deutlich über dem Landes- und Bundesdurchschnitt.<sup>04</sup> Betrug die Erwerbslosigkeit 2005 bundesweit durchschnittlich 11,7 Prozent, sind es 2018 nur noch 5,3 Prozent. Im Ruhrgebiet ist sie von über 14 Prozent 2005 auf nunmehr 8,7 Prozent (November 2018) zurückgegangen (Abbildung 2).

Der tertiäre Sektor ist nicht der alleinige Wachstumsträger, da viele Dienstleistungen weiterhin an industrielle Aktivitäten gekoppelt sind. Gerade anhand der Digitalisierung wird die wechselseitige Durchdringung deutlich (etwa digitale Gesundheits- und Wohntechnologien, urbanes Bauen und Wohnen sowie Logistik). Nachhaltige Produktentwicklungen und damit auch Beschäftigung entstehen immer häufiger an Schnittstellen verschiedener Kompetenzfel-

**01** Vgl. Jörg Bogumil et al., Viel erreicht – wenig gewonnen. Ein realistischer Blick auf das Ruhrgebiet, Essen 2012; Prognos AG/ InWIS, Lehren aus dem Strukturwandel im Ruhrgebiet für die Regionalpolitik, Berlin 2016; zu den Leitmärkten siehe die fortlaufende Berichterstattung durch die Business Metropole Ruhr, <https://business.metropoleruhr.de>.

**02** Vgl. Franz Lehner/Hans-Peter Noll, Ruhr: Das Zukunftsprojekt, Essen 2016; Jan Polivka/Christa Reicher/Christoph Zöpel, Raumstrategien Ruhr 2035+: Konzepte zur Entwicklung der Agglomeration Ruhr, Dortmund 2017.

**03** Vgl. die Beiträge in Elke Dahlbeck/Josef Hilbert (Hrsg.), Gesundheitswirtschaft als Motor der Regionalentwicklung, Wiesbaden 2017; Rolf G. Heinze/Joachim Lange/Werner Sesselmeier (Hrsg.), Neue Governancestrukturen in der Wohlfahrtspflege, Baden-Baden 2018; Stephan Grohs/Rolf G. Heinze/Katrin Schneiders, Mission Wohlfahrtsmarkt, Baden-Baden 2014.

**04** Vgl. jüngst Klaus-Heiner Röhl et al., Die Zukunft des Ruhrgebietes. Wirtschaftliche Lage und Potenziale des größten deutschen Ballungsraumes, Institut der deutschen Wirtschaft, Köln 2018.

Abbildung 2: Arbeitslosenquoten in der Metropole Ruhr in Prozent



Quelle: Regionalstatistik Ruhr, Daten: Bundesagentur für Arbeit, Bearbeitungsstand: 29.11.2018.

der. Dabei ist es uninteressant, ob neue Tätigkeiten dem Industrie- oder Dienstleistungssektor zugeordnet werden, der Strukturwandel hat diese Sichtweise längst überholt. Ob Volkswagen Infotainment mit über 400 Beschäftigten in Bochum zum Dienstleistungs- oder Industriesektor gehört, ist nebensächlich. Wichtig ist, dass sich kreative Unternehmen in Kooperation mit Wissenschaftseinrichtungen im Ruhrgebiet ansiedeln.

Im Bereich der ökologischen Umgestaltung des Ruhrgebiets sind insbesondere die Internationale Bauausstellung Emscher Park (IBA) und der Emscherumbau zu nennen. Letzterer zielt auf eine ökologische Umgestaltung des Flusses. Hier hat die Emschergenossenschaft in den vergangenen 20 Jahren etwa 4,5 Milliarden Euro verbaut: Es wurden vier dezentrale Kläranlagen gebaut, 429 Kilometer Abwasserkanäle neu verlegt und auf 326 Kilometern Gewässer renaturiert. 2021 wird dieses Projekt abgeschlossen sein, und die frühere „Kloake“ Emscher ist vollkommen abwasserfrei, ein gigantisches Projekt ökologischer Sanierung des nördlichen Ruhrgebiets und das größte Infrastrukturprojekt Europas. Weiterhin sind Projekte zur Energie- und Ressourceneffizienz (wie etwa Innovation City) zu nennen. Seit 2009 gilt Bottrop mit der Innovation City als Best-Practice-Beispiel für Klima-

schutz und zieht (als traditionelle Bergbaustadt) viele Besucher an, die sich informieren wollen, wie es hier gelingt, durch ökologische Modernisierung bis 2020 fast 40 Prozent weniger CO<sub>2</sub> zu emittieren.<sup>05</sup>

### DIE LANGE TRANSFORMATION ZU EINER WISSENSREGION

Der Wandel des Produktionssystems in Richtung wissensintensiver Sektoren spiegelt sich gut in den verschiedenen Hochschulen der Region wider. Das Ruhrgebiet ist damit auf dem Weg, von der Region mit dem „Pulsschlag aus Stahl“ zur Wissensregion, in der es viele Hochschulen, Forschungs- und Beratungseinrichtungen gibt. Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind eine Grundbedingung für kreative Wissensnetzwerke, allerdings sind sie autonome Organisationen mit spezifischen Kulturen und müssen deshalb sensibel in regionale Innovationsstrategien eingebaut werden. Dies wurde 2018 auch vom Wissenschaftsrat klar formuliert.<sup>06</sup>

<sup>05</sup> Vgl. Stefan Scheytt, Schaut auf diese Stadt!, in: Brand Eins 12/2018, S. 24–29.

<sup>06</sup> Vgl. Wissenschaftsrat, Empfehlungen zu regionalen Kooperationen wissenschaftlicher Einrichtungen, Köln 2018.

Das Vorhandensein von Hochschulen und Forschungseinrichtungen allein reicht nicht aus, um alle Standorte im Ruhrgebiet erfolgreich neu zu positionieren, wenngleich manche Neuan-siedlungen die Potenziale des Ruhrgebiets gut demonstrieren können – etwa die Ansiedlung des Bosch-Tochterunternehmens Escrypt in Bochum auf dem Gelände des ehemaligen Opelwerkes, die darauf hinweist, wie wichtig die wissenschaftliche Infrastruktur für die Ansiedlung neuer Unternehmen ist, in diesem Fall das an der Ruhr-Universität profilierte Thema IT-Sicherheit.<sup>07</sup> Die erfolgreiche Fokussierung auf Sicherheit im Internet als ein Zukunftsprojekt wird auch dadurch unterstützt, dass Ende 2018 die Ansiedlung eines neuen Max-Planck-Institutes für Cybersicherheit und Schutz der Privatsphäre in Bochum verkündet wurde. Deshalb sollte weiterhin an der Profilierung von Zukunftsprojekten gearbeitet und eine Strategie der Förderung des Wissensaustausches an den Schnittstellen verwandter Kompetenzfelder verfolgt werden (etwa im Feld der Mobilität oder der Energieeffizienz) – was inzwischen auch ansatzweise in vielen Ruhrgebietskommunen passiert. Insbesondere an den Übergängen werden weitaus bedeutendere systemische Innovationen hervorgebracht als in ihren Kernen, wenngleich auch dort durch die Digitalisierung ein Restrukturierungsbedarf (gerade für kleinere und mittelgroße Unternehmen) entsteht. In Zukunft werden immer mehr qualitativ hochwertige, auf die Kundenwünsche zugeschnittene sowie durch Wissensintensität gekennzeichnete Produkte, eingebettet in eine Fülle von Dienstleistungsangeboten, zu einem Charakteristikum der Wirtschaft werden.

Der Begriff „Wissensregion“ impliziert jedoch mehr als Wissenschaftsregion, die zentral auf die Ausbildungs- und Forschungskapazitäten in Hochschulen und Forschungseinrichtungen zielt. Das Wachstumspotenzial der Wissenschaft soll durch eine aktivierende Standortpolitik und offensive Unternehmensstrategien ausgeschöpft werden, bei denen es nicht mehr zuerst um die kostengünstigere Herstellung des Herkömmlichen gehen kann. Ziel soll vielmehr die Entwick-

lung neuer Produkte und Dienstleistungen sein. Um aus Wissen wirtschaftlichen Nutzen zu ziehen, kommt es darauf an, relevante Wissensbestände zu identifizieren, sich diese anzueignen, miteinander in Netzwerken zu verknüpfen, dann zu Problemlösungen zusammenzuführen und sie für die Anwendung bereitzustellen und umzusetzen. Diese anspruchsvolle Aufgabe wird jedoch schwieriger dadurch, dass durch die Globalisierungs- und Digitalisierungsschübe der Zeitdruck für die Herstellung neuer Produkte und Dienstleistungen enorm gewachsen ist.

Die Gründungsintensität im Ruhrgebiet ist allerdings sowohl in den innovationsstarken Wirtschaftsbereichen als auch insgesamt gegenüber dem Landes- und Bundesdurchschnitt schwächer ausgeprägt. Trotz politischer Bemühungen seit Mitte der 1980er Jahre konnte die Region diesen Rückstand bislang noch nicht kompensieren. Zwar gibt es hinsichtlich der Quantität inzwischen eine hohe Dichte an Innovations-, Technologie- und Gründerzentren sowie entsprechende Beratungsangebote, aber die Ausgründungsquote aus Hochschulen und damit auch die regionalökonomischen Effekte der Wissenschaftslandschaft sind noch immer vergleichsweise gering.

## EXPANSION DES GESUNDHEITSEKTORS

Es waren nicht die industriellen Sektoren, die in den vergangenen Jahrzehnten verantwortlich für die Schaffung vieler Arbeitsplätze im Ruhrgebiet waren, sondern vor allem gesundheitsbezogene Branchen haben den Strukturwandel geprägt und die Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur fortgesetzt. Die Spannweite reicht von der ambulanten und stationären Versorgung (dem traditionellen Gesundheitswesen) über die Medizintechnik und die Gesundheitshandwerke bis hin zum Servicewohnen für pflegebedürftige Menschen oder der Medical Wellness. Inzwischen arbeiten im Ruhrgebiet knapp 330 000 Menschen in der Gesundheitswirtschaft, das sind rund 19,5 Prozent aller Erwerbstätigen – mehr als der Anteil aller Beschäftigten in den industriellen Kernen. Für die Wirtschaft des Ruhrgebiets haben die Gesundheitsbranchen eine über dem Bundes- und Landesdurchschnitt liegende hohe Dynamik, und die Gesundheitswirtschaft ist ein heimlicher „Gewinner“ des Strukturwandels.

**07** Bis 2023 werden auf dem ehemaligen Opel-Gelände insgesamt etwa 6000 Arbeitsplätze entstehen; das sind doppelt so viele wie zum Zeitpunkt der Schließung der Opelwerke, davon etwa 3300 mit unmittelbarem Bezug zur Universität.

Das Thema „Gesundheit“ wird immer wichtiger, erst recht in der alternden Gesellschaft. An der Debatte um Digitalisierung zeigt sich zudem, dass Gesundheitsthemen eines der bedeutsamsten Anwendungsfelder für High-Tech-Lösungen sind – von Big Data über die Nanotechnik bis hin zu den Biotechnologien. Am Beispiel der Gesundheitswirtschaft kann auch die weit verbreitete These aus der Innovationsforschung belegt werden, dass es nicht mehr die relativ isolierten Schlüsselakteure sind, die kurzfristig neuen Wohlstand und Arbeitsplätze schaffen, sondern vielmehr die Verknüpfung von Akteuren immer zentraler wird. Gerade regionale Innovationsprozesse verlaufen nur dann erfolgreich, wenn die Steuerung von heterogenen Netzwerken in einem räumlichen und sozialen Kontext gelingt, was erhebliche organisatorische Lernprozesse von den Akteuren aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik verlangt.<sup>08</sup> Man kann von einem „neuen“ Strukturwandel sprechen, der sich durch eine wachsende Bedeutung hybrider Wertschöpfungsnetzen auszeichnet und deshalb nicht mit den Instrumenten des „alten“ Strukturwandels im Sinne rigide getrennter Handlungsfelder von Politik und Unternehmen zu bewältigen ist. Nur mit integrierten Konzepten und einer strategischen Intensivierung der Wissensströme zwischen den verschiedenen Akteuren auf regionaler Ebene können die Herausforderungen gemeistert werden. Dies gilt insbesondere für eine traditionell industriell ausgerichtete Region wie dem Ruhrgebiet.

### LEBENSQUALITÄT ALS STANDORTFAKTOR

In einer globalen Wissensgesellschaft hängt die Wettbewerbsfähigkeit eines Wirtschaftsstandortes davon ab, wie attraktiv er sich als Wohnstandort präsentiert. Wenn die Attraktivität des direkten Lebensumfeldes der Bewohner einer Region sinkt, kann dies die wirtschaftliche Entwicklung hemmen. Zum einen gestaltet es sich schwieriger, die von den bestehenden Unter-

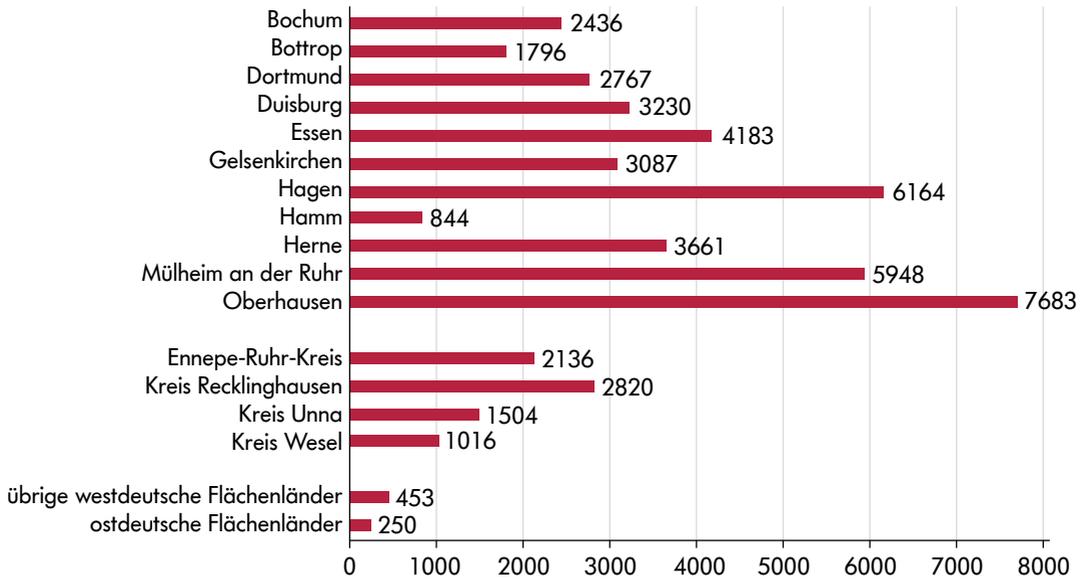
nehmen benötigten qualifizierten Ausbildungskandidaten, Fachkräfte und auch Akademiker für eine Arbeit in der Region zu gewinnen. Und zum anderen kann dies auch für die Ansiedlung neuer Unternehmen zu einem dauerhaften Problem werden. Für das Ruhrgebiet ist der im Vergleich zu anderen großstädtischen Ballungsgebieten immer noch niedrige Anteil an Hochqualifizierten somit auch ein Ausdruck für die zuweilen nicht ausreichende Standortattraktivität für diese Arbeitskräfte. Im Hinblick auf die Anforderungen an Arbeits- und Lebensbedingungen von gut qualifizierten Beschäftigten aus der gesellschaftlichen Mitte sind dem Ruhrgebiet zum Teil immer noch Defizite und Imageprobleme zu attestieren.

Ein Problem in diesem Zusammenhang ist die mangelnde finanzielle Handlungsfähigkeit mancher Städte und Gemeinden (*Abbildung 3*). Seit 2000 ist für die Ruhrgebietskommunen ein ungebremstes Wachstum der Liquiditätskredite (vormals Kassenkredite) zu konstatieren (ähnlich in Kommunen mit strukturellen Altlasten vor allem in Nordrhein-Westfalen, Saarland, Hessen und Rheinland-Pfalz). Liquiditätskredite sind im Grunde genommen nichts anderes als ein überzogenes Girokonto oder ein Dispokredit, dem keine Werte gegenüberstehen. Sie sind daher ein guter Indikator für die strukturelle Verschuldung im Ruhrgebiet. Dieses Schuldenwachstum hat sich entkoppelt von der Wirtschaftskonjunktur und der Lage in den übrigen nordrhein-westfälischen Kommunen (mit Ausnahme des ebenfalls hoch verschuldeten bergischen Städtedreiecks und einiger weiterer kreisfreier Städte). Mit 3049 Euro je Einwohner entsprachen die Liquiditätskredite 2017 im Ruhrgebiet mehr als dem Sechseinhalbfachen des Durchschnitts der übrigen westdeutschen Flächenländer (453 Euro/Einwohner) und mehr als dem Zehnfachen der ostdeutschen Flächenländer (250 Euro/Einwohner). 30,2 Prozent der gesamtdeutschen Liquiditätskredite der kommunalen Kernhaushalte entfielen auf das Ruhrgebiet.

Seit 2002 erfolgte ein fast linearer Anstieg bis 2012. Ein wesentlicher Auslöser war der massive Einbruch der Steuereinnahmen 2001 bis 2003 bei gleichzeitig stark steigenden Sozialausgaben, die von den ausgezehrten Haushalten der Ruhrgebietskommunen kurzfristig nicht aufgefangen werden konnten. Der steile Schuldenanstieg

**08** Vgl. die Beiträge in Rasmus C. Beck/Rolf G. Heinze/Josef Schmid (Hrsg.), *Zukunft der Wirtschaftsförderung*, Baden-Baden 2014; Rasmus C. Beck/Josef Schmid, *Regionale Modernisierungspolitik*, in: Fabian Hoose/Fabian Beckmann/Anna-Lena Schönauer (Hrsg.), *Fortsetzung folgt. Kontinuität und Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft*, Wiesbaden 2017, S. 139–154.

Abbildung 3: Liquiditätskredite im Kernhaushalt am 31. 12. 2016 in Euro je Einwohner



Quelle: Martin Junkernheinrich/Gerhard Micosatt, Kommunalfinanzbericht Metropole Ruhr 2017. Konsolidierung schreitet voran, Tragfähigkeit noch nicht gesichert, Essen 2017.

rief Folgekosten in Form von Zinsen hervor. Seit 2012 flacht der Anstieg immer stärker ab vor dem Hintergrund des von der letzten Landesregierung aufgelegten Stärkungspaktes Stadtfinanzen, aber auch der guten Einnahmenentwicklung aus Steuern und Schlüsselzuweisungen sowie erhöhten Kostenbeteiligungen des Bundes bei den Sozialausgaben. Hätte man 2017 mit der Tilgung dieser Kredite begonnen und dafür 10 Euro je Einwohner eingesetzt würde es dennoch bis zum Jahr 2321 dauern, die Überziehungskredite abzulösen.<sup>09</sup> Hieran erkennt man die Notwendigkeit einer Altschuldenentlastung, die für die Ruhrgebietskommunen die wichtigste Strukturförderungsmaßnahme wäre. Hier sollte die jetzige Landesregierung aktiv werden, ähnlich wie dies auch schon in Hessen, dem Saarland und in Rheinland-Pfalz praktiziert wird. Zudem ist der Bund hier in die Pflicht zu nehmen, da 15,9 Milliarden Euro Liquiditätskredite im Ruhrgebiet schwerlich alleine vom Land bewältigt werden können.

Ein weiteres, schon bekanntes, aber immer noch virulentes Problem sind die nach wie vor

vorhandenen Segregationseffekte im Ruhrgebiet.<sup>10</sup> Viele Stadtteile, die ursprünglich gemischt belegt waren, entmischen sich über die Zeit, was objektive Gründe (den Wohnungsmarkt) und subjektive Gründe (symbolische Identifikation) hat. Diese Entwicklungen sind in allen Großstädten zu beobachten. Es gibt Viertel, in denen junge Menschen und Familien die Mehrheit, und andere, in denen sie die Minderheit der Haushalte darstellen. Einwanderer ziehen in der Regel dorthin, wo schon andere Einwanderer gleicher Herkunft leben. Im Vergleich zu anderen Großstädten in Nordrhein-Westfalen leben aber im Ruhrgebiet überdurchschnittlich viele Menschen in Stadtteilen, in der ethnische, demografische und soziale Segregation kumuliert auftreten. Soziale Fragmentierung führt zu sozialer Exklusion und Rückzugsverhalten. Diese Probleme sind mittlerweile erkannt, aber nicht immer leicht abzustellen. Der wichtigste Einflussfaktor sind Investitionen in Bildung, Gesundheit und gesellschaftliche Teilhabechancen.

<sup>09</sup> Vgl. Martin Junkernheinrich/Gerhard Micosatt, Kommunalfinanzbericht Metropole Ruhr 2017. Konsolidierung schreitet voran, Tragfähigkeit noch nicht gesichert, Essen 2017, S. 32.

<sup>10</sup> Sebastian Jeworutzki/Jörg-Peter Schräpler/Stefan Schweers, Soziale Segregation – Die räumliche Ungleichverteilung von SGB-II-Bezug in NRW, in: Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NRW (Hrsg.), Sozialbericht NRW 2016. Armuts- und Reichtumsbericht, Düsseldorf 2016, S. 405–452.

Benachteiligte Sozialräume müssen und werden bereits zum Teil besonders gefördert nach dem Motto „Ungleiches muss ungleich behandelt werden“, allerdings gibt es hier noch einiges zu tun.

### ZUKUNFTSVISION FÜR DAS RUHRGEBIET: DIE ÖKOLOGISCH UMGESTALTETE WISSENSREGION

Verschiedene Beispiele aus anderen Regionen zeigen, dass der Strukturwandel besser bewältigt wird, wenn der Wandel durch eine „Change Story“ unterstützt wird. Daran mangelt es derzeit noch etwas im Ruhrgebiet. Nach dem Industriezeitalter hat sich zwar eine Wissenschaftslandschaft aufgebaut, der Umbruch wird aber noch zu wenig von überzeugenden Zukunftsentwürfen begleitet. Eine ökologisch umgestaltete Wissensregion, wie oben angedeutet, könnte ein solcher Entwurf sein. Hierzu braucht es weitere mutige Schritte in diese Richtung und noch mehr Kooperation zwischen Kommunen, Hochschulen, Forschungsinstituten und Unternehmen. So sollte die regional oft unübersichtliche Palette an kleineren Technologiezentren, Transferstellen und Beratungseinrichtungen im Umkreis von Universitäten und Hochschulen überprüft und daraufhin relativ rasch Maßnahmen zur effizienzorientierten Bündelung dieser Einrichtungen eingeleitet werden. Denn um eine regionale Kooperationskultur auch außen wirksam zu etablieren, spielt die transparente Organisationsstruktur von Netzwerken und deren Akteuren eine wichtige Rolle. Ohne eine Modernisierung dieser Organisationsformen sind die Herausforderungen schwer zu meistern.

Zudem gewinnen neben den harten die weichen Standortfaktoren in letzter Zeit immer mehr an Bedeutung im Wettbewerb der Regionen. Das direkte Lebensumfeld, die Wohnangebote, aber auch die umliegenden Naherholungsgebiete und die Natur spielen hierbei eine nicht zu unterschätzende Rolle. Das Ruhrgebiet hat frühzeitig die Weichen auf Wandel gestellt und die negativen Altlasten der Montanindustrie nach und nach beseitigt. Die IBA Emscher Park ist nur ein gutes Beispiel, das verdeutlicht, wie erfolgreich der Wandel des Ruhrgebiets als postmontaner Wohn- und Lebensraum verlaufen ist. Hier zeigt sich paradigmatisch ein nach-

haltiger, ökologischer Umbau einer traditionellen Industrielandschaft. Dies lässt sich auch an der Renaturierung der Emscher studieren. Die dadurch gewonnene höhere Lebensqualität lässt sich an vielen Orten im Ruhrgebiet beobachten, wo die Renaturierung bereits abgeschlossen ist. Gerade vor dem Hintergrund der ökologischen und demografischen Herausforderungen und Erschöpfungssymptomen bei den traditionellen politischen Institutionen wird der Stärkung der Selbstorganisationsfähigkeit und Eigenverantwortung auf lokaler Ebene eine große Bedeutung beigemessen.

Auch die Quartiersorientierung ist wichtig, wenn sichtbare Verbesserungen der Lebenssituation der Menschen im Ruhrgebiet erzielt werden sollen. Das Quartier ist eine Handlungsebene, die losgelöst von „abstrakten“ Programmen, die nicht selten für einen Großteil der Bevölkerung (insbesondere in benachteiligten Quartieren) eher unsichtbar sind, direkte Verbesserungen und Aufwertungen für die Bewohner nach sich ziehen. Mit einer „reflexiven“ Architektur, die bauliche und infrastrukturelle Elemente mit sozialen Technologien der Gemeinschaftsbildung modellhaft verknüpft, können attraktive Lebensräume gestaltet werden, die sowohl für junge Menschen und Familien als auch für ältere, an Sicherheit orientierte Menschen interessant sind. Um eine offensive Standortpolitik zu etablieren, kommt es zentral darauf an, sie nicht als reaktiv gegenüber Problemlagen zu begreifen, sondern als Hebel für konstruktive und kreative Gestaltungsmöglichkeiten zu verstehen.<sup>11</sup>

Die Wissensinfrastruktur ist im Ruhrgebiet inzwischen weitgehend vorhanden, und auch spezifische Kompetenzfelder haben sich herauskristallisiert. Eine funktionale Differenzierung<sup>12</sup>

**11** Ein gutes Beispiel für eine innovative Standortpolitik ist das Modellvorhaben „Problemimmobilien“ der Stadterneuerungsgesellschaft Gelsenkirchen, einer Tochtergesellschaft der Stadt Gelsenkirchen, die bisher über 40 „Schrottimobilien“ in schwierigen Stadtteilen aufgekauft hat, diese neu gestaltet und beispielsweise für studentisches Wohnen öffnet und die Stadtteile damit aufwertet.

**12** Funktionale Differenzierung meint die Aufteilung von Tätigkeiten, Aufgaben und Funktionen auf Personen, Organisationen, Städte und andere Einrichtungen, die sich jeweils für diese Tätigkeiten, Aufgaben und Funktionen spezialisieren. In einer funktional differenzierten regionalen Wirtschaft machen also nicht alle das Gleiche, sondern jede Stadt entwickelt für bestimmte Aktivitäten besondere Kompetenzen und günstige Rahmenbedingungen. Vgl. Bogumil et al. (Anm. 1), S. 11.

zwischen den Städten und Branchen wird zunehmend akzeptiert, und das Kirchturmdenken geht, wenn auch langsamer als erhofft, zurück. Zukünftig wird es darauf ankommen, die Projekte zur Energie- und Ressourceneffizienz und insgesamt zur ökologischen Umgestaltung der Region strategisch effizienter in Konzepte der Stadtentwicklung einzubetten. Es wird darauf ankommen, ob eine Vermittlung zwischen den Organisationskulturen der einzelnen Akteure (von den Unternehmen, den Hochschulen, der Verwaltung) nicht nur verbal gelingt, sondern sich auch in funktionsfähigen Projekten und Strukturen realisiert. Zukunftsträchtige Innovationen werden nur noch dann zustande kommen, wenn Ressourcen und Potenziale aus unterschiedlichen Bereichen, Branchen und Betrieben miteinander

verknüpft werden. Hier ist strategisches Management gefordert, um die heterogenen regionalen Netzwerke zu erfolgreichen „Treibern“ zu formen. Dies kann in Ruhrgebietsstädten ansatzweise beobachtet werden, muss aber noch stärker kommuniziert werden.<sup>13</sup>

Das Ruhrgebiet ist insgesamt auf einem guten Weg, steht aber dennoch weiterhin vor großen Herausforderungen. Der Strukturwandel geht weiter in Richtung des Aufbaus einer wettbewerbsfähigen ökologischen Wissensregion.

**JÖRG BOGUMIL**

ist Professor für öffentliche Verwaltung, Stadt- und Regionalpolitik an der Ruhr-Universität Bochum. joerg.bogumil@rub.de

**ROLF G. HEINZE**

ist Professor für allgemeine Soziologie, Arbeit und Wirtschaft an der Ruhr-Universität Bochum. rolf.heinze@rub.de

**13** Vgl. die Beiträge in Jörg Bogumil/Rolf G. Heinze (Hrsg.), Auf dem Weg zur Wissenschaftsregion Ruhr. Regionale Kooperationen als Strategie, Essen 2015.

# Politisch, aktuell und digital

APuZ – auch im ePub-Format für Ihren E-Reader. Kostenfrei auf [www.bpb.de/apuz](http://www.bpb.de/apuz)



Herausgegeben von der  
Bundeszentrale für politische Bildung  
Adenauerallee 86, 53113 Bonn  
Telefon: (0228) 9 95 15-0



Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 21. Dezember 2018

#### REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash  
Anne-Sophie Friedel  
Christina Lotter (Volontärin)  
Johannes Piepenbrink  
Anne Seibring (verantwortlich für diese Ausgabe)  
apuz@bpb.de  
www.bpb.de/apuz  
twitter.com/APuZ\_bpb

APuZ  
Nächste Ausgabe  
4-5/2019, 21. Januar 2019

## EUROPA

Newsletter abonnieren: [www.bpb.de/apuz-aktuell](http://www.bpb.de/apuz-aktuell)  
Einzelausgaben bestellen: [www.bpb.de/shop/apuz](http://www.bpb.de/shop/apuz)

#### GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

#### SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

#### DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Mörfelden-Walldorf

#### ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung  
Das **Parlament** ausgeliefert.

Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.

Im Ausland zzgl. Versandkosten.

FAZIT Communication GmbH

c/o InTime Media Services GmbH

fazit-com@intime-media-services.de

Die Veröffentlichungen in Aus Politik und Zeitgeschichte  
stellen keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar;  
sie dienen der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter  
einer Creative Commons Lizenz vom Typ  
Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine  
Bearbeitung 3.0 Deutschland.



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

[www.bpb.de/apuz](http://www.bpb.de/apuz)